



Bundesministerium
der Finanzen

F a c h b l i c k

Das Ministerium

Monatsbericht des BMF Mai 2004



Monatsbericht des BMF Mai 2004

Inhaltsverzeichnis

Editorial	7
Übersichten und Termine	9
Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2004	26
Termine	28
Analysen und Berichte	31
Die Entwicklung des Bundeshaushalts im 1. Quartal 2004	33
Ergebnisse der Steuerschätzung vom 11. bis 13. Mai 2004	53
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Quartal 2004	57
Entwicklung der Länderhaushalte im Jahr 2003	61
Wirtschaftslage und -entwicklung in den neuen EU-Mitgliedstaaten und Kandidatenländern der EU	67
Die aktualisierten Stabilitäts- und Konvergenzprogramme der EU-Mitgliedstaaten 2003	73
Statistiken und Dokumentationen	81
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	84
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	104
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	108

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monatsberichts
sind für Anregungen und Kritik dankbar.

Bundesministerium der Finanzen

Redaktion Monatsbericht

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

<http://www.bundesfinanzministerium.de>

Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

seit 1. Mai 2004 ist die Europäische Union um 75 Millionen Einwohner gewachsen. Es kommen aber nicht „neue“ Länder nach Europa, sondern die Europäische Union nimmt Mitglieder auf, die schon immer zur europäischen Familie gehört haben. Von ihren besonderen Erfahrungen werden wir alle profitieren können. Das Friedenswerk Europa ist einen wichtigen Schritt vorangekommen. Es bleibt unsere gemeinsame Verpflichtung, zum Erfolg der Erweiterung im Interesse aller Menschen in Europa beizutragen. Von den sich vertiefenden Wirtschaftsbeziehungen zu den Beitrittsländern werden positive Anstöße für Wachstum und Investitionen für Deutschland ausgehen.

Die vergangenen drei Jahre haben eindeutig gezeigt: Ohne Wachstum ist keine nachhaltige Konsolidierung möglich. Seit Mitte des Jahres 2003 gibt es klare Anzeichen einer wirtschaftlichen Erholung in Deutschland. Dies bestätigt auch die Frühjahrsdiagnose der sechs führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute. Die Wirtschaftsentwicklung im ersten Quartal zeigt: Deutschland löst sich langsam aus der Stagnation, wofür außenwirtschaftliche Impulse maßgeblich sind. Der private Konsum aber bleibt nach wie vor schwach. Es gilt deshalb, das Vertrauen der privaten Konsumenten zu stärken.

Wichtig hierfür sind die Reformmaßnahmen wie das teilweise Vorziehen der Steuerreform. Das jetzt vorliegende Ergebnis für die Einnahmen aus der Lohnsteuer für das 1. Quartal 2004 belegt, dass die Tarifsenkung zu einer deutlichen Entlastung der Arbeitnehmer geführt hat. Deren positive Wirkung wird sich wohl aber erst entfalten, wenn die Verbraucher ihre tatsächlichen Be- und Entlastungen aus den verschiedenen Reformmaßnahmen besser beurteilen können. Mit der prognostizierten



Belebung der Wirtschaft gehen die Institute von einer leichten Aufwärtstendenz bei den Erwerbstätigenzahlen aus.

Die Steuereinnahmen werden in diesem Jahr nach der aktuellen Steuerschätzung, trotz des sehr positiven April-Ergebnisses, voraussichtlich um 9,6 Mrd. € hinter der Prognose aus dem November 2003 zurückbleiben. Dies hat zwei Gründe: So führen zu einer Steuerrechtsänderungen – wie z.B. das teilweise Vorziehen der Tarifsenkung 2005 – per saldo zu einer Entlastung von Bürgern und Unternehmen und damit zu Mindereinnahmen für die öffentlichen Haushalte. Zum anderen wirkt sich die wirtschaftliche Belebung nicht so schnell auf das Steueraufkommen aus, wie es noch im November erwartet wurde.

Die Schätzung der für die Jahre 2005 bis 2007 zu erwartenden Steuereinnahmen wurde – wie es im November 2003 bereits für das laufende Jahr vorgenommen wurde – nach unten angepasst. Die Ergebnisse der Steuerschätzung werden in dieser Ausgabe des Monatsberichts ausführlich dargestellt.

Insgesamt hat sich die Einnahmesituation der öffentlichen Hand eingetrübt. Dies erfordert aber keine grundsätzliche Änderung der Finanzpolitik. Wir werden den Konsolidierungskurs beibehalten. Die nachhaltigen Strukturreformen der Agenda 2010 – in den Bereichen Arbeitsmarkt, Rente, Gesundheit – werden umgesetzt; damit werden

deutlich bessere Wachstumsbedingungen in Deutschland geschaffen!

Ein Blick auf die Entwicklung des Bundeshaushaltes zeigt, dass die Ausgaben des Bundes im Zeitraum 1999 bis 2003 nominal um nur ein Prozent pro Jahr gestiegen sind. Der Anstieg liegt damit unter der Inflationsrate, d. h. die Ausgaben sind real leicht rückläufig. Die Struktur des Bundeshaushaltes macht aber auch deutlich, dass wir weiter an der Qualität der Ausgaben arbeiten müssen. Ein großer Teil des Haushaltes ist durch Zuschüsse an die Rentenversicherung und durch Zinsen gebunden. Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit sichern und gleichzeitig den Konsolidierungskurs fortsetzen bedeutet daher: Prioritäten setzen.

Steuererhöhungen stehen ebenso wenig zur Diskussion wie hektische Sparrunden. Den sich jetzt immer deutlicher abzeichnenden wirtschaftlichen

Aufschwung, der die Basis für die Gesundung der Staatsfinanzen bildet, werden wir nicht durch kontraproduktive Maßnahmen gefährden. Deshalb lassen wir die automatischen Stabilisatoren wirken und setzen wachstumsfördernde Akzente: 2005 tritt die letzte Stufe der Steuerreform in Kraft, die Bürger und Unternehmen um nochmals rd. 7 Mrd. € entlastet. Wir halten darüber hinaus an unserem Ziel fest, die Eigenheimzulage abzuschaffen und diese Mittel in Innovationen, d. h. insbesondere in Bildung und Forschung, zu investieren. Dies schafft die Voraussetzung für ein mittel- und langfristig höheres Wirtschaftswachstum und ist ein Beispiel für die dringend notwendige Verbesserung der Qualität der Staatsausgaben.



Volker Halsch
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen



Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2004	26
Termine	28

Finanzwirtschaftliche Lage

Die Ausgaben des Bundes liegen bis einschließlich April 2004 mit 91,4 Mrd. € um 0,6 Mrd. € (– 0,7 %) unter dem Vorjahresergebnis.

Die Einnahmen des Bundes bis einschließlich April belaufen sich auf 56,2 Mrd. €. Sie unter-

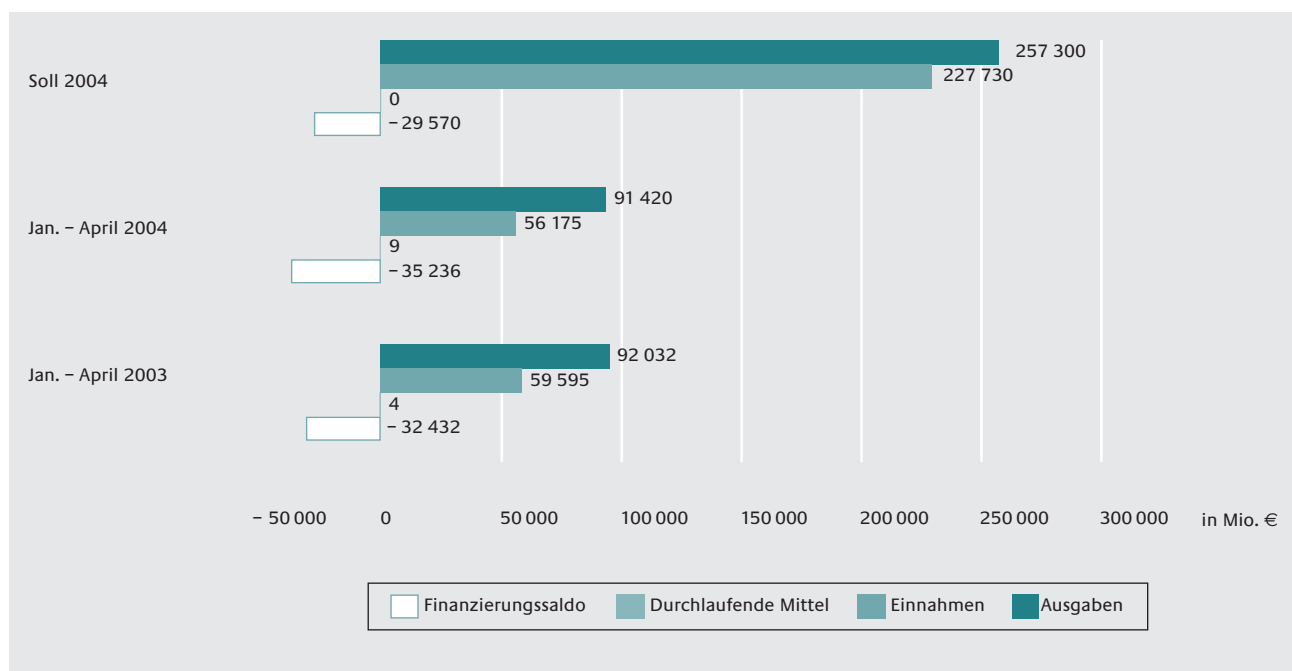
schreiten damit um 3,4 Mrd. € oder – 5,7 % das Vorjahresergebnis. Maßgeblich hierfür ist in erster Linie der starke Rückgang bei den Verwaltungseinnahmen (– 43,8 %), der im Wesentlichen durch den sehr niedrigen Bundesbankgewinn verursacht ist. Die Steuereinnahmen hingegen liegen mit 0,9 Mrd. € (+ 1,8 %) über dem Vorjahresergebnis.

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2004	Ist-Entwicklung ¹ Januar bis April 2004
Ausgaben (Mrd. €)	257,3	91,4
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	0,2	– 0,7
Einnahmen (Mrd. €)	227,7	56,2
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	4,7	– 5,7
Steuereinnahmen (Mrd. €)	197,7	50,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	3,0	1,8
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	– 29,6	– 35,2
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	–	– 9,8
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	– 0,3	– 0,0
Nettokreditaufnahme/aktueller Finanzmarktsaldo (Mrd. €)	– 29,3	– 25,4

¹ Buchungsergebnisse.

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



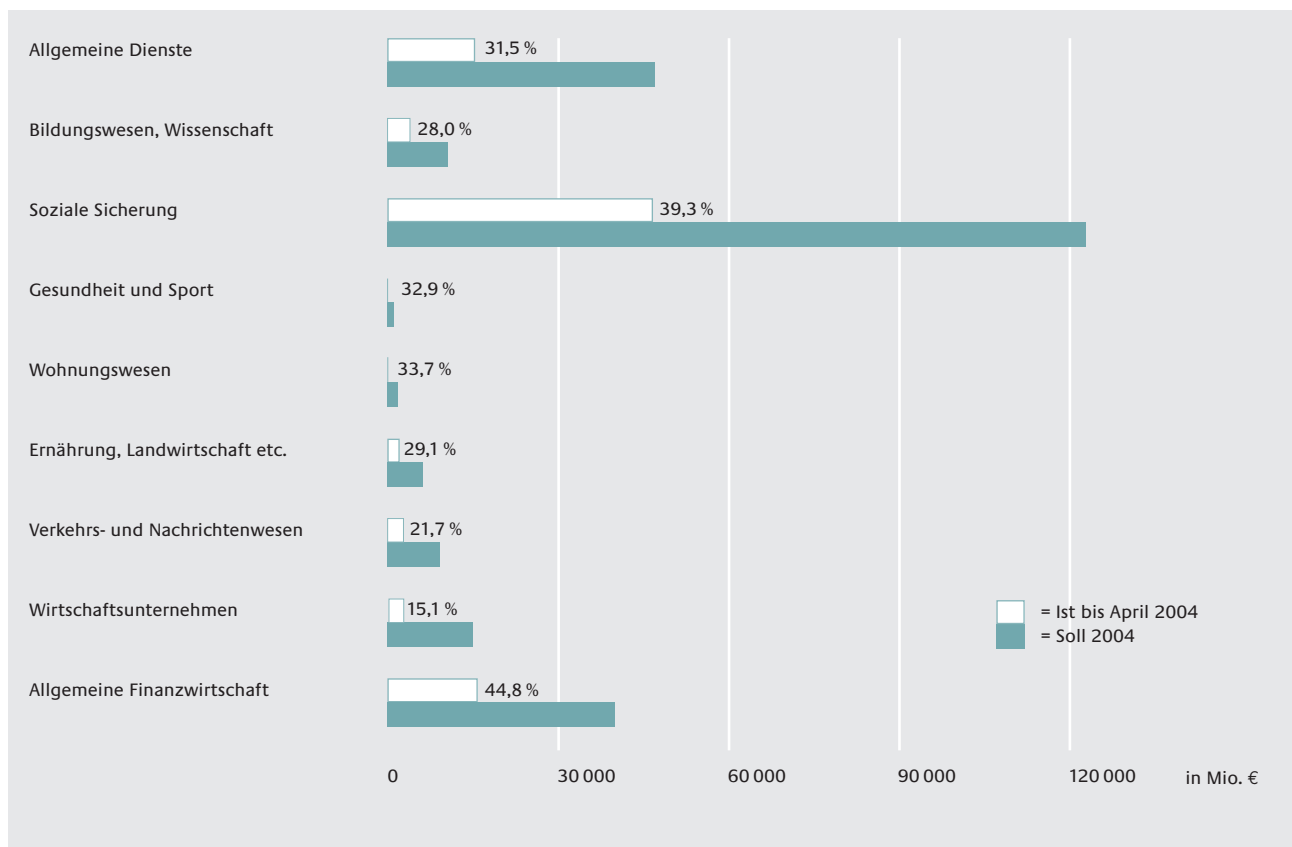
Aus der bisherigen Entwicklung von Ausgaben und Einnahmen ergibt sich ein Finanzierungssaldo von – 35,2 Mrd. €. Daraus können aber keine Rückschlüsse auf die endgültige

Höhe des Finanzierungssaldos 2004 gezogen werden, die im Wesentlichen von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung abhängen wird.

Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

	Soll 2004	Ist 2004 Januar bis April		Ist 2003 Januar bis April		Veränderung ggü. Vorjahr in %	
	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %		
Allgemeine Dienste	48 433	15 240	16,7	16 019	17,4	–	4,9
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3 721	1 409	1,5	1 201	1,3		17,3
Verteidigung	28 121	8 747	9,6	9 620	10,5	–	9,1
Politische Führung, zentrale Verwaltung	8 289	2 662	2,9	2 815	3,1	–	5,4
Finanzverwaltung	3 308	1 002	1,1	966	1,0		3,7
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	11 887	3 328	3,6	3 279	3,6		1,5
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	925	246	0,3	310	0,3	–	20,6
BAföG	951	457	0,5	410	0,4		11,5
Forschung und Entwicklung	6 790	1 901	2,1	1 961	2,1	–	3,1
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	122 583	48 124	52,6	48 239	52,4	–	0,2
Sozialversicherung	75 003	30 265	33,1	30 057	32,7		0,7
Arbeitslosenversicherung	5 210	4 579	5,0	6 029	6,6	–	24,1
Arbeitslosenhilfe	6 688	6 140	6,7	5 227	5,7		17,5
Wohngeld	1 859	853	0,9	716	0,8		19,1
Erziehungsgeld	2 985	1 070	1,2	1 067	1,2		0,3
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	3 367	1 345	1,5	1 434	1,6	–	6,2
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	917	302	0,3	296	0,3		2,0
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 025	683	0,7	647	0,7		5,6
Wohnungswesen	1 453	588	0,6	578	0,6		1,7
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	7 471	2 175	2,4	3 029	3,3	–	28,2
Regionale Förderungsmaßnahmen	1 162	285	0,3	1 138	1,2	–	75,0
Kohlenbergbau	2 102	1 252	1,4	1 261	1,4	–	0,7
Gewährleistungen	2 000	249	0,3	275	0,3	–	9,5
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	10 836	2 348	2,6	2 068	2,2		13,5
Straßen (ohne GVFG)	5 875	1 187	1,3	1 089	1,2		9,0
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	15 437	2 327	2,5	2 909	3,2	–	20,0
Postbeamtenversorgungskasse	4 915	1	0,0	509	0,6	–	99,8
Bundeseisenbahnvermögen	5 700	1 594	1,7	1 554	1,7		2,6
Deutsche Bahn AG	3 245	514	0,6	644	0,7	–	20,2
Allgemeine Finanzwirtschaft	37 711	16 894	18,5	15 545	16,9		8,7
Fonds „Deutsche Einheit“	2 255	752	0,8	756	0,8	–	0,5
Zinsausgaben	37 655	15 949	17,4	14 655	15,9		8,8
Ausgaben zusammen	257 300	91 420	100,0	92 032	100,0	–	0,7

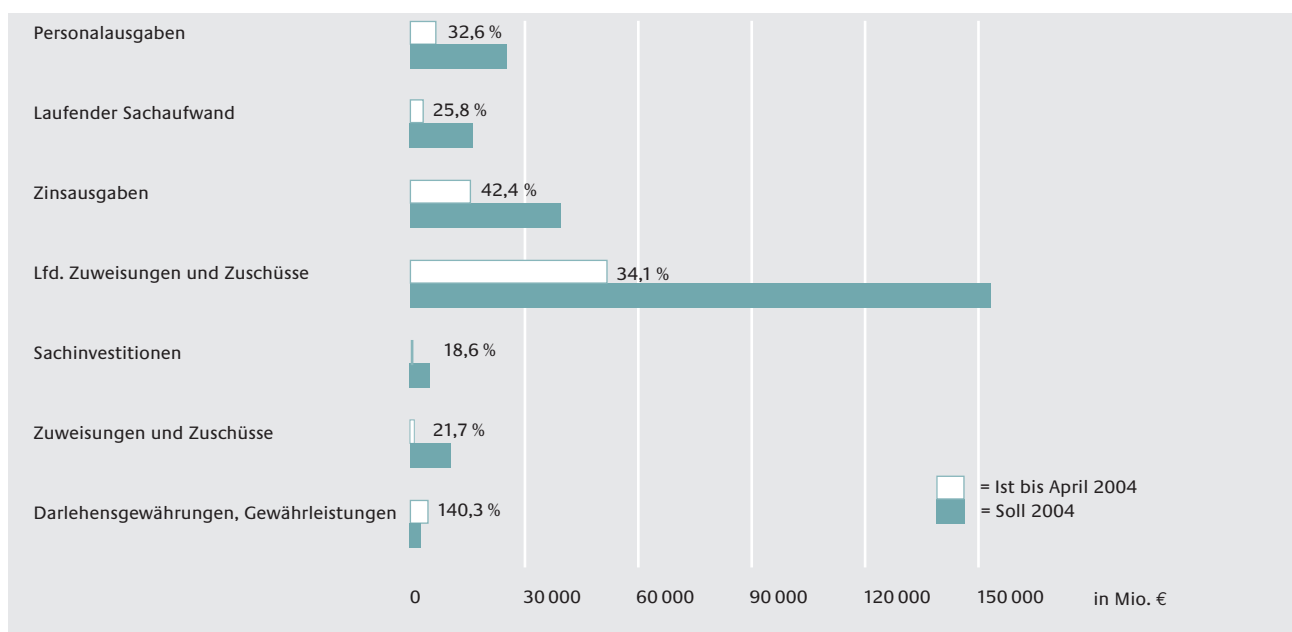
Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis April 2004



Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Soll 2004	Ist 2004 Januar bis April Anteil in %	Ist 2003 Januar bis April Anteil in %	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	
Konsumtive Ausgaben	235 680	81 641	80 302	1,7
Personalausgaben	27 325	8 916	9 192	- 3,0
Aktivbezüge	20 615	6 659	6 859	- 2,9
Versorgung	6 711	2 257	2 333	- 3,3
Laufender Sachaufwand	17 536	4 520	5 111	- 11,6
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 547	364	410	- 11,2
Militärische Beschaffungen	8 025	2 214	2 664	- 16,9
Sonstiger laufender Sachaufwand	7 964	1 942	2 037	- 4,7
Zinsausgaben	37 655	15 949	14 655	8,8
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	152 786	52 113	51 197	1,8
an Verwaltungen	13 807	4 499	4 425	1,7
an andere Bereiche	138 979	47 652	46 745	1,9
darunter				
Unternehmen	18 707	3 905	4 027	- 3,0
Renten, Unterstützungen u. a.	24 065	8 686	7 900	9,9
Sozialversicherungen	92 507	33 854	33 688	0,5
Sonstige Vermögensübertragungen	377	143	147	- 2,7
Investive Ausgaben	24 639	9 779	11 730	- 16,6
Finanzierungshilfen	17 510	8 454	10 505	- 19,5
Zuweisungen und Zuschüsse	13 259	2 878	3 538	- 18,7
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	3 685	5 170	6 625	- 22,0
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	565	406	343	18,4
Sachinvestitionen	7 129	1 325	1 225	8,2
Baumaßnahmen	5 517	1 033	987	4,7
Erwerb von beweglichen Sachen	1 036	186	145	28,3
Grunderwerb	576	107	92	16,3
Globalansätze	- 3 019	0	0	
Ausgaben insgesamt	257 300	91 420	92.032	- 0,7

Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis April 2004



Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Soll 2004	Ist 2004		Ist 2003		Veränderung gegenüber Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Januar bis April Anteil in %	Mio. €	Januar bis April Anteil in %	
I. Steuern	197 677	50 645	90,2	49 753	83,5	1,8
Bundesanteile an:	149 314	40 809	72,6	39 007	65,5	4,6
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	71 759	17 681	31,5	17 317	29,1	2,1
davon:						
Lohnsteuer	52 587	15 310	27,3	16 051	26,9	- 4,6
veranlagte Einkommensteuer	3 171	- 2 869	- 5,1	- 2 901	- 4,9	- 1,1
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	5 140	2 275	4,0	1 643	2,8	38,5
Zinsabschlag	3 445	1 602	2,9	1 838	3,1	- 12,8
Körperschaftsteuer	7 416	1 363	2,4	686	1,2	98,7
Steuern vom Umsatz	76 199	22 948	40,9	21 393	35,9	7,3
Gewerbesteuerumlage	1 356	180	0,3	297	0,5	- 39,4
Mineralölsteuer	43 100	7 931	14,1	8 417	14,1	- 5,8
Tabaksteuer	15 853	3 702	6,6	3 021	5,1	22,5
Solidaritätszuschlag	10 550	3 145	5,6	3 124	5,2	0,7
Versicherungsteuer	8 700	4 359	7,8	4 484	7,5	- 2,8
Stromsteuer	6 700	1 981	3,5	1 557	2,6	27,2
Branntweinsteuer	2 220	600	1,1	515	0,9	16,5
Kaffeesteuer	1 020	323	0,6	283	0,5	14,1
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 15 196	- 3 875	- 6,9	- 4 024	- 6,8	- 3,7
BSP-Eigenmittel der EU	- 14 700	- 4 925	- 8,8	- 4 472	- 7,5	10,1
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 6 949	- 2 270	- 4,0	- 2 282	- 3,8	- 0,5
II. Sonstige Einnahmen	30 053	5 530	9,8	9 842	16,5	- 43,8
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 193	458	0,8	3 715	6,2	- 87,7
Zinseinnahmen	1 028	324	0,6	400	0,7	- 19,0
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen	11 279	1 996	3,6	1 794	3,0	11,3
Einnahmen zusammen	227 730	56 175	100,0	59 595	100,0	- 5,7

Steuereinnahmen im April 2004

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) sind im April 2004 gegenüber dem Vorjahresmonat um + 8,6 % gestiegen. Dabei sind die reinen Bundessteuern im Vorjahresvergleich um +4,8 %, die gemeinschaftlichen Steuern um + 10,0 % und die reinen Ländersteuern um + 4,5 % gestiegen.

Die kumulierte Veränderungsrate der Steuereinnahmen von Januar bis April 2004 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum betrug + 1,8 %.

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) sind im April 2004 um + 15,5 % gestiegen. Im Wesentlichen sind für diesen Anstieg die um – 42,5 % gesunkenen Abführungen an die EU ursächlich.

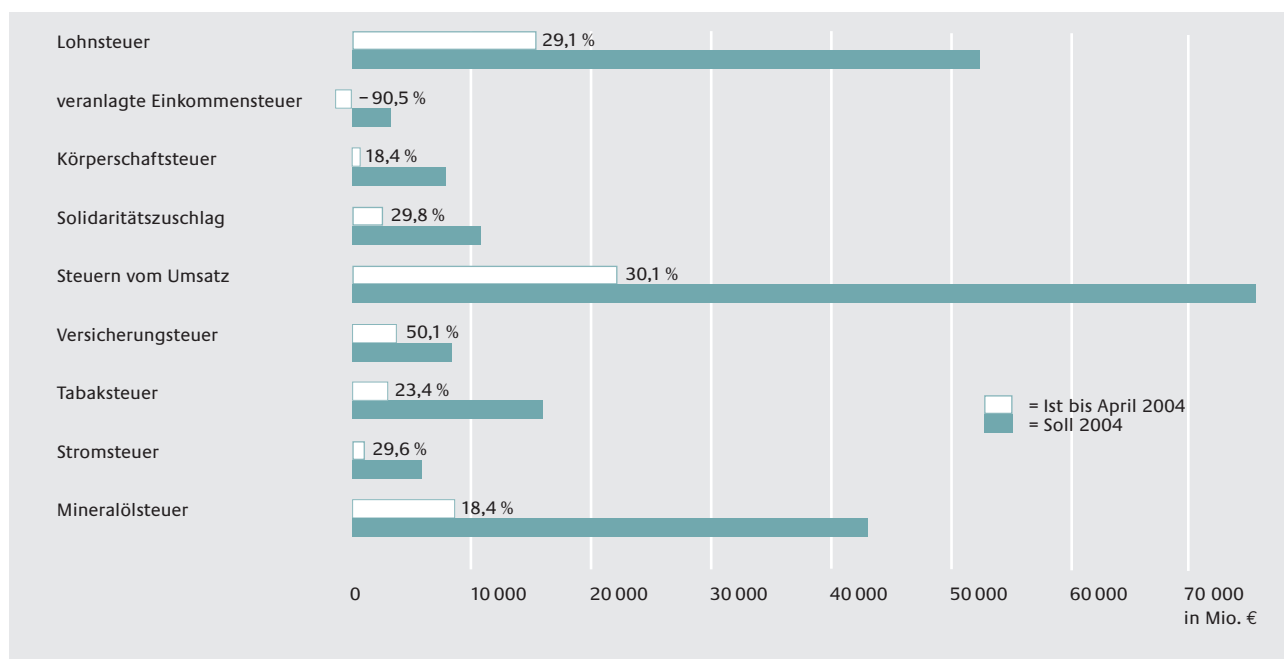
Die Lohnsteuereinnahmen sanken im April 2004 gegenüber dem Vorjahresmonat um – 6,7 %. Dieser Rückgang ist überwiegend auf die Reduzierung des Einkommensteuertarifs zum Jahreswechsel zurückzuführen und belegt die deutliche Entlastung der Steuerpflichtigen. Dabei haben einige

Arbeitgeber die erforderliche technische Umsetzung erst für die Lohnzahlung im März realisiert, so dass die Auswirkungen der Tarifsenkung für das erste Quartal zusammen teilweise erst im April kassenwirksam wurden.

Das Aufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer lag im April 2004 mit – 954,9 Mio. € um 422 Mio. € über dem Vorjahresergebnis. Darin sind Mehreinnahmen aus dem Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit in Höhe von 48,4 Mio. € enthalten. Auf der Grundlage der Höhe der bislang erzielten Einnahmen in Höhe von rund 125 Mio. € in den Monaten Januar bis April 2004 lässt sich der Erfolg des Gesetzes zur Förderung der Steuerehrlichkeit jedoch noch nicht beurteilen. Es ist anzunehmen, dass bei großen hinterzogenen Summen noch bis Ende des Jahres abgewartet wird, um die Zinsen dieses Jahres noch „mitzunehmen“. Außerdem argumentieren Steuerberater, dass häufig ein hoher und zeitintensiver Beratungsbedarf gegeben sei.

Das Körperschaftsteuerkommen ist um 1,6 Mrd. € gestiegen und weist nunmehr ein positives Ergebnis in Höhe von 545 Mio. € auf. Offensichtlich verlieren die Auswirkungen der Systemumstellung

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis April 2004



zunehmend an Bedeutung, so dass sich das Körperschaftsteueraufkommen wieder normalisiert.

Die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag haben sich mehr als verdoppelt und betrugen gut 1 Mrd. €. Dies überrascht nach dem massiven Einbruch der Einnahmen im März. Es bleibt abzuwarten, ob die April-Ergebnisse den Auftakt für wieder steigende Ausschüttungen und damit entsprechend steigende Einnahmen aus der Kapitalertragsteuer signalisieren.

Der in den Vormonaten zu beobachtende kontinuierliche Rückgang beim Zinsabschlag setzte sich mit – 17,1 % weiter fort, was vor allem auf die anhaltende Rückentwicklung des durchschnittlichen Zinsniveaus der Geldanlagen zurückzuführen ist.

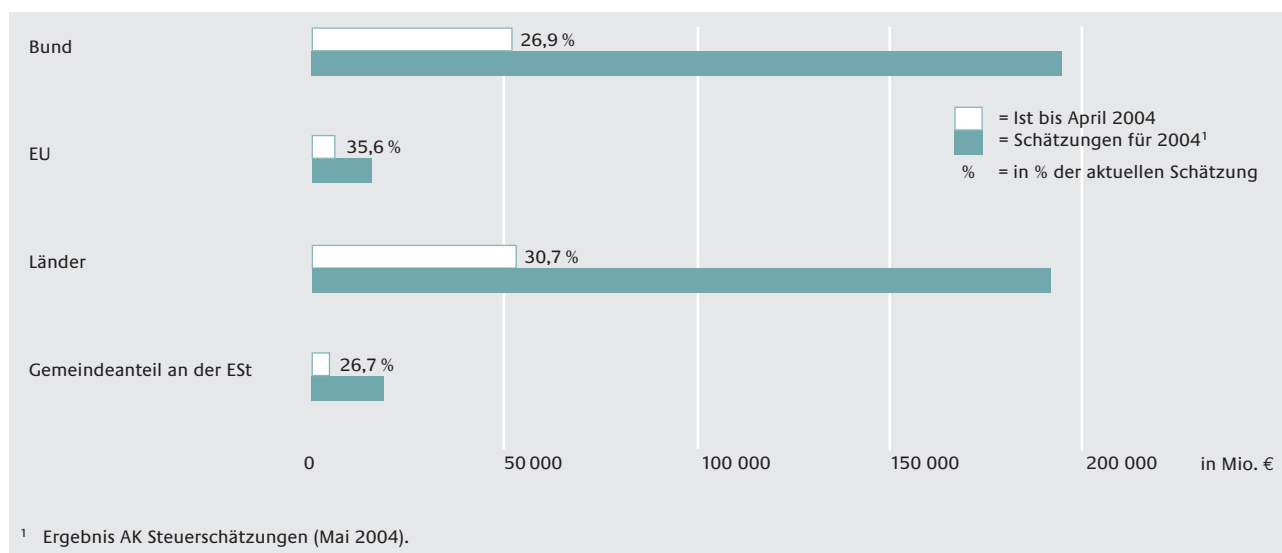
Die Zunahme bei den Steuern vom Umsatz von + 3,7 % ergibt sich aus einem beachtlichen Zuwachs bei der Einfuhrumsatzsteuer in Höhe von + 16,6 % und einer Abnahme bei der Umsatzsteuer in Höhe von – 0,9 %. Dabei ist zu beachten, dass die gezahlte Einfuhrumsatzsteuer als Vorsteuer bei der Umsatzsteuer geltend gemacht werden kann und somit das Aufkommen der Umsatzsteuer verringert. Trotz dieser Einschränkung ist jedoch festzustellen, dass die Umsatzsteuer den

nach wie vor stagnierenden privaten Verbrauch widerspiegelt.

Die Einnahmen aus den reinen Bundessteuern stiegen um + 4,8 %. Dies ist ebenso wie der im Vormonat ausgewiesene Rückgang von – 9,1 % überwiegend auf kassentechnisch bedingte Abweichungen zurückzuführen. Das Problem der nicht periodengerechten Verbuchung wurde zum Jahreswechsel gelöst, da ab Januar 2004 durchgängig eine entsprechende Zuordnung der Steuerzahlungen vorgenommen wird. Die Verzerrungen im Vorjahresergebnis wirken sich allerdings noch dieses Jahr in den Veränderungsraten aus. Das Aufkommen aus der Tabaksteuer ist um + 23,8 %, das der Branntweinsteuer um + 21,7 %, das der Versicherungsteuer um + 8,3 % und das der Stromsteuer um + 28,4 % gestiegen. Das Aufkommen des Solidaritätszuschlags ist entsprechend dem Anstieg seiner Bemessungsgrundlagen um + 13,3 % gewachsen. Gesunken sind hingegen die Einnahmen aus der Mineralölsteuer (– 6,2 %). Eine Ursache dafür dürfte der Nachfragerückgang aufgrund der stark erhöhten Öl- und Benzinpreise sein.

Das Aufkommen der reinen Ländersteuern erhöhte sich um + 4,5 %. Bis auf die sonstigen Ländersteuern legten alle Ländersteuern zu.

Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis April 2004



Kräftige Zuwächse gab es erneut bei der Erbschaftsteuer (+ 14,0 %). Auch die Kraftfahrzeugsteuer (+ 4,2 %) und die Biersteuer (+ 8,9 %) nahmen

deutlich zu. Nur leichte Zuwächse verzeichneten demgegenüber die Rennwett- und Lotteriesteuer (+ 2,4 %) und die Grunderwerbsteuer (+ 0,2 %).

Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (Vorläufige Ergebnisse)¹

2004	April	Veränderung gegenüber Vorjahr	Januar bis April	Veränderung gegenüber Vorjahr	Schätzungen für 2004	Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. € ⁴	in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	9 700	- 6,7	39 218	- 4,3	125 400	- 5,8
veranlagte Einkommensteuer	- 955	.	- 6 763	.	5 800	27,0
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 008	.	4 544	38,3	9 900	10,0
Zinsabschlag	419	- 17,1	3 639	- 12,8	6 825	- 10,6
Körperschaftsteuer	545	.	2 722	98,5	12 450	50,4
Steuern vom Umsatz	10 775	3,7	45 018	2,1	138 900	1,4
Gewerbsteuerumlage	550	- 27,7	649	- 35,1	2 944	- 41,2
erhöhte Gewerbesteuerumlage	377	7,1	411	- 12,7	2 061	- 1,0
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	22 419	10,0	89 439	1,0	304 280	- 0,8
Bundessteuern						
Mineralölsteuer	3 320	- 6,2	7 931	- 5,8	42 300	- 2,1
Tabaksteuer	1 326	23,8	3 702	22,6	14 500	2,9
Branntweinsteuer	161	21,7	600	16,6	2 170	- 1,6
Versicherungsteuer	524	8,3	4 359	- 2,8	8 800	- 0,8
Stromsteuer	508	28,4	1 981	27,2	6 550	0,3
Solidaritätszuschlag	685	13,3	3 149	0,8	10 140	- 1,4
sonstige Bundessteuern	94	4,4	468	14,9	1 501	4,1
Bundessteuern insgesamt	6 617	4,8	22 191	3,1	85 960	- 0,8
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	315	14,0	1 512	47,5	4 298	27,4
Grunderwerbsteuer	374	0,2	1 738	- 2,7	4 800	0,0
Kraftfahrzeugsteuer	717	4,2	2 807	4,5	7 800	6,3
Rennwett- und Lotteriesteuer	169	2,4	657	0,7	1 870	0,5
Biersteuer	61	8,9	240	4,8	800	1,8
sonstige Ländersteuern	27	- 17,2	231	- 11,9	475	- 14,8
Ländersteuern insgesamt	1 663	4,5	7 185	8,2	20 043	7,1
EU-Eigenmittel						
Zölle	262	17,6	953	5,5	2 850	- 0,9
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	138	- 71,9	1 279	- 34,8	3 450	- 33,8
BSP-Eigenmittel	653	- 41,6	4 925	10,1	13 800	7,5
EU-Eigenmittel insgesamt	1 053	- 42,5	7 158	- 2,4	20 100	- 3,9
Bund³	14 451	15,5	50 887	1,6	188 883	- 1,6
Länder³	13 872	10,7	55 483	3,4	180 766	1,8
EU	1 053	- 42,5	7 158	- 2,4	20 100	- 3,9
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	1 586	- 2,7	6 240	- 4,6	23 383	- 4,2
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	30 962	8,6	119 767	1,8	413 132	- 0,4

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundesamt für Finanzen.

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

⁴ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom Mai 2004.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Renditen der europäischen Staatsanleihen haben im April angezogen. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe, die Ende März bei 3,92 % lag, notierte Ende April bei 4,18 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – lagen Ende April bei 2,07 %. Die Europäische Zentralbank hatte zuletzt am 5. Juni 2003 die Leitzinsen verändert und gesenkt. Der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte liegt seitdem bei 2,0 %, der Zinssatz für die Einlagefazilität bei 1,0 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 3,0 %.

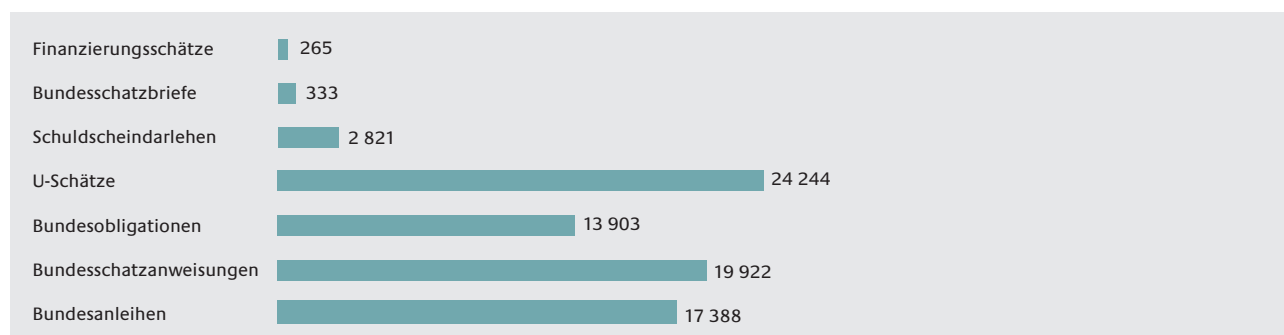
Die europäischen Aktienmärkte zeigten sich im April richtungslos. Der Deutsche Aktienindex

DAX legte per Saldo von 3 857 Punkten auf 3 985 Punkte zu (+3,3 %). Der 50 Spitzenwerte der EWU umfassende Euro Stoxx 50 lag Ende April gegenüber Ende März unverändert bei 2 787 Punkten.

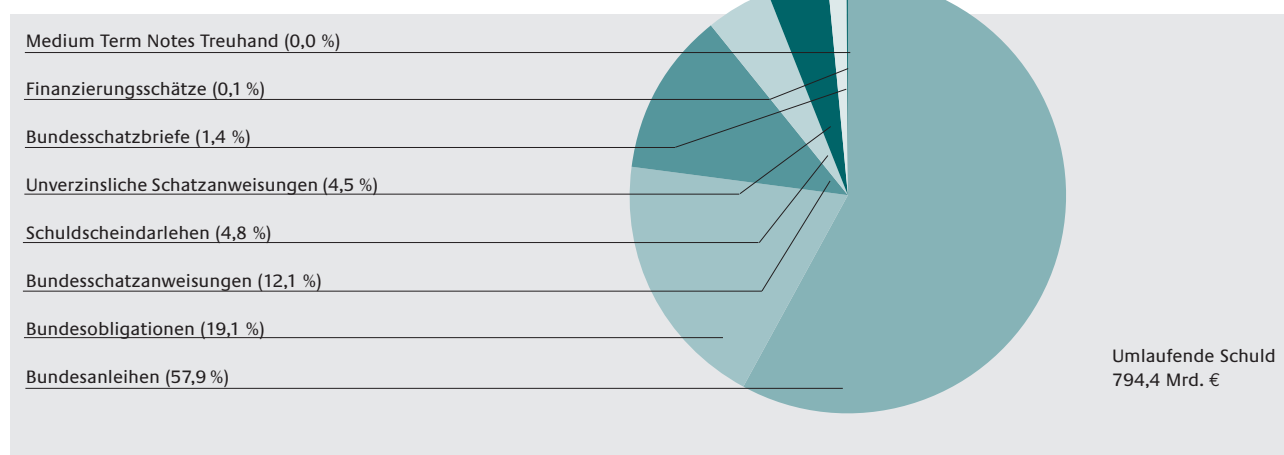
Monetäre Entwicklung

Der Dreimonatsdurchschnitt für das Wachstum der Geldmenge M 3 ist im Euroraum von Januar bis März 2004 – auf Jahresbasis gerechnet – auf 6,4 % leicht gesunken (Dreimonatsdurchschnitt Dezember 2003 bis Februar 2004: 6,6 %; Referenzwert: 4,5 %). Der Trend der vergangenen Monate einer langsamen, aber steten Abschwächung des Geldmengenwachstums setzte sich damit fort. Die Entwicklung zeigt, dass die Anleger des Euroraums ihre Portfolios allmählich zugunsten längerfristiger und risikoreicherer Anlageformen umschichten, die nicht in M 3 enthalten sind.

Kreditaufnahme des Bundes bis einschl. April 2004 in Mio. €



Gesamte umlaufende Schuld des Bundes per 30. April 2004



Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor belief sich im Euroraum im November auf 6,0 % (verglichen mit 5,9 % im Vormonat). In Deutschland lag die vorgenannte Wachstumsrate mit 1,1 % leicht über dem Vormonatswert (0,8 %). Das gestiegene Kreditwachstum der letzten Monate ist primär einem erhöhten Finanzierungsbedarf des privaten Sektors zuzuschreiben.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Die Bruttokreditaufnahme des Bundes betrug bis zum 30. April dieses Jahres 78,7 Mrd. €. Unter Einbeziehung der Anteile der Sondervermögen an der Gemeinsamen Wertpapierbegebung betragen die am Kapitalmarkt beschafften Beträge insgesamt 78,9 Mrd. €.

Gegenüber dem Stand per 31.12.2003 haben sich die Schulden des Bundes einschließlich der Bestände an eigenen Wertpapieren

bis zum 30.4.2004 um 3,5 % auf 794,4 Mrd. € erhöht.

Der Bund beabsichtigt, im zweiten Quartal 2004 zur Finanzierung des Bundeshaushalts und seiner Sondervermögen die in der Tabelle auf Seite 21 dargestellten Emissionen zu begeben.

Änderungen des Emissionskalenders können sich je nach Liquiditätslage des Bundes oder der Kapitalmarktsituation ergeben. Der detaillierte Emissionskalender für das dritte Quartal 2004 wird in der dritten Dekade Juni 2004 veröffentlicht.

Die Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen Fonds „Deutsche Einheit“ (FDE) und ERP belaufen sich im zweiten Quartal 2004 auf insgesamt rund 38,6 Mrd. € (darunter 0,2 Mrd. € für die Sondervermögen). Ist- und Planzahlen sind berücksichtigt. Die Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen FDE und ERP belaufen sich im zweiten Quartal 2004 auf insgesamt rund 4,3 Mrd. €.

Tilgungen und Zinszahlungen im 2. Quartal 2004 (in Mrd. €)

Tilgungen

Kreditart	April	Mai	Juni	Gesamtsumme 2. Quartal
Anleihen des Bundes	–	–	–	0,0
Bundessobligationen	–	1,5	–	1,5
Bundesschatzanweisungen	–	–	12,0	12,0
U-Schätze des Bundes	5,9	5,9	5,9	17,8
Bundesschatzbriefe	0,6	0,3	0,0	0,9
Finanzierungsschätze	0,1	0,1	0,1	0,3
Anleihen Deutsche Bundesbahn	–	–	–	0,0
Anleihen Treuhandanstalt	–	4,1	–	4,1
Fundierungsschuldverschreibungen	–	–	–	0,0
Ausgleichsfonds Währungsumstellung	–	–	–	0,0
Schuldscheindarlehen (Bund und Sondervermögen)	1,5	0,5	0,1	2,1
MTN Treuhand	–	–	–	0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen Bund und Sondervermögen	8,1	12,4	18,1	38,6

Zinszahlungen

	April	Mai	Juni	Gesamtsumme 2. Quartal
Zinszahlungen	1,3	1,7	1,3	4,3

Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2004

Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137057 WKN 113 705	Aufstockung	14. April 2004	2 Jahre fällig 10. März 2006 Zinslaufbeginn: 10. März 2004 Erster Zinstermin: 10. März 2005	7 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141448 WKN 114 144	Aufstockung	12. Mai 2004	5 Jahre fällig 17. April 2009 Zinslaufbeginn: 13. Februar 2004 Erster Zinstermin: 17. April 2005	ca. 5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135259 WKN 113 525	Neuemission	26. Mai 2004	10 Jahre fällig 4. Juli 2014 Zinslaufbeginn: 28. Mai 2004 Erster Zinstermin: 4. Juli 2005	ca. 9 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137065 WKN 113 706	Neuemission	23. Juni 2004	2 Jahre fällig 23. Juni 2006 Zinslaufbeginn: 23. Juni 2004 Erster Zinstermin: 23. Juni 2005	ca. 9 Mrd. €
2. Quartal 2004 insgesamt				ca. 30 Mrd. €

Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114668 WKN 111 466	Neuemission	19. April 2004	6 Monate fällig 20. Oktober 2004	6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114676 WKN 111 467	Neuemission	10. Mai 2004	6 Monate fällig 17. November 2004	ca. 6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114684 WKN 111 468	Neuemission	14. Juni 2004	6 Monate fällig 15. Dezember 2004	ca. 6 Mrd. €
2. Quartal 2004 insgesamt				ca. 18 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Konjunkturentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht

Die leichte Konjunkturerholung in Deutschland, die im zweiten Halbjahr 2003 in Gang gekommen war, setzte sich im ersten Vierteljahr 2004 mit einem etwas beschleunigten Wirtschaftswachstum fort. Dabei dürften die entscheidenden Wachstumsimpulse von der Auslandsnachfrage ausgegangen sein, während die Binnennachfrage wohl schwach ausgefallen ist. Die Bundesregierung erwartet in ihrer Frühjahrsprojektion für dieses und nächstes Jahr ein Wirtschaftswachstum von 1,5 % bis 2 %, wobei es sich 2004 am unteren und 2005 eher am oberen Rand bewegen dürfte (1,5 % bzw. 1,8 %). Wie das Ergebnis der jüngsten Steuerschätzung zeigt, bleibt die finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte – auch wegen des zunächst noch verhaltenen Wirtschaftswachstums – weiterhin angespannt.

Den vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes zur BIP-Entwicklung im ersten Quartal („Schnellmeldung“) zufolge erhöhte sich die preis- und saisonbereinigte Wachstumsrate des BIP von +0,3 % im vierten Quartal 2003 (nach oben revidiert) auf +0,4 % im ersten Vierteljahr 2004. Damit wurde zuletzt das Vorjahresniveau real um 1,5 % (kalenderbereinigt +0,8 %) übertroffen. Obgleich bis Redaktionsschluss die Detailangaben zu den BIP-Komponenten noch nicht vorlagen, lassen sich die Haupttendenzen auf der Basis der monatlich verfügbaren Konjunkturindikatoren annähernd abschätzen.

Den Hauptanteil am BIP-Wachstum im ersten Vierteljahr dürfte der Außenbeitrag (Export minus Import) geliefert haben. Die nur in nominaler Rechnung vorliegenden Monatsdaten der Handelsbilanz weisen für das erste Quartal einen saisonbereinigten Anstieg der Exporte um 5,4 % und der Importe um 1,4 % aus. Dies zeigt, dass die deutsche Exportwirtschaft erwartungsgemäß von der wieder anziehenden Weltkonjunktur erheblich profitiert. Noch

deutlicher wird der Aufschwung im Auslandsgeschäft im Vorjahresvergleich. Die deutschen Ausfuhren lagen nominal um 8,9 % über dem Stand des ersten Vierteljahres 2003 (wobei jedoch ein positiver Arbeitstageeffekt in Rechnung zu stellen ist). Bemerkenswert ist dabei, dass trotz des gleichzeitig deutlich gestiegenen Eurokurses die Exporte in Drittländer überproportional zugenommen haben (+ 10,6 %). Aufgrund ihrer hohen Wettbewerbsfähigkeit, u. a. wegen der günstigen Lohnstückkostenentwicklung und des hohen Qualitätsniveaus deutscher Produkte, profitiert die Exportwirtschaft in erheblichem Maße von der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung in den derzeit besonders dynamischen Regionen. So erhöhten sich beispielsweise die Ausfuhren nach China und in die MOE-Länder in den ersten zwei Monaten dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahr um 19,8 % bzw. 10,5 %.

Die gute Exportkonjunktur kommt in erster Linie der Industrie zugute. Dies ist allerdings in den aktuellen, noch vorläufigen Statistiken für Produktion und Nachfrage auf den ersten Blick nicht sichtbar. Im ersten Quartal war in saisonbereinigter Rechnung bei der industriellen Produktion und beim Umsatz nur eine Stagnation zu verzeichnen, während der Wert der Auftragseingänge zumindest leicht anstieg. Allerdings wird für die März-Ergebnisse noch mit einer erheblichen Aufwärtskorrektur gerechnet. Insgesamt dürfte daher auch die industrielle Wertschöpfung zur Konjunkturerholung beigetragen haben. Für die konjunkturelle Beurteilung der aktuellen Zahlen ist ein Blick zurück recht hilfreich: Im vierten Quartal 2003 hatten sich die Industrieaktivitäten deutlich belebt; Produktion und Umsatz waren um rd. 2 ½ % angestiegen. Dieses Niveau wurde im ersten Quartal 2004 behauptet, bei den Auslandsumsätzen und den Exportaufträgen sogar noch leicht übertroffen. Die konjunkturellen Impulse aus dem Ausland werden im Vorjahresvergleich noch deutlicher: Die Exportumsätze und der Auftragswert aus dem Ausland lagen im ersten Vierteljahr um 3,0 % bzw. 5,2 % über ihrem entsprechenden Vorjahresergebnis. In dieses letztlich positive Bild passt auch, dass sich die Stimmung in der Industrie weiter aufge-

Finanzwirtschaftlich wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2003		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. €	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			3.Q.03	4.Q.03	1.Q.04 ¹	3.Q.03	4.Q.03	1.Q.04 ¹
Bruttoinlandsprodukt								
– real	1 988	– 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	– 0,2	+ 0,2	+ 1,5
– nominal	2 129	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,2	.	+ 1,0	+ 1,2	.
Einkommen								
– Volkseinkommen	1 573	+ 0,1	+ 2,2	+ 0,3	.	+ 0,4	+ 1,2	.
– Arbeitnehmerentgelt	1 133	+ 0,2	+ 0,2	– 0,7	.	+ 0,2	– 0,2	.
– Unternehmens- und Vermögenseink.	440	– 0,3	+ 7,3	+ 2,9	.	+ 0,9	+ 5,8	.
– Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 378	+ 0,9	+ 0,1	– 0,4	.	+ 0,6	+ 0,1	.
– Bruttolöhne u. Gehälter	909	– 0,1	+ 0,1	– 0,7	.	– 0,1	– 0,5	.
– Sparen d. priv. Haush.	151	+ 3,4	+ 0,7	– 3,7	.	+ 3,4	– 2,1	.

Umsätze/ Auftragseingänge/ Außenhandel	2003		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
(nominal)			Feb 04	Mrz 04	3- Monats- durch- schnitt	Feb 04	Mrz 04	3- Monats- durch- schnitt
Umsätze								
– Industrie ²	100,7	+ 0,0	+ 1,5	– 2,2	+ 0,0	+ 3,0	+ 0,6	+ 1,7
– Inland ²	97,0	– 0,5	– 0,6	– 1,6	– 0,1	+ 0,8	– 0,5	+ 0,7
– Ausland ²	106,7	+ 0,7	+ 4,5	– 2,8	+ 0,3	+ 6,0	+ 2,3	+ 3,0
– Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	6,9	– 3,3	+ 0,9	.	– 3,9	+ 3,1	.	+ 1,9
– Einzelhandel (mit Kfz. und Tankstellen)	100,3	– 0,1	– 0,2	– 2,8	– 2,3	– 2,1	+ 0,6	– 1,4
– Großhandel (ohne Kfz.)	94,4	+ 1,2	– 1,6	+ 0,4	– 1,3	– 1,3	+ 4,9	+ 1,2
Auftragseingang								
– Industrie	99,0	+ 0,7	+ 0,5	– 0,5	+ 0,4	+ 1,2	+ 13,5	+ 4,2
– Inland	94,3	+ 0,0	+ 1,2	– 0,3	+ 0,2	– 0,8	+ 12,8	+ 3,3
– Ausland	104,0	+ 1,6	– 0,3	– 0,6	+ 0,5	+ 3,4	+ 14,3	+ 5,2
– Bauhauptgewerbe	79,1	– 10,7	+ 10,4	.	– 1,2	+ 2,3	.	– 6,5
Außenhandel (Mrd. €)								
– Waren-Exporte	662	+ 1,6	– 2,5	+ 0,6	+ 5,4	+ 5,3	+ 16,6	+ 8,9
– Waren-Importe	532	+ 2,6	+ 1,4	– 3,3	+ 1,4	+ 3,2	+ 5,3	+ 2,0

Arbeitsmarkt	2003		Veränderung in Tsd. gegenüber					
	Personen Mio.	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			Feb 04	Mrz 04	Apr 04	Feb 04	Mrz 04	Apr 04
– Erwerbstätige, Inland	38,25	– 1,1	– 20	.	.	– 131	.	.
– Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	4,30	+ 7,3	+ 29	+ 43	+ 23	+ 2	+ 14	+ 19

Preise	2003		Veränderung in % gegenüber					
	Index	ggü. Vorj. %	Vorperiode			Vorjahresperiode		
2000 = 100			Feb 04	Mrz 04	Apr 04	Feb 04	Mrz 04	Apr 04
– Importpreise	96,2	– 2,2	+ 0,1	+ 1,2	.	– 3,2	– 1,6	.
– Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	104,1	+ 1,7	+ 0,1	+ 0,6	.	– 0,1	+ 0,3	.
– Preisindex der Lebenshaltung	104,5	+ 1,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,6

ifo-Geschäftsklima Verarbeitendes Gewerbe Deutschland	saisonbereinigte Salden							
	Sep 03	Okt 03	Nov 03	Dez 03	Jan 04	Feb 04	Mrz 04	Apr 04
– Klima	– 5,9	+ 0,4	+ 5,4	+ 6,7	+ 9,2	+ 6,5	+ 4,4	+ 5,1
– Geschäftslage	– 21,4	– 16,0	– 11,6	– 11,0	– 6,6	– 7,4	– 7,0	– 3,8
– Geschäftserwartungen	+ 11,0	+ 18,3	+ 24,0	+ 26,0	+ 26,4	+ 21,5	+ 16,5	+ 14,5

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut

¹ Vorläufige Ergebnisse.

² berechnet aus den saisonbereinigten Zahlen.

hellt hat. Sowohl der ifo-Konjunkturtest als auch der Reuters-Einkaufsmanagerindex wiesen im April deutlich verbesserte Ergebnisse auf. Bei den Exporterwartungen wurden neue Höchststände registriert.

Im Gegensatz zur günstigen Entwicklung der Auslandsnachfrage blieben die inländischen Verwendungskomponenten des BIP im ersten Quartal schwach. Die Ausrüstungsinvestitionen dürften – den Zahlen des Inlandsabsatzes der Investitionsgüterproduzenten zufolge – nicht weiter zugenommen haben. Bei den Bauinvestitionen deuten die rückläufigen Produktionszahlen für das Bauhauptgewerbe auf eine Abwärtsbewegung hin.

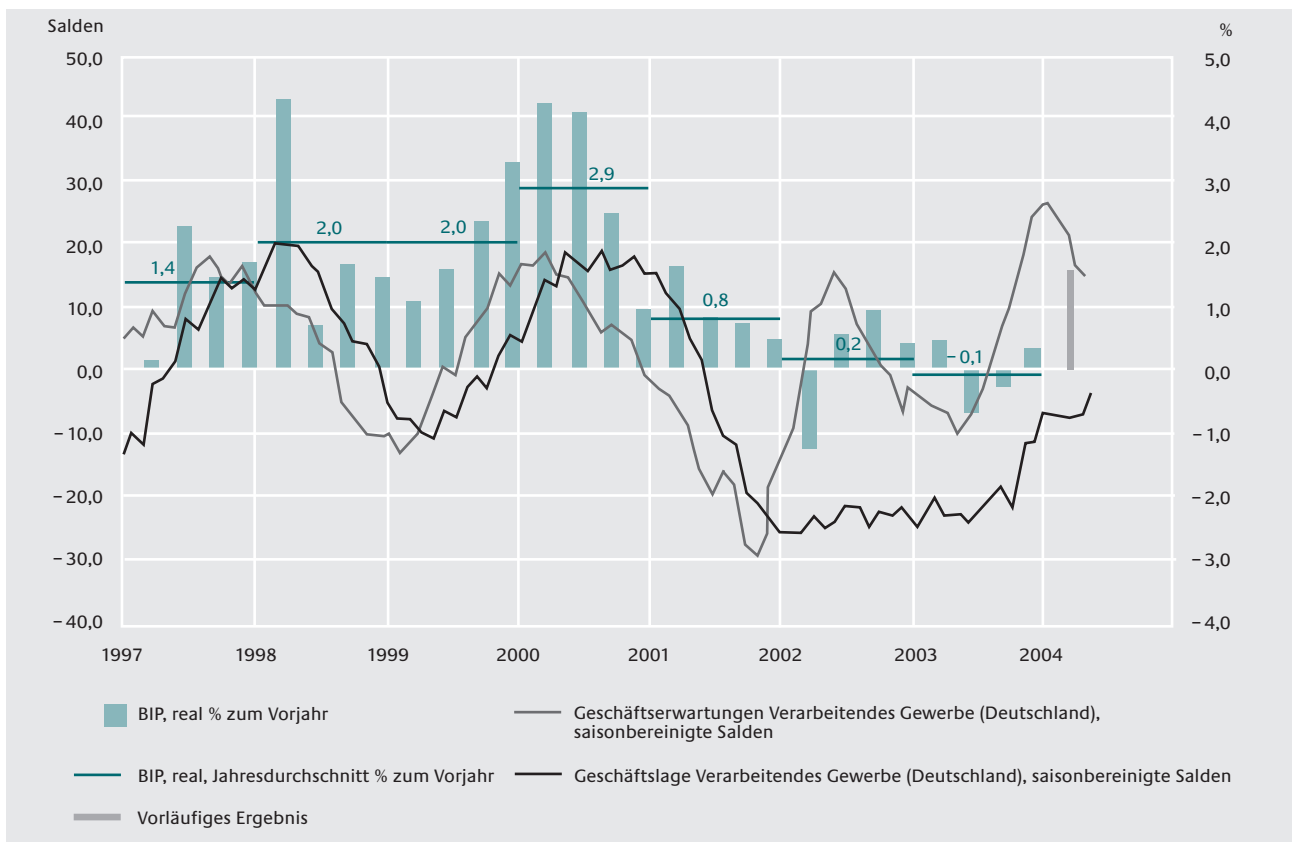
Für das größte Verwendungsaggregat der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – den Privaten Konsum – zeigen die aktuellen Konjunkturindikatoren eine eher rückläufige Entwicklung an. So sind die nominalen Einzelhandelsumsätze (einschließlich Kfz-Handel und Tankstellen) im ersten Vierteljahr saisonbereinigt um 2,3 % gesunken und lagen damit auch spürbar unter ihrem Vorjahresstand. Allerdings hat sich im April das Geschäftsklima bei den Einzelhandelsunternehmen spürbar erwärmt und das von der GfK ermittelte Konsumklima bei den Verbrauchern zeigte leicht nach oben. Eine Belebung des privaten Verbrauchs ist eine wichtige Voraussetzung für einen selbsttragenden Aufschwung, der auch die öffentlichen Finanzen entlasten würde.

Die bislang zu beobachtende Konsumschwäche war zu einem großen Teil auch auf die ungünstige Entwicklung am Arbeitsmarkt zurückzuführen. Zum einen reagiert der Arbeitsmarkt erst mit erheblicher Verzögerung auf eine konjunkturelle Belebung und zum anderen reichte die leichte Beschleunigung des Wirtschaftswachstums nicht aus, um diesem entscheidende Impulse zu geben. Gleichzeitig haben die anfänglichen Entlastungswirkungen aus der Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik in jüngster Zeit spürbar abgenommen.

Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl ist im April um 23 000 angestiegen; das war immerhin weniger als im Monatsdurchschnitt des ersten Quartals. Nach den Ursprungszahlen waren zuletzt 4,44 Mio. Personen arbeitslos gemeldet, 18 900 mehr als vor Jahresfrist. Der Beschäftigungsabbau erfolgte zwar weniger stark, jedoch ist er noch nicht vollständig zum Stillstand gekommen. Obwohl die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen im Februar gegenüber dem Vormonat erneut etwas zurückgegangen ist (20 000), verlangsamte sich die Abnahme der Erwerbstätigenzahlen im Vorjahresvergleich weiter. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat in fast allen Wirtschaftszweigen starke Rückgänge zu verzeichnen. Dagegen zeigte die Förderung der Existenzgründungen und die Neuregelung der geringfügig entlohnten Beschäftigung erste positive Wirkungen. Aus der Entwicklung am Arbeitsmarkt ist bis jetzt noch keine finanzielle Entlastung der Bundesanstalt für Arbeit erkennbar.

Die Preisentwicklung in Deutschland ist, trotz partieller Preiserhöhungen, weiterhin moderat. Die Importpreise waren gegenüber März 2003 um 1,6 % zurückgegangen. Hier wirkte offensichtlich der im Vorjahresvergleich weiterhin starke Euro dämpfend auf den Preisauftrieb bei den Weltmarktpreisen für Rohstoffe. Aber im Vergleich zum Vormonat haben gestiegene Rohstoffpreise und eine leichte Abwertung des Euro zu einer Preiserhöhung um 1,2 % geführt. Der Preisschub bei den Rohstoffen sowie höhere Transportkosten trugen im März auch zu einem Plus bei den Erzeugerpreisen bei (+ 0,3 % gegenüber Vormonat). Auf der Verbraucherstufe erreichten die Preise im April mit einer Zunahme um 1,6 %. Erstmals in diesem Jahr wirkten die Preise für Mineralölzeugnisse nicht mehr dämpfend, sondern führten zu einem jährlichen Preisanstieg um ca. 0,1 %. Die Erhöhung der Verbraucherpreise ist hauptsächlich auf Preissteigerungen für Energie, Gesundheits- und Verkehrsdienstleistungen zurückzuführen.

BIP-Wachstum und Geschäftsklima

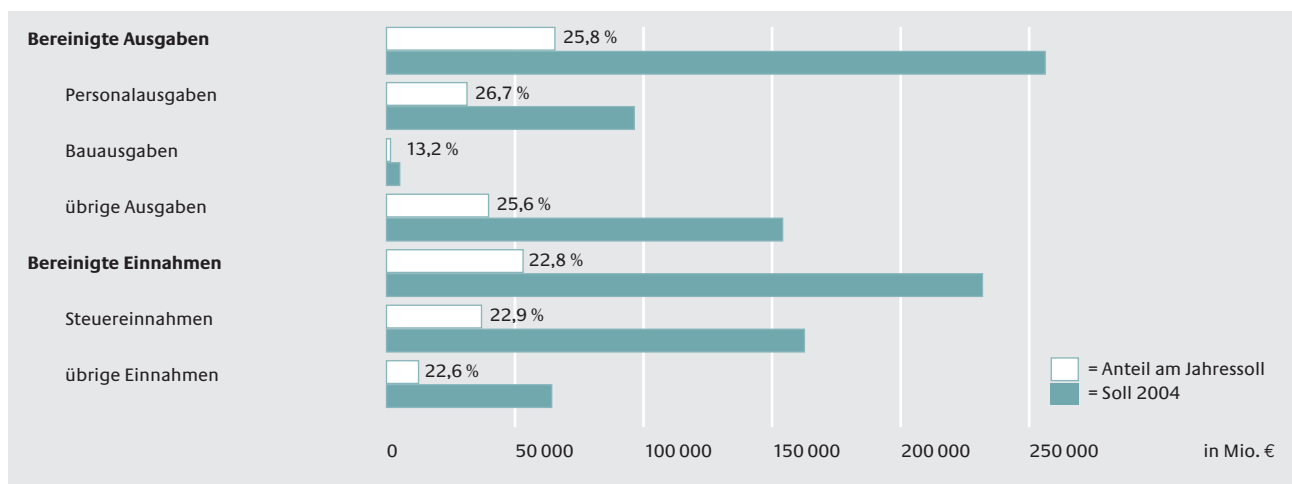


Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2004

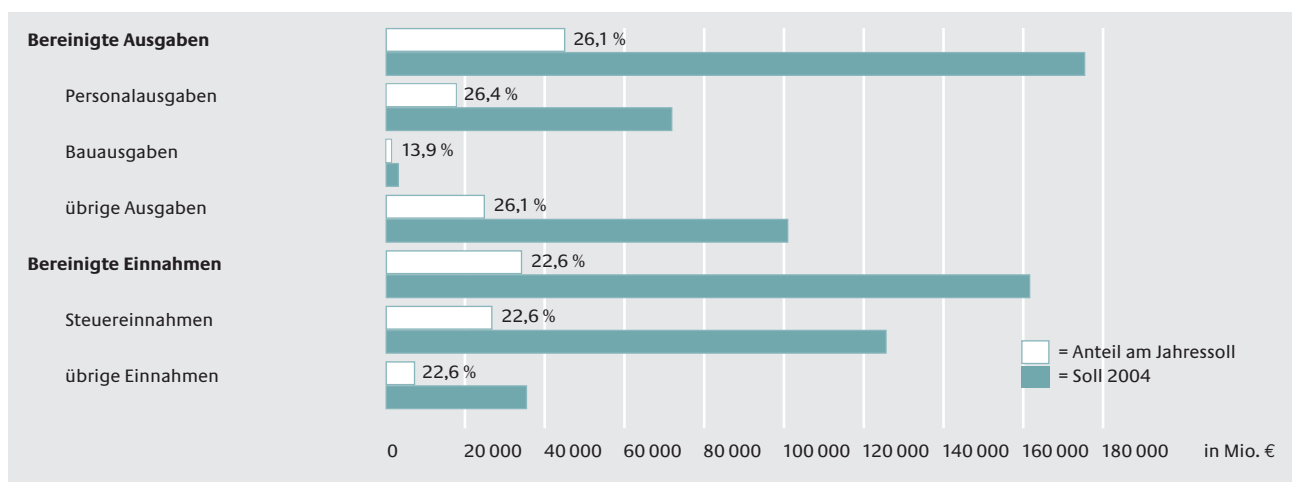
Das Bundesministerium der Finanzen legt eine Zusammenfassung der Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich März 2004 vor.

Die Haushaltsentwicklung in den ersten Monaten eines Jahres ist weitgehend von Zufälligkeiten und Sonderfaktoren bestimmt und besitzt daher zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Aussagekraft für den weiteren Haushaltsverlauf bis zum Ende des Jahres 2004. Der Vergleich zum Vorjahreszeitraum sowie zu den Haushaltsplanungen dient daher lediglich zur Information.

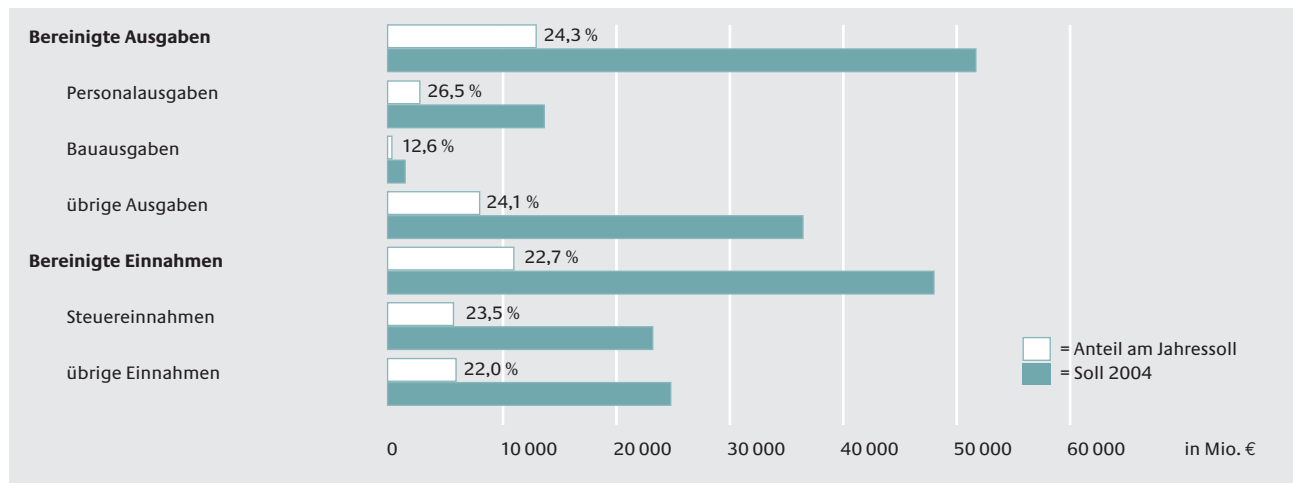
Länder insgesamt



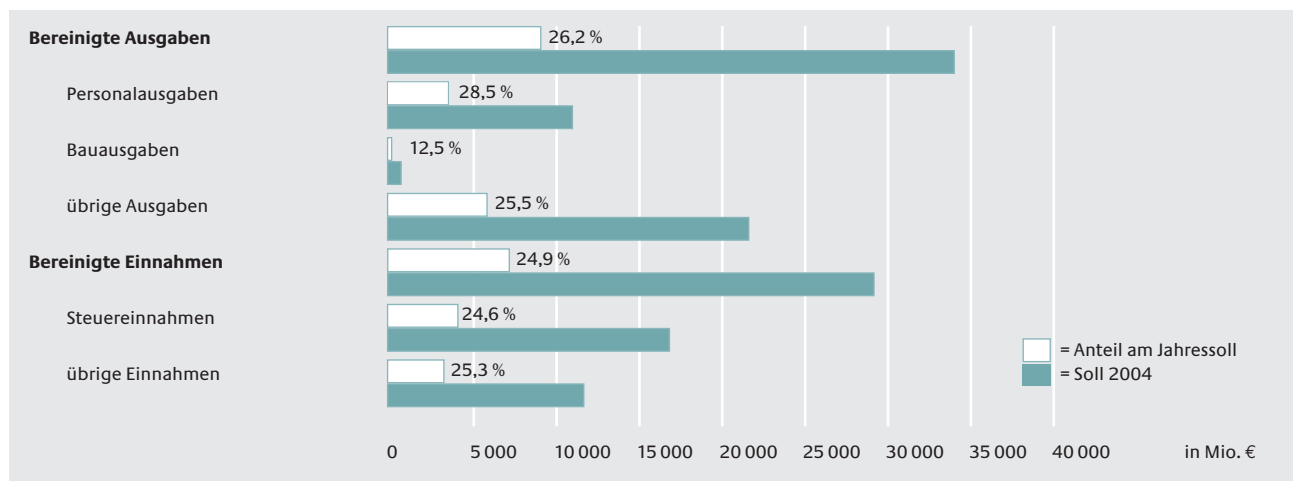
Flächenländer West



Flächenländer Ost



Stadtstaaten



Termine

Finanz- und Wirtschaftspolitische Termine

- 1./2. Juni 2004 – Eurogruppe und Ecofin in Luxemburg
- 17. Juni 2004 – Europäischer Rat in Brüssel
- 25. Juni 2004 – Dreiertreffen der Finanzminister der Schweiz, Österreichs
und Deutschlands in Sankt Gallen
- 4./5. Juli 2004 – Eurogruppe und Ecofin in Brüssel

Hinweis auf Veröffentlichungen

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikation neu herausgegeben:

Klarsicht – Reisen in der erweiterten Europäischen Union

Die Publikation kann kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen
– Referat Bürgerangelegenheiten –
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

telefonisch: 01 80 / 5 22 19 96 (0,12 €/Min.)

per Telefax: 01 80 / 5 22 19 97 (0,12 €/Min.)

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de>

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe		Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2004	Juni	Mai 2004	21. Juni 2004
	Juli	Juni 2004	19. Juli 2004
	August	Juli 2004	19. August 2004
	September	August 2004	20. September 2004
	Oktober	September 2004	21. Oktober 2004
	November	Oktober 2004	19. November 2004
	Dezember	November 2004	20. Dezember 2004

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2005

- 19. Januar 2004 – Aufstellungs Rundschreiben
- Mitte März bis Mitte Juni 2004 – Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
- 11. bis 13. Mai 2004 – Arbeitskreis Steuerschätzung
- 9. Juni 2004 – Arbeitskreis Finanzplanungsrat
- 16. Juni 2004 – Finanzplanungsrat
- 18. Juni 2004 – Zuleitung an Kabinett
- 23. Juni 2004 – Kabinettsbeschluss**
- 13. August 2004 – Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
- September bis November 2004 – Parlamentarische Beratungen



Analysen und Berichte

Die Entwicklung des Bundeshaushalts im 1. Quartal 2004	33
Ergebnisse der Steuerschätzung vom 11. bis 13. Mai 2004	53
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Quartal 2004	57
Entwicklung der Länderhaushalte im Jahr 2003	61
Wirtschaftslage und -entwicklung in den neuen EU-Mitgliedstaaten und Kandidatenländern der EU	67
Die aktualisierten Stabilitäts- und Konvergenzprogramme der EU-Mitgliedstaaten 2003	73

Die Entwicklung des Bundeshaushalts im 1. Quartal 2004

1	Die Eckwerte des Bundeshaushalts 2004	33
2	Erläuterung wesentlicher Ausgabe-positionen	36
3	Die Entwicklung der Einnahmen	49

1 Die Eckwerte des Bundeshaushalts 2004

Ausgaben. Die Ausgaben des Bundes addieren sich im ersten Quartal 2004 auf 74,0 Mrd. €. Im Vergleich zum Vorjahresquartal steigen die Ausgaben des Bundes um 1,6 Mrd. €. Dies entspricht einer Steigerung von 2,2 %.

Die investiven Ausgaben des Bundes summieren sich im ersten Quartal 2004 auf 8,4 Mrd. €. Dies entspricht einer Abnahme gegenüber dem Vorjahresquartal von 0,3 Mrd. € oder 3,7 %. Zurückzuführen ist dies auf das Auslaufen der einmaligen investiven Ausgaben für die Hochwasserhilfe in 2003 (0,6 Mrd. € im ersten Quartal 2003). Ohne Berücksichtigung dieser Ausgaben übersteigen die investiven Ausgaben des Bundes im ersten Quartal 2004 das Vorjahresniveau um 0,3 Mrd. € oder 3,9 %.

Einnahmen. Die Einnahmen des Bundes (ohne Münzeinnahmen) summieren sich im ersten Quartal 2004 auf 39,2 Mrd. €. Gegenüber dem Vorjahresquartal, mit Einnahmen in Höhe von 40,9 Mrd. €, entspricht dies einem Rückgang von 1,7 Mrd. € oder 4,1 %. Darin spiegeln sich die deutlichen Entlastungen der Steuerpflichtigen durch die Steuerreform.

Tabelle 1: Gesamtübersicht

Bezeichnung	Soll 2004	Januar bis März 2004	Januar bis März 2003	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr	
	in Mrd. € ¹			in %	
Die Entstehung des Finanzierungssaldos:					
1. Ausgaben	257,3	74,0	72,4	+ 1,6	+ 2,2
2. Einnahmen	227,7	39,2	40,9	- 1,7	- 4,1
- Steuereinnahmen	197,7	35,2	36,2	- 1,0	- 2,8
- Verwaltungseinnahmen	30,1	4,0	4,7	- 0,7	- 14,3
Einnahmen -/- Ausgaben					
= Finanzierungssaldo	- 29,6	- 34,8	- 31,6	- 3,2	+ 10,3
Finanzierung des Finanzierungssaldos:					
Nettokreditaufnahme/ aktueller Kapitalmarktsaldo	29,3	34,9	31,6	+ 3,3	+ 10,5
Münzeinnahmen	0,3	- 0,1	0,02	- 0,1	.
nachrichtlich:					
Investitionen	24,6	8,4	8,8	- 0,3	- 3,7

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Defizit. Für das erste Quartal 2004 ergibt sich ein Finanzierungssaldo von – 34,8 Mrd. €. Bei der Bewertung dieses Betrages ist zu berücksichtigen, dass im Jahresverlauf die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung nicht gleichmäßig verläuft. Aus diesem Grund können hieraus keine Rückschlüsse auf den weiteren Jahresverlauf gezogen werden.

Die Tabelle 2 zeigt wichtige Veränderungen des Quartalsergebnisses 2004 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresergebnis. Die größten Budgetveränderungen ergeben sich bei folgenden Positionen:

Erläuterungen zu den wesentlichen Einnahme- und Ausgabenveränderungen

Zinsen. Zinszahlungen sind unabhängig von der Entwicklung des Bundeshaushalts zu betrachten, da sich die Zinszahlungstermine unterjährig nicht gleichmäßig auf bestimmte Monate oder Quartale verteilen. Aus diesem Grund kann durch einen Vergleich einzelner Quartalswerte kein Rückschluss auf die laufende Entwicklung der Zinsausgaben im Jahr 2004 gezogen werden.

Arbeitsmarktpolitik. Die Arbeitsmarktausgaben entwickeln sich wegen saisonaler Einflüsse auf dem Arbeitsmarkt im Jahresverlauf nicht

gleichmäßig. Der Bereich Arbeitsmarktpolitik befindet sich zudem in einer starken Umstrukturierungsphase. Insofern sind insbesondere unterjährige Vergleiche von Quartalsdaten wenig aussagekräftig. Der Soll-Ansatz für den Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit von 5,2 Mrd. € kann aus heutiger Sicht eingehalten werden. Bei der Arbeitslosenhilfe sind steigende Belastungen aufgrund höherer Langzeitarbeitslosigkeit festzustellen. Die Sonderprogramme des Bundes – „Jump Plus“ zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sowie das Programm zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit –, die mit 210 Mio. € bzw. 524 Mio. € im Jahr 2004 dotiert sind, verzeichnen eine steigende Zahl von Maßnahmeteilnehmern.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die Zahlungen an den „Europäischen Entwicklungsfonds“ wurden aufgrund einer Änderung des Abrufmodus im ersten Quartal in erhöhtem Umfang fällig. Der erhöhte Abfluss im sonstigen Bereich der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit ist insbesondere auf die rechtsverbindliche Zusage der ersten Zahlung für IDA 13 zurückzuführen.

Regionale Förderungsmaßnahmen. Der erhebliche Ausgabenrückgang gegenüber dem Vorjahr erklärt sich aus der vollständigen Leistung des Beitrages des Bundes zum Fonds

Tabelle 2: Wichtigste Budgetentwicklungen gegenüber dem Vorjahr

Aufgabenbereich	Soll 2004	Januar bis März 2004	Januar bis März 2003	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr	
		in Mrd. € ¹		in %	
Zinsen	37,7	14,7	13,2	+ 1,4	+ 10,8
Arbeitsmarktpolitik	27,8	9,4	8,5	+ 0,9	+ 10,1
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	3,7	1,0	0,8	+ 0,3	+ 33,9
Regionale Förderungsmaßnahmen	1,2	0,2	1,1	– 0,9	– 84,1
Nachrichtlich: Bundesbankgewinn	3,5	0,2	3,5 ²	– 3,3	– 92,9

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.
² Einnahmehuchung im April 2003

„Aufbauhilfe“ in Höhe von 3,5 Mrd. € in 2003. Gemeinsam mit den Zahlungen der Länder, die bis Ende 2003 ebenfalls vollständig geleistet wurden, ist der Fonds mit den gesetzlich vorgesehenen Mitteln ausgestattet.

Bundesbankgewinn. Der Jahresüberschuss der Deutschen Bundesbank für das Geschäftsjahr 2003 betrug 248 Mio. € und wurde gemäß § 27 Nr. 2 Bundesbankgesetz an den Bund abgeführt. Die Verringerung des Bundesbankgewinns bedeutet für den Bundeshaushalt 2004 gegenüber dem Soll-Ansatz einen unmittelbaren Einnahmeausfall in Höhe von rd. 3,25 Mrd. €.

Wichtige Entscheidungen mit Wirkung auf den Haushalt 2004

Arbeitsmarktreformen. Mit den Gesetzen für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz I bis IV) sowie dem Gesetz für Reformen am Arbeitsmarkt sind umfangreiche Reformen am Arbeitsmarkt eingeleitet worden. Zentrale Inhalte sind die Verbesserung der Qualität und Schnelligkeit der Arbeitsvermittlung, die Verbesserung der Beschäftigungschancen für ältere Arbeitnehmer, der Abbau von Einstellungs- und Beschäftigungshemmnissen sowie die Förderung der Aufnahme selbstständiger Beschäftigung. Wesentliche Projekte sind der Umbau der Bundesagentur für Arbeit zu einem modernen Dienstleister für die Arbeitsvermittlung und Betreuung von erwerbsfähigen Arbeitslosen sowie die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige zu einer neuen Leistung – der Grundsicherung für Arbeitssuchende.

Gesetzliche Rentenversicherung. Ziel ist, den Beitragssatz für 2004 bei 19,5 % zu halten. Dazu wurden folgende Maßnahmen ergriffen. Die Rentenanpassung zum 1. Juli 2004 wird ausgesetzt. Die Mindestschwankungsreserve wird von 50 % auf 20 % einer Monatsausgabe abgesenkt. Ab April übernehmen Rentnerinnen und Rentner den Pflegeversicherungsbeitrag. Der Auszahlungstermin für Neurentner ab dem 1. April 2004 wird auf

das Monatsende verschoben. Beitragssatzänderungen in der Gesetzlichen Krankenversicherung durch die Gesundheitsreform werden zeitnah an die Rentnerinnen und Rentner weitergegeben.

Einsparungen Öffentlicher Dienst. Bei Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richtern sowie Soldatinnen und Soldaten wurde das Urlaubsgeld abgeschafft und die Sonderzuwendung (sog. Weihnachtsgeld) abgesenkt. Die Sonderzuwendung der Versorgungsempfänger wurde ebenfalls abgesenkt. Die Einsparungen im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung wurden wirkungsgleich auf den Beihilfereich übertragen.

Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform. Durch das teilweise Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform steigt zum 1. Januar 2004 der Grundfreibetrag auf 7 664 €. Gleichzeitig sinken der Eingangssteuersatz auf 16 % und der Spitzensteuersatz auf 45 %.

Abbau von Steuervergünstigungen. Die Entfernungspauschale wird zum 1. Januar 2004 auf einen einheitlichen Satz von 30 Cent je Entfernungskilometer abgesenkt.

Der Pauschbetrag für Werbungskosten von Arbeitnehmern vermindert sich auf 920 €, wenn nicht höhere Werbungskosten nachgewiesen werden.

Die Eigenheimzulage wird zum 1. Januar 2004 gekürzt. Zukünftig wird nicht mehr zwischen Neubauten und bereits bestehenden Gebäuden unterschieden. Ausbauten und Erweiterungen werden nicht mehr gefördert. Der Förderhöchstbetrag wird auf einheitlich 1 250 € herabgesetzt. Die Kinderzulage wird von 767 € auf 800 € erhöht. Die Einkunftsgrenze für die Geltendmachung der Eigenheimzulage verringert sich auf 70 000 € für Alleinstehende und 140 000 € für Verheiratete; für jedes berücksichtigungsfähige Kind erhöht sich der Betrag um 30 000 €.

Der Haushaltsfreibetrag für Alleinerziehende wird zum 1. Januar 2004 abgeschmolzen. Für

„echte“ Alleinerziehende wird ein Entlastungsbetrag von 1 308 € eingeführt.

Die Wohnungsbauprämie wird ab dem Sparjahr 2004 von 10 % auf 8,8 % der Aufwendungen herabgesetzt.

Erziehungsgeld. Beim Erziehungsgeld wurden die Einkommensgrenzen so verändert, dass dieses nur noch für unterdurchschnittliche bis durchschnittliche Verdienere gewährt wird.

Ausblick

Derzeit befindet sich der Bundeshaushalt 2005 in Vorbereitung. Um die Ausgaben und die Verwaltungseinnahmen zu ermitteln, wurden die Ressorts mit dem Aufstellungs-rundschreiben vom 19. Januar 2004 aufgefordert, ihren Haushaltsmittelbedarf für 2005 anzumelden. Diese Vorschläge werden derzeit mit dem Bundesministerium der Finanzen abgestimmt.

Zur Ermittlung der Steuereinnahmen fand in einem ersten Schritt eine Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzung statt. Am 30. April 2004 wurde das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts 2004 präzisiert und eine erste Prognose für das Jahr 2005 abgegeben. Diese Daten bildeten eine wichtige Grundlage für die Steuerschätzung vom 11. bis 13. Mai. Auf Basis dieser gesamtwirtschaftlichen Werte sowie der bis dahin aktuellen Steuergesetze wurden die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden für die Jahre 2004 bis 2008 geschätzt. Die Ergebnisse der Steuerschätzung 2004 für den Bund sind Grundlage der Einnahmenseite des Bundeshaushalts 2005.

Die Ergebnisse des Haushaltsaufstellungsverfahrens sowie der Steuerschätzung sind Basis der Ausgaben- und Einnahmenseite des Bundeshaushalts 2005. Nach gegenwärtigem Planungsstand wird der Bundeshaushalt 2005 am 23. Juni 2004 vom Bundeskabinett beschlossen.

2 Erläuterung wesentlicher Ausgabepositionen

Soziale Sicherung

Die Tabelle 3 auf S. 37 zeigt die Ausgaben des Bundes für die soziale Sicherung. Unter sozialer Sicherung werden alle sozialpolitischen Leistungen verstanden, die bestimmte wirtschaftliche und soziale Existenzrisiken absichern. Hierunter fallen Risiken wie Alter, Krankheit, Unfall, Invalidität oder Arbeitslosigkeit. Die Zuständigkeiten des Bundes für die einzelnen Bereiche ergeben sich aus dem Grundgesetz. Die Ausgaben für soziale Sicherung sind im Jahr 2004 mit 122,6 Mrd. € veranschlagt worden. Das entspricht einem Anteil von 47,6 % an den Gesamtausgaben.

Leistungen an die Rentenversicherung. Der allgemeine Bundeszuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung orientiert sich an der Entwicklung der Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer im vorvergangenen Jahr sowie an der Veränderung des Beitragssatzes im laufenden Jahr. Dabei wird jeweils der Beitragssatz zugrunde gelegt, der sich ohne Berücksichtigung des zusätzlichen Bundeszuschusses ergeben würde. Mit dem zum 1. Januar 2003 in Kraft getretenen Beitragssatzsicherungsgesetz wurden die Beitragsbemessungsgrenzen auf 5 100 € monatlich in den alten Ländern und 4 250 € monatlich in den neuen Ländern angehoben. Zum 1. Januar 2004 trat eine Reihe von Maßnahmen zur Stabilisierung des derzeitigen Beitragssatzes zur Rentenversicherung von 19,5 % in Kraft. So wird der untere Zielwert der Schwankungsreserve der Rentenversicherung zum Jahresende von 80 % in 2002 über 50 % in 2003 auf 20 % einer Monatsausgabe in 2004 abgesenkt. Die Rentenanpassung am 1. Juli 2004 wird ausgesetzt. Ab dem 1. April 2004 tragen die Rentnerinnen und Rentner den vollen Beitrag zur Pflegeversicherung. Für Neurentner wird der Auszahlungstermin auf das Monatsende verschoben.

Tabelle 3: Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung

Aufgabenbereich	Soll 2004	Januar bis März 2004	Januar bis März 2003	Veränderungen gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹			in %	
Leistungen an die Rentenversicherung (RV)	77,9	24,8	24,7	+0,1	+0,6
– Bundeszuschuss an die RV der Arbeiter u. Angestellten	37,1	12,4	12,2	+0,2	+1,3
– zusätzlicher Zuschuss	17,3	5,8	5,8	–0,01	–0,1
– Beiträge für Kindererziehungszeiten	11,8	3,0	3,0	–0,01	–0,3
– Erstattung von einigungsbedingten Leistungen	0,6	0,2	0,2	–0,02	–9,8
– Bundeszuschuss an die knappschaftliche Rentenversicherung	7,2	2,4	2,4	+0,04	+1,6
– Überführung der Zusatzversorgungssysteme in die Rentenversicherung	2,8	0,8	0,9	–0,04	–4,9
– Überfüllung der Sondereversorgungssysteme in die Rentenversicherung	1,6	0,5	0,5	+0,02	+3,3
Landwirtschaftliche Sozialpolitik	3,8	1,0	1,0	–0,04	–3,6
darunter:					
– Alterssicherung	2,3	0,6	0,6	+0,005	+0,8
– Krankenversicherung	1,0	0,3	0,3	+0,001	+0,4
– Unfallversicherung	0,3	0,03	0,06	–0,03	–46,0
Arbeitsmarktpolitik	27,8	9,4	8,5	+0,9	+10,1
darunter:					
– Bundesagentur für Arbeit	5,2	4,6	4,6	–0,01	–0,3
– Arbeitslosenhilfe i. e. S.	6,7	4,5	3,8	+0,7	+19,0
– Anpassungsmaßnahmen, produktive Arbeitsförderung	0,7	0,2	0,1	+0,1	–
– Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende	14,7	–	–	–	–
– Arbeitslosengeld II	10,6	–	–	–	–
Erziehungsgeld	3,0	0,8	0,8	+0,01	+1,1
Wohngeld	1,9	0,6	0,5	+0,1	+19,8
Wohnungsbau-Prämiengesetz	0,5	0,2	0,2	–0,01	–7,6
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	3,4	1,1	1,1	–0,1	–7,8

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Derzeit ist ein Rentenversicherungs-Nachhaltigkeitsgesetz in der parlamentarischen Beratung, welches unter anderem eine Modifizierung der Renten Anpassungsformel durch die Einführung eines Nachhaltigkeitsfaktors und eine Orientierung der Rentendynamik an der beitragspflichtigen Bruttolohn- und gehaltssumme beinhalten wird.

Zur pauschalen Abgeltung nicht beitragsgedeckter Leistungen zahlt der Bund in jedem Kalenderjahr einen zusätzlichen Bundeszuschuss an die Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten. Der zusätzliche Bundeszuschuss betrug für das Jahr 1999 8,0 Mrd. €. Ab 2000 verändert sich der zusätzliche Bundeszuschuss, ohne den im Folgenden beschriebenen Erhöhungsbetrag, jährlich entsprechend der Veränderungsrate der Steuern

vom Umsatz; hierbei bleiben Änderungen der Steuersätze im Jahr ihres Wirksamwerdens unberücksichtigt. Finanziert wird der zusätzliche Bundeszuschuss durch die Erhöhung des allgemeinen Umsatzsteuersatzes von 15 % auf 16 % ab 1. April 1998. Darüber hinaus zahlt der Bund aufgrund der Regelungen des Haushaltssanierungsgesetzes im Rahmen des zusätzlichen Bundeszuschusses ab dem Jahr 2000 aus dem Aufkommen der weiteren Stufen der Ökosteuerreform Erhöhungsbeträge zur Senkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten.

Aufgrund des Gesetzes zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte trägt der Bund die Beiträge zur Rentenversicherung für Kindererziehungszeiten.

Ebenfalls aufgrund des Gesetzes zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte erstattet der Bund den Trägern der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten die Aufwendungen für Auffüllbeträge und Rentenzuschläge entsprechend dem Übergangsrecht für Renten nach den Vorschriften des Beitrittsgebiets sowie für Leistungen nach dem Gesetz über den Ausgleich beruflicher Benachteiligung für Opfer politischer Verfolgung im Beitrittsgebiet.

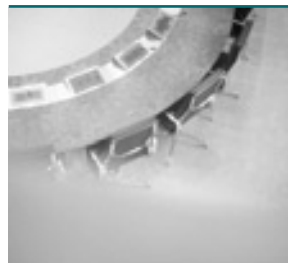
Der Bund trägt den Unterschiedsbetrag zwischen den Einnahmen und Ausgaben der knappschaftlichen Rentenversicherung im Kalenderjahr und sichert somit ihre dauernde Leistungsfähigkeit.

Der Bund erstattet der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte die Aufwendungen, die ihr auf Grund der Überführung der in den Zusatz- und Sonderversorgungssystemen der neuen Länder erworbenen Ansprüche in die gesetzliche Rentenversicherung entstehen. Die neuen Länder erstatten dem Bund für den Bereich der Zusatzversorgung rund zwei Drittel seiner Aufwendungen. Für 2004 werden 1,8 Mrd. € Erstattungen der neuen Länder erwartet.

Die Sonderversorgungssysteme umfassen die Angehörigen der ehemaligen Nationalen Volksarmee, der Deutschen Volkspolizei, der Zollverwaltung der DDR sowie des aufgelösten Ministeriums für Staatssicherheit. Die neuen Länder erstatten hier die Aufwendungen für die ehemalige Deutsche Volkspolizei in voller Höhe. Für 2004 werden 0,8 Mrd. € erwartet.

Landwirtschaftliche Sozialpolitik. Die Beiträge für die soziale Absicherung der Landwirte dienen der Verbesserung der Lebensverhältnisse der in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Menschen durch Absicherung gegen soziale Risiken wie Alter, Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Unfall. Außerdem wird der fortschreitende Strukturwandel in der Landwirtschaft sozialpolitisch begleitet.

Die Finanzierung der Alterssicherung der Landwirte wurde im Rahmen des Agrarsozialreformgesetzes 1995 neu geordnet. Die nicht durch Beiträge und sonstige Einnahmen gedeckten Aufwendungen übernimmt der Bund (Defizitdeckung). In der landwirtschaftlichen Krankenversicherung trägt der Bund alle nicht durch Beiträge gedeckten Leistungsausgaben der Alten-teiler. Der freiwillige Bundeszuschuss an die Träger der landwirtschaftlichen Unfallversicherung dient der Senkung der Unternehmensbeiträge und damit der kostenmäßigen Entlastung landwirtschaftlicher Betriebe.



Arbeitsmarktpolitik. Das zentrale Kernstück der Agenda 2010 sind strukturelle Reformen auf dem Arbeitsmarkt. Die Maßnahmen machen die Arbeitsmärkte flexibler und die Arbeitsvermittlung effizienter. Bürokratische Hemmnisse werden beseitigt. Ziel ist es, die Sozialversicherungssysteme zukunftsfest zu machen.

Zahlreiche Maßnahmen wurden bereits umgesetzt. Das erste Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt („Hartz I“) beinhaltete Regelungen zur Gründung der Personal-Service-Agenturen, Flexibilisierung der Zeitarbeit und zur Förderung älterer Arbeitnehmer. „Hartz II“ beinhaltete Regelungen zu den Ich-AGs und den Mini-Jobs. Außerdem schaffte es Voraussetzungen zur Gründung von JobCentern. Mit dem „Dritten Gesetz für Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ („Hartz III“) wird die ehemalige Bundesanstalt für Arbeit zu einem modernen Dienstleister, der Bundesagentur für Arbeit, umgestaltet. Die Führungsstrukturen werden auf ein zeitgemäßes System umgestellt und die Arbeitsprozesse auf die

künftigen Kernaufgaben ausgerichtet. Mit dem „Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ („Hartz IV“) werden die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe für Erwerbsfähige zu einer neuen Leistung – der Grundsicherung für Arbeitssuchende – zusammengeführt und das bisherige Nebeneinander von zwei staatlichen Fürsorgeleistungen beendet. Die Kompetenzen für den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente, psychosozialer Dienstleistungen und Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts werden in einer einheitlichen Anlaufstelle, dem Job-Center, gebündelt. Erwerbsfähige Hilfebedürftige erhalten dort alle Leistungen, die für eine erfolgreiche Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt notwendig sind. Finden sie dennoch keine Arbeit, können für diesen Personenkreis Arbeitsgelegenheiten, die im öffentlichen Interesse liegen, geschaffen werden. Ein Ergebnis des Vermittlungsverfahrens vom November/Dezember 2003 ist die schrittweise Einführung zum 1. Januar 2005. Ursprünglich war geplant, die Grundsicherung für Arbeitssuchende zum 1. Juli 2004 einzuführen. Die Haushaltsansätze unterstellen die ursprüngliche Planung. Die verzögerte Einführung wird im Rahmen der Haushaltsführung berücksichtigt.

Neben den umfangreichen Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit sind im Bundeshaushalt weitere Mittel veranschlagt, mit denen ebenfalls das Ziel verfolgt wird, passive Lohnersatzleistungen langfristig zu vermeiden.

Mit dem Sonderprogramm zum Einstieg arbeitsloser Jugendlicher in Beschäftigung und Qualifizierung („Jump Plus“) wird für 100 000 Jugendliche unter 25 Jahren, die Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe beziehen sowie langzeitarbeitslos oder von Langzeitarbeitslosigkeit bedroht sind, der Einstieg in Beschäftigung und Qualifizierung zusätzlich gefördert. Korrespondierend hierzu wird mit dem Sonderprogramm „Arbeit für Langzeitarbeitslose“ 100 000 hilfebedürftigen Langzeitarbeitslosen ab 25 Jahren der (Wieder-)Einstieg in Beschäftigung und Qualifizierung ermöglicht.

Erziehungsgeld. Liegen die Voraussetzungen vor, wird ein Erziehungsgeld nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz gezahlt. Anträge können bei den Erziehungsgeldstellen der Länder eingereicht werden. Das neue Bundeserziehungsgeldgesetz gilt für Geburten ab 2001 und unterscheidet beim Erziehungsgeld zwischen dem Regelbetrag in Höhe von 300 € monatlich über einen Zeitraum von 24 Monaten oder dem Budget in Höhe von 450 € monatlich für zwölf Monate.

In den ersten sechs Lebensmonaten eines Kindes wird das Erziehungsgeld grundsätzlich in voller Höhe gewährt. Dieser Anspruch entfällt, wenn das Einkommen bei Eltern mit einem Kind 30 000 €, bei Alleinerziehenden 23 000 € überschreitet. Bis zu diesen Grenzen haben die Eltern einen Anspruch auf den ungekürzten Regelbetrag.

Ab dem siebten Lebensmonat des Kindes wird das Erziehungsgeld einkommensabhängig gewährt. Hierbei gilt es, Einkommensgrenzen zu beachten. Bei einem Kind erhält ein Ehepaar mit einem Jahreseinkommen von bis zu 16 500 € das volle Erziehungsgeld. Bei Alleinerziehenden mit einem Kind gilt eine Einkommensgrenze von 13 500 €. Beide Einkommensgrenzen erhöhen sich für jedes weitere Kind um 3 140 €, das ab dem 1.1.2003 geboren wurde (2 797 € für Geburten vor dem 1.1.2003). Bei Überschreiten dieser Einkommensgrenzen vermindert sich das Erziehungsgeld in Abhängigkeit von der Höhe des Einkommens bis hin zum völligen Wegfall.

Wohngeld. Zur Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens in einem grundsätzlich marktwirtschaftlich orientierten Wohnungswesen wird seit über 35 Jahren die Sozialleistung Wohngeld – in der Regel auf Antrag als Miet- oder Lastenzuschuss – gewährt. Ab dem Jahr 2001 wurden die Leistungen im Rahmen der Wohngeldleistungsnovelle erhöht. Die Leistung für die Empfänger des allgemeinen Wohngeldes wurde familienfreundlich verbessert. Die unterschiedlichen Regelungen für die neuen und alten Länder wurden vereinheitlicht. Bund und Länder

tragen das Wohngeld je zur Hälfte. Mit dem „Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ („Hartz IV“) wurde Ende 2003 eine umfassende Änderung des Wohngeldrechts verabschiedet. Mit In-Kraft-Treten des Gesetzes am 1. Januar 2005 werden die Wohngeldausgaben bei Bund und Ländern nachhaltig schrumpfen, da dann nur noch diejenigen Haushalte Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz erhalten, die keine Transferleistungen (Arbeitslosenhilfe II, Sozialhilfe, Grundsicherung im Alter u. a.) beziehen. Transferleistungsempfänger erhalten dann Leistungen für ihre Unterkunftskosten aufgrund anderer rechtlicher Regelungen. Ursprünglich war vorgesehen, diese Regelungen bereits im Jahr 2004 einzuführen. Die Haushaltsansätze unterstellen diese Planung. Im Vermittlungsverfahren vom November/Dezember 2003 wurde die Verschiebung des In-Kraft-Tretens auf 2005 beschlossen. Die verzögerte Umsetzung wird im Rahmen der Haushaltsführung berücksichtigt.

Wohnungsbau-Prämiengesetz. Die Wohnungsbauprämie beträgt für laufende und neue Verträge ab dem Sparjahr 2004 8,8 % der prämiengünstigten Aufwendungen. Die Höhe des jährlichen Prämienanspruchs ist abhängig von der Höhe der prämiengünstigten Aufwendungen des Sparjahres. Alleinstehende können jährlich höchstens 512 €, Verheiratete 1 024 € prämiengünstigt sparen. Es gilt auch hier, Einkommensgrenzen zu beachten. Wohnungsbauprämie erhalten Alleinstehende mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von bis zu 25 600 €, Verheiratete bis zu 51 200 €.

Kriegsopferversorgung und Kriegsopferfürsorge. Der größte Teil der Ausgaben entfällt auf Leistungen für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene entsprechend dem Bundesversorgungsgesetz. Zu den Ausgaben gehören auch die Leistungen an Wehrdienstbeschädigte der Bundeswehr sowie Zivilbeschäftigte. Die insgesamt sinkenden Ausgaben lassen sich überwiegend auf einen kontinuierlichen Rückgang der Leistungsempfänger zurückführen.

Allgemeine Dienste

Die Tabelle 4 auf S. 41 zeigt die Ausgaben des Bundes für Allgemeine Dienste. Hierbei handelt es sich um zentrale staatliche Aufgaben wie Verteidigung, Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Ausgaben zur Sicherung der öffentlichen Ordnung. Die Ausgaben für Allgemeine Dienste sind im Jahr 2004 mit 48,4 Mrd. € veranschlagt worden. Das entspricht einem Anteil von 18,8 % an den Gesamtausgaben.

Versorgung. Die Aufwendungen des Bundes für Versorgung umfassen die direkten Pensionszahlungen einschließlich der Beihilfen an ehemalige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter und Soldatinnen und Soldaten des Bundes und deren Hinterbliebene sowie an Versorgungsberechtigte nach dem Gesetz zu Artikel 131 des Grundgesetzes. Hierbei handelt es sich um ehemalige Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, die nach dem Zweiten Weltkrieg aus ihrem Amt verdrängt und nicht wieder verwendet wurden oder deren Versorgung weggefallen war. Die Gesamtzahl der Versorgungsempfänger einschließlich der Soldatinnen und Soldaten beziffert sich zum 1. Januar 2004 auf rund 215 000 Personen.

Verteidigung. Mit den für den Verteidigungsbereich veranschlagten Mitteln wird die Umgestaltung der Bundeswehr zu einer modernen, leistungsfähigen und für qualifizierten Nachwuchs attraktiven Bundeswehr gesichert. Kernpunkte dieser Bundeswehrreform sind die Reduzierung des Umfangs der Streitkräfte auf 250 000 Soldaten (davon 55 000 Wehrdienstleistende und der Abbau des Zivilpersonals auf rund 75 000 Beschäftigte bis 2010 sowie die Ausrichtung der Bundeswehr von der reinen Landesverteidigung auf die neuen Hauptaufgaben Konfliktverhütung und Krisenbewältigung).

Der Ansatz für das Jahr ist den finanzpolitischen Erfordernissen angepasst. Wie im Vorjahr können auch 2004 bis zu rd. 0,5 Mrd. € durch Erlöse aus Vermögensveräußerungen für die Erfüllung der Aufgaben genutzt werden.

Tabelle 4: Allgemeine Dienste

Aufgabenbereich	Soll 2004	Januar bis März 2004	Januar bis März 2003	Veränderungen gegenüber Vorjahr	
		in Mrd. € ¹		in %	
Versorgung	6,7	1,8	1,8	+ 0,01	+ 0,8
– Ziviler Bereich	2,6	0,6	0,7	– 0,02	– 2,4
– Militärischer Bereich	4,1	1,2	1,2	+ 0,03	+ 2,5
Verteidigung (Oberfunktion 03 ohne Versorgung)	24,0	5,8	6,2	– 0,4	– 7,0
– Militärische Beschaffungen, Forschung und Entwicklung, Materialerhaltung	8,0	1,9	2,0	– 0,1	– 7,0
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	3,7	1,0	0,8	+ 0,3	+ 33,9
– Bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit	1,6	0,4	0,3	+ 0,1	+ 32,3
– Beteiligung an der Internationalen Entwicklungsorganisation	0,4	0,2	0,1	+ 0,1	+ 50,2
– Europäischer Entwicklungsfonds	0,5	0,2	0,1	+ 0,1	+ 88,9
Politische Führung und zentrale Verwaltung	4,5	0,9	1,0	– 0,1	– 9,2
– Zivildienst	0,8	0,1	0,2	– 0,1	– 38,5
Finanzverwaltung	2,5	0,6	0,5	+ 0,03	+ 5,9
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2,7	0,6	0,5	+ 0,1	+ 9,6

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Für internationale Einsätze, insbesondere in Südosteuropa, zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus in Afghanistan und bei der Beteiligung an der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA sind im Einzelplan 14 für 2004 Mittel in Höhe von rd. 1,1 Mrd. € veranschlagt, die bei Bedarf über Haushaltsvermerke aus den übrigen Bereichen des Einzelplans 14 verstärkt werden können. Damit ist in genügender Weise Vorsorge für internationale Einsätze der Bundeswehr getroffen.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die Entwicklungspolitik der Bundesregierung leistet einen Beitrag, dass die Menschen in allen Teilen der Welt die Chancen, die sich durch die Globalisierung bieten, zu ihrem Vorteil nutzen können. Trotz der Konsolidierungsbemühungen hat die Entwicklungshilfe einen hohen Stellenwert.

Die Bundesregierung setzt mit dem Bundeshaushalt 2004 die internationalen Vereinbarungen des vergangenen Jahres zur Entwicklungszusammenarbeit um. Dazu werden neben dem Einzelplan 23 auch Mittel für die entwicklungsrelevanten Beiträge anderer Ressorts, die Ausgaben

der EU für Entwicklungshilfepolitik, die Nutzung der Verbundfinanzierung und die Auswirkung von Schuldenerlassen beitragen.

Die Mittel aus dem Bundeshaushalt werden eingesetzt, um Maßnahmen der weltweiten Krisenprävention und gewaltfreien Konfliktbewältigung, des Klima-, Umwelt- und Ressourcenschutzes und der Bekämpfung von Fluchtursachen zu unterstützen. Die bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit wird auch weiterhin regional und sektoral konzentriert. So wird sichergestellt, dass in bestimmten Schwerpunktländern die entwicklungspolitischen Instrumentarien gezielt zum Einsatz kommen. Einen erheblichen Anteil an den Ausgaben haben die Finanzierungsmechanismen zur multilateralen Unterstützung der Entwicklungsländer in den internationalen Entwicklungsorganisationen und dem Europäischen Entwicklungsfonds.

Politische Führung und zentrale Verwaltung. Bei den Ausgaben für den Bereich politische Führung und zentrale Verwaltung handelt es sich im Wesentlichen um Aufwendungen für die obersten Bundesbehörden. Darin enthalten sind

Baumaßnahmen zur Unterbringung des Deutschen Bundestages und Bundesrates sowie der Bundesregierung im Zuge der Verlagerung von Parlaments- und Regierungssitz nach Berlin.

Zivildienst. Analog zum Grundwehrdienst wurde auch der Zivildienst ab dem 1. Januar 2002 um einen Monat auf zehn Monate verkürzt. Ab Juni 2002 wurde ein Freiwilligendienst mit einer Mindestdauer von zwölf Monaten eingeführt. Dieser Freiwilligendienst kann anstelle des Zivildienstes abgeleistet werden. Gesetzlich verankert ist dieser im Bereich des Freiwilligen Sozialen und des Freiwilligen Ökologischen Jahres. Im Laufe des Jahres 2004 ist eine weitere Verkürzung auf neun Monate vorgesehen.

Öffentliche Sicherheit und Ordnung. Der Bundeshaushalt stellt Mittel zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bereit. Dazu zählen insbesondere die in der Verantwortung des Bundes liegenden Leistungen für den Bundesgrenzschutz, das Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Verfassungsschutz.

Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Die Tabelle 5 zeigt die Ausgaben des Bundes für das Verkehrs- und Nachrichtenwesen. Wesentliche Aufgabenbereiche sind der Bau und Betrieb der Bundesstraßen, Bundesautobahnen, der Bundeswasserstraßen sowie der Aus- und Umbau der Schie-

nenwege. Die Ausgaben für das Verkehrs- und Nachrichtenwesen sind im Jahr 2004 mit 10,8 Mrd. € veranschlagt worden. Das entspricht einem Anteil von 4,2 % an den Gesamtausgaben.

Im Haushaltsjahr 2004 entfallen entsprechend der Planung 7,3 Mrd. € der investiven Ausgaben auf den Bereich Verkehrs- und Nachrichtenwesen. Dies entspricht einem Anteil von 29,8 % an den investiven Ausgaben des Bundes. Trotz des notwendigen Konsolidierungsbedarfs können damit die Verkehrsprojekte „Deutsche Einheit“, notwendige Bestandsinvestitionen und gezielte Investitionen zur Verbesserung des Gesamtverkehrsnetzes realisiert werden.

Eisenbahnen des Bundes – Deutsche Bahn AG. Für 2004 sind Investitionsausgaben in Höhe von knapp 4 Mrd. € geplant. Davon entfallen 0,2 Mrd. € auf Maßnahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms. Diese Mittel sind Bestandteil eines insgesamt rd. 7,7 Mrd. € umfassenden Programms zur Sanierung und Modernisierung des bestehenden Netzes. So sollen Langsamfahrstellen beseitigt, Leit- und Sicherungstechnik modernisiert sowie Brücken- und Tunnelbauten saniert werden, was die Leistungsfähigkeit des Verkehrsträgers Schiene hinsichtlich Schnelligkeit und Pünktlichkeit erheblich verbessern wird.

Über die eingeplanten Investitionsausgaben hinaus werden von der EU Baukostenzuschüsse

Tabelle 5: Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Aufgabenbereich	Soll 2004	Januar bis März 2004	Januar bis März 2003	Veränderungen gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹			in %	
Eisenbahnen des Bundes – Deutsche Bahn AG	4,0	0,3	0,5	- 0,1	- 26,0
Bundeseisenbahnvermögen	5,7	1,1	1,1	+ 0,02	+ 1,5
Straßen (ohne Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz)	5,9	0,9	0,8	+ 0,2	+ 21,4
– Bundesautobahnen	4,1	0,7	0,5	+ 0,2	+ 42,5
– Bundesstraßen	1,6	0,3	0,3	- 0,04	- 12,2
Wasserstraßen und Häfen	1,3	0,2	0,2	+ 0,01	+ 5,4
Finanzhilfen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz	1,7	0,2	0,1	+ 0,1	+ 46,1

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

zur Finanzierung von Maßnahmen des Bundes für die Schieneninfrastruktur (EFRE- und TEN-Maßnahmen) gezahlt.

Bundeseisenbahnvermögen (BEV). Der Bund erstattet die nicht durch eigene Einnahmen gedeckten Verwaltungsausgaben des BEV. Darüber hinaus wird aus dem Bundeshaushalt ein Zuschuss an die Bahnversicherungsanstalt für Rentenleistungen an ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Deutschen Bundesbahn für die Mittel geleistet, die nicht durch Umlagezahlungen des BEV und durch Einnahmen von Dritten abgedeckt werden.

Straßen (ohne Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz). Nach Artikel 90 Grundgesetz verwalten die Länder die Bundesautobahnen und sonstigen Bundesfernstraßen. Der Bundeshaushalt stellt daher in der Hauptsache die Haushaltsmittel für die betriebliche Unterhaltung, die Erhaltung und den Um- und Ausbau sowie den Neubau der in der Baulast des Bundes stehenden Bundesfernstraßen (Bundesautobahnen, Bundesstraßen) bereit. Im Vordergrund steht dabei aufgrund der Altersstrukturen und der Verkehrsbeanspruchung der wachsende Bedarf an Erhaltungsinvestitionen. Hierzu zählen die Grunderneuerung und Modernisierung, aber auch der Bau von zusätzlichen Fahrradwegen an den Bundesfernstraßen.

Wasserstraßen und Häfen. Mit den für die Wasserstraßen veranschlagten Mitteln können die laufenden Ausbaumaßnahmen im Wesentlichen fortgeführt werden. Dabei werden die Mittel auf Projekte konzentriert, die für den Erhalt und die Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Wasserstraßennetzes von besonderer Bedeutung sind. Wichtige Schwerpunkte sind der Ausbau des westdeutschen Kanalnetzes sowie das Projekt 17 Verkehrsprojekte „Deutsche Einheit“ (Bau einer Bundeswasserstraßenverbindung zwischen Rügen, Magdeburg und Berlin).

Finanzhilfen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Entsprechend dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) ist

ein Betrag von bis zu 1,7 Mrd. € des Mehraufkommens an Mineralölsteuer zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden zu verwenden. 80 % der Mittel verwalten die Länder in eigener Kompetenz. Der Gesetzgeber hat die Verantwortung für das Programm ganz auf die Länder übertragen. Programmkompetenz hat der Bund nur noch bei größeren Vorhaben des Öffentlichen Personennahverkehrs. Der Bund hat auf die Gestaltung der Länderprogramme keinen Einfluss.

Wirtschaftsförderung

Die Tabelle 6 auf S. 44 zeigt die Aufwendungen des Bundes für Wirtschaftsförderung in den Bereichen Landwirtschaft, Energie- und Wasserwirtschaft sowie für Gewerbe und Dienstleistungen. Die Ausgaben für Wirtschaftsförderung sind im Jahr 2004 mit 7,5 Mrd. € veranschlagt worden. Das entspricht einem Anteil von 2,9 % an den Gesamtausgaben.

Regionale Förderungsmaßnahmen. Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ wird je zur Hälfte von Bund und Ländern finanziert. Sie ist das wichtigste Bund-Länder-Instrument zur Förderung, Schaffung und Sicherung von dauerhaft wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen. Die Förderung erstreckt sich auf Investitionszuschüsse an Unternehmen und für die wirtschaftsnahe Infrastruktur. Die Verantwortung für die Durchführung der Aufgabe liegt bei den Ländern.

Förderung des Kohlenbergbaus. Der Ansatz für das Jahr 2004 berücksichtigt die Festlegungen des Kohlekompromisses vom 13. März 1997, mit dem sich der Bund mit den Bergbauunternehmen, der IG Bergbau und Energie und den Landesregierungen Nordrhein-Westfalens und des Saarlandes auf einen bis zum Jahre 2005 reichenden Finanzrahmen zur weiteren Unterstützung der Steinkohle geeinigt hatten.

Der Bund leistete Zuschüsse für den Absatz deutscher Steinkohle zur Verstromung und an die Stahlindustrie. Daraus durften auch Zahlungen

Tabelle 6: Wirtschaftsförderung

Aufgabenbereich	Soll 2004	Januar bis März 2004	Januar bis März 2003	Veränderungen gegenüber Vorjahr	
		in Mrd. € ¹		in %	
Regionale Förderungsmaßnahmen	1,2	0,2	1,1	- 0,9	- 84,1
– Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“	0,9	0,1	0,2	- 0,1	- 38,1
Förderung des Kohlenbergbaus	2,2	1,1	1,1	+ 0,02	+ 1,5
Hilfen für die Werftindustrie	0,06	0,01	0,02	- 0,01	- 45,5
Mittelstandsförderung	0,8	0,1	0,1	- 0,01	- 15,8
Förderung erneuerbarer Energien	0,4	0,03	0,02	+ 0,01	+ 50,8
Gewährleistungen	2,0	0,2	0,2	- 0,01	- 5,6
Landwirtschaft	1,1	0,1	0,1	+ 0,01	+ 7,8
– Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“	0,7	0,04	0,03	+ 0,01	+ 35,2

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

zum Ausgleich von Stilllegungsbelastungen der Bergbauunternehmen geleistet werden.

Hilfen für die Werftindustrie. In Deutschland wird der Schiffbau durch Zinszuschüsse zur Absatzfinanzierung, so genannte Werfthilfen, und durch Produktionskostenzuschüsse, so genannte Wettbewerbshilfen, gefördert. Werfthilfen werden vollständig vom Bund finanziert. Wettbewerbshilfen werden zu 33 % vom Bund und zu 66 % von den Ländern subventioniert.

Mittelstandsförderung. Zur Stärkung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen setzt die Bundesregierung ihre erfolgreichen Fördermaßnahmen für den Mittelstand fort. Dabei handelt es sich insbesondere um Maßnahmen zur Förderung der Leistungssteigerung und zur Erhöhung der Innovationsfähigkeit. Darüber hinaus werden Mittel zur Beratung und Schulung von Existenzgründern bereitgestellt.

Besondere Bedeutung in der Mittelstandsförderung haben nach wie vor die Forschungs- und Technologievorhaben im Mittelstandsbereich. Hervorzuheben ist hier die indirekte Förderung der Forschungszusammenarbeit und von Unternehmens-

gründungen sowie die industrielle Gemeinschaftsforschung. Daneben spielt die Förderung innovativer Wachstumsträger eine wichtige Rolle.

Förderung erneuerbarer Energien. Mit dem Ziel einer sicheren, umweltverträglichen und kostengünstigen Energieversorgung fördert die Bundesregierung die Technologie im Bereich der nicht nuklearen Energieforschung mit einem breiten Spektrum von Maßnahmen und Studien. Diese dienen der Erschließung bzw. Weiterentwicklung der erneuerbaren Energien, der rationellen Energieverwendung sowie der umweltfreundlichen Verbrennungstechnik. Darüber hinaus unterstützt die Bundesregierung den Einsatz regenerativer Energien. Den Schwerpunkt bildet dabei das „Marktanreizprogramm“ zugunsten erneuerbarer Energien.

Gewährleistungen. Durch die Übernahme von Gewährleistungen ermöglicht die Bundesregierung die Finanzierung von außen- als auch binnenwirtschaftlichen Vorhaben. Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen dienen der Sicherung von volkswirtschaftlich förderungswürdigen Maßnahmen, insbesondere von Handels- und Kreditgeschäften. Von den für das Jahr

2004 erwarteten Ausgaben entfallen rund $\frac{2}{3}$ auf den Außenwirtschaftsbereich und rund $\frac{1}{3}$ auf den Binnenwirtschaftsbereich.

Landwirtschaft. Im Bereich der Landwirtschaft liegt der finanzielle Schwerpunkt der Agrarpolitik bei der Europäischen Union. Im nationalen Bereich nimmt neben der landwirtschaftlichen Sozialpolitik die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ einen großen Anteil der Bundeshilfen ein. Damit wird ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft geleistet. Grundlage der Förderung ist der von Bund und Ländern gemeinsam erstellte Rahmenplan, der jährlich den aktuellen Erfordernissen entsprechend überarbeitet wird. Der Bund erstattet den Ländern die entstandenen Ausgaben zu 60 % bei Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur und zu 70 % bei Küstenschutzmaßnahmen.

Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Die Tabelle 7 zeigt die Aufwendungen des Bundes für den Bereich Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur. Für diesen Aufgabenbe-

reich sind im Jahr 2004 Mittel in Höhe von 11,9 Mrd. € veranschlagt worden. Das entspricht einem Anteil von 4,6 % an den Gesamtausgaben.

Investitionsprogramm Ganztagschulen.

Für ein Investitionsprogramm zur Ausweitung der Zahl der Ganztagschulen gewährt der Bund den Ländern und Gemeinden bis zum Jahr 2007 Finanzhilfen in Höhe von 4,0 Mrd. €. Durch dieses Programm werden die Anstrengungen der Länder und Kommunen zur Verbesserung der Betreuungs- und Bildungsangebote vom Bund nachhaltig unterstützt. Rechtsgrundlage des Programms ist Art. 104 a Abs. 4 Grundgesetz.

Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen. Auf Wissenschaft, Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschulen entfällt der größte Teil der Ausgaben dieses Aufgabenbereiches. Besondere Schwerpunkte sind die Verstärkung des Sonderprogramms zur Förderung innovativer Regionen in den neuen Ländern sowie die Forschungsförderung der großen Forschungsinstitutionen wie der Max-Planck-Gesellschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft, der Helmholtz Gemeinschaft und der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Die Ankündigung in

Tabelle 7: Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Aufgabenbereich	Soll 2004	Januar bis März 2004	Januar bis März 2003	Veränderungen gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹			in %	
Investitionsprogramm Ganztagschulen	1,0	0,04	-	+ 0,04	-
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	6,8	1,4	1,5	- 0,1	- 7,1
- gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	2,6	0,4	0,5	- 0,1	- 19,0
- Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofergesellschaft	0,8	0,04	0,1	- 0,1	- 68,6
- Forschungszentren der Helmholtz-Gemeinschaft	1,4	0,3	0,3	- 0,01	- 3,1
- Weltraumforschung	0,7	0,2	0,3	- 0,04	- 17,1
Leistungen nach dem Bundesausbildungs- förderungsgesetz (BAföG)	1,0	0,3	0,3	+ 0,01	+ 2,2
Hochschulen	1,9	0,3	0,4	- 0,1	- 20,0
- Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	0,9	0,2	0,2	- 0,1	- 22,1
- Deutsche Forschungsgemeinschaft e.V. Bonn	0,7	0,1	0,2	- 0,01	- 8,7
Berufliche Weiterbildung	0,2	0,02	0,02	- 0,005	- 18,0
Kunst- und Kulturpflege	1,5	0,6	0,4	+ 0,3	+ 69,7

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

der Agenda 2010, die Etats der großen Forschungseinrichtungen wieder um 3 % zu erhöhen, wird umgesetzt. An den Vorhaben der Europäischen Weltraumorganisation beteiligt sich der Bund mit 0,6 Mrd. €.

Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Mit dem BAföG werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass junge Menschen den Bildungs- und Berufsweg, der ihrer Neigung und Eignung entspricht, möglichst unabhängig davon wählen können, ob sie selbst oder ihre Eltern die dafür erforderlichen Mittel aufbringen können. Der den einzelnen Auszubildenden hierfür zustehende Förderbetrag orientiert sich an dem durch die erforderlichen Ausgaben für Lebensunterhalt und Ausbildung bestimmten Bedarf. Die im Frühjahr 2001 in Kraft getretene BAföG-Strukturreform brachte deutliche Verbesserungen der Ausbildungsförderung. Die Aufwendungen für diese Leistung werden zu 65 % durch den Bund und zu 35 % durch die Länder getragen. Seit 2000 wird der Bundesdarlehensanteil des BAföG über die Deutsche Ausgleichsbank bereitgestellt; zum Juli 2003 ist diese Aufgabe durch Fusion auf die Kreditanstalt für Wiederaufbau übergegangen.

Hochschulen. Der Ausbau und Neubau von Hochschulen ist nach Artikel 91 a Grundgesetz Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern. Die Mittel werden für Investitionen verwendet. Auf Grundlage eines jährlich fortzuschreibenden Rahmenplans erstattet der Bund 50 % der entstandenen Ausgaben.

Berufliche Weiterbildung. Angesichts des nicht ausreichenden Ausbildungsplatzangebots in den neuen Ländern fördert der Bund im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative zur ergänzenden Ausbildung die Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen. Das Sonderprogramm wird je zur Hälfte von Bund und Ländern finanziert.

Für die Förderung der beruflichen Fortbildung zum Meister, Techniker oder zu vergleichbaren

Abschlüssen stellt der Bund seit 1996 Mittel für das so genannte „Meister-BAföG“ bereit, um die Teilnehmer an entsprechenden Maßnahmen finanziell zu unterstützen. Die Aufwendungen werden zu 78 % vom Bund und zu 22 % von den Ländern getragen.

Überbetriebliche Berufsbildungsstätten ergänzen mit ihrem Lehrangebot die betriebliche Ausbildung solcher Klein- und Mittelbetriebe, die aufgrund ihrer Größe oder Spezialisierung nicht in der Lage sind, die geforderten Ausbildungsinhalte in ihrer Gesamtheit zu vermitteln. Erst durch die ergänzenden Lehrangebote der überbetrieblichen Berufsbildungsstätten werden diese Betriebe in die Lage versetzt, ausbilden zu können.

Kunst- und Kulturpflege. Zur besseren Förderung der Kultur trägt die Bündelung der kulturpolitischen Zuständigkeiten und Kompetenzen des Bundes bei. Mit den veranschlagten Mitteln konnten neue Akzente gesetzt und zielgerichtete Impulse für die kulturpolitischen Aktivitäten der primär zuständigen Bundesländer gegeben werden. Wichtige Bausteine bildeten dabei die kulturelle Förderung der Hauptstadt Berlin sowie die Unterstützung von kulturellen Einrichtungen und Projekten in den neuen Ländern.

Darüber hinaus werden durch die in 2002 errichtete Bundeskulturstiftung im Rahmen der unstreitigen Bundeskompetenz innovative Programme und Projekte aus Kunst und Kultur insbesondere im internationalen Kontext gefördert. Für 2004 ist ein Ausgabevolumen von 38,4 Mio. € geplant. Außerdem unterstützt der Bund Religionsgemeinschaften und Maßnahmen für religiöse Zwecke.

Neben den originären Kulturmitteln sind im Bundeshaushalt 2004 Mittel veranschlagt, die sich nicht ausschließlich dem Kulturbereich zuordnen lassen. Dabei handelt es sich insbesondere um Ausgaben im Zusammenhang mit Leistungen an die UNESCO, internationaler Jugendarbeit, internationaler Berufstätigenaustausch, beruflicher

Aus- und Fortbildung von Angehörigen der Entwicklungsländer sowie im Zusammenhang mit der institutionellen Förderung von Einrichtungen im Bereich von Bildung und Forschung in Geisteswissenschaften und Bildungswesen. Größter Einzelposten mit 0,3 Mrd. € ist der Zuschuss des Bundes an die Rundfunkanstalt „Deutsche Welle“.

Übrige Ausgaben

Die Tabelle 8 gibt einen Überblick über die übrigen Ausgaben des Bundes. Im Wesentlichen handelt es sich um Aufwendungen des Bundes aus den Aufgabenbereichen Gesundheit und Sport, Wohnungswesen, Wirtschaftsunternehmen und Allgemeine Finanzwirtschaft einschließlich der Zinszahlungen.

Schuldendiensthilfe zum Fonds „Deutsche Einheit“. Mit Ablauf des Jahres 1994 endeten die Leistungen des Fonds „Deutsche Einheit“ an die Haushalte der neuen Länder zur Deckung ihres allgemeinen Finanzbedarfs. Sie erreichten ein Volumen von insgesamt 82,2 Mrd. €, wovon 48,6 Mrd. € kreditfinanziert waren. Ab dem Haushaltsjahr 1995 sind die neuen Länder voll in den bundesstaatlichen Finanzausgleich einbezogen. Der Fonds befindet sich seitdem in der reinen Zins-

und Tilgungsphase. Zur Abdeckung seiner Schuldendienstverpflichtungen erhält er jährlich Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt, die sich bis 1997 auf 10 % der insgesamt aufgenommenen Kredite – also rd. 4,9 Mrd. € – beliefen. An den Zuschüssen beteiligen sich die alten Bundesländer. Bis einschließlich 1994 betrug ihr Beitrag die Hälfte. Ab 1995 entlasten die alten Länder den Bund bei den Annuitäten zusätzlich mit 1,1 Mrd. € als pauschalem Ausgleichsbetrag im Zusammenhang mit der Änderung des Verteilungsschlüssels für die Umsatzsteuer zwischen Bund und Ländern. Wegen der seit Jahren günstigen Zinsentwicklung auf dem Kreditmarkt wurde die Schuld des Fonds schneller als erwartet abgebaut. Entsprechend den Änderungen des Gesetzes über die Errichtung des Fonds „Deutsche Einheit“ vom 16. Juni 1998 und vom 21. Dezember 2000 wurden deshalb für die Jahre 1998 bis 2001 die Zuschüsse auf 3,3 Mrd. € jährlich abgesenkt. Im Rahmen der Einigung zwischen Bund und Ländern vom 23. Juni 2001 wurde über die weitere Zukunft des Fonds entschieden. Demnach erhielt der Fonds Zuschüsse von Bund und Ländern im Jahr 2002 von rd. 2,5 Mrd. € und im Jahr 2003 von rd. 2,3 Mrd. €. Der Bund übernimmt die Annuitäten für die Jahre 2005 bis 2019 sowie eine Restschuld von bis zu 6,5 Mrd. € am 31. Dezember 2019.

Tabelle 8: Übrige Ausgaben

Aufgabenbereich	Soll 2004	Januar bis März 2004	Januar bis März 2003	Veränderungen gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹			in %	
Zinsen	37,7	14,7	13,2	+ 1,4	+ 10,8
Schuldendiensthilfe zum Fonds „Deutsche Einheit“	2,3	0,6	0,6	- 0,003	- 0,6
Wohnungswesen	1,5	0,5	0,4	+ 0,04	+ 8,4
– Sozialer Wohnungsbau	0,5	0,2	0,1	+ 0,01	+ 8,3
– Wohnraummodernisierungsprogramme	0,8	0,3	0,3	- 0,01	- 2,0
Städtebauförderung	0,5	0,1	0,05	+ 0,02	+ 37,6
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	0,9	0,2	0,2	+ 0,01	+ 6,3
Zuschuss an die Postbeamtenversorgungskassen	4,9	-	-	-	-
Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt	0,4	0,1	0,1	+ 0,003	+ 4,0

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Für die Jahre 2005 bis 2019 erhält der Bund jährlich einen Festbetrag an der Umsatzsteuer in Höhe von 1,3 Mrd. €. Weist der Bund nach, dass der Restbetrag des Fonds Ende 2019 aufgrund der tatsächlichen Zinsentwicklung 6,5 Mrd. € übersteigt, erhält er von den alten Bundesländern 53,3 % des übersteigenden Betrages.

Wohnungswesen. Für die soziale Wohnraumförderung gewährt der Bund den Ländern Finanzhilfen gemäß Artikel 104 a Grundgesetz. Mit Inkraft-Treten des Gesetzes zur Reform des Wohnungsbaurechts zum 1. Januar 2002 ist der „soziale Wohnungsbau“ von der „sozialen Wohnraumförderung“ abgelöst worden. Vor dem Hintergrund einer durchweg guten Wohnungsmarktlage wird anstelle der bisherigen Ausrichtung auf die Neubauförderung nun der vorhandene Wohnungsbestand zur Wohnraumversorgung besser genutzt. Daneben können die zur Verfügung stehenden Mittel aufgrund flexibler Fördermethoden effektiver eingesetzt werden.



Daneben wurde die Wohnraumsanierung und -modernisierung in den neuen Ländern auch über entsprechende Programme der Kreditanstalt für Wiederaufbau gefördert. Das seit 1990 allein durch den Bund finanzierte KfW-Wohnraum-Modernisierungsprogramm I ist Anfang 2000 mit einem Kreditvolumen von 40 Mrd. € ausgelaufen. Die Ausgaben des Bundes in Form von Zinszuschüssen werden bis 2010 über 7 Mrd. € betragen.

Das im Jahr 2000 gestartete KfW-Wohnraum-Modernisierungsprogramm II schloss an das zuvor dargestellte Programm an. Dieses konzentrierte sich insbesondere auf kostenträchtige

Modernisierungsmaßnahmen vorwiegend in Altbauten und Hochhäusern sowie denkmalgeschützten Gebäuden. Die Zinsverbilligung wird zwischen Bund und Ländern hälftig getragen. Bei einer Laufzeit von 2000 bis 2002 hatte das Programm ein Kreditvolumen von ca. 2,4 Mrd. € erreicht. Zur Zinsverbilligung stellte der Bund mehr als 0,2 Mrd. € zur Verfügung.

Im April 2003 wurde das bundesweite KfW-Wohnraum-Modernisierungsprogramm 2003 aufgelegt. Der Bund stellt hierfür 0,55 Mrd. € für ein Kreditvolumen von voraussichtlich 8 Mrd. € bereit, mit dem umfangreiche Sanierungsmaßnahmen an selbst genutzten und vermieteten Wohngebäuden unterstützt werden. Die Programmlaufzeit endet mit der Vergabe des Kreditvolumens, spätestens aber Ende 2004.

Im Januar 2001 wurde das KfW-CO₂-Gebäudesanierungsprogramm zur Finanzierung besonders umfangreicher Investitionen zur CO₂-Minderung und zur Energieeinsparung in selbst genutzten und vermieteten Wohngebäuden des Altbaubestandes gestartet. Für die Finanzierung werden in den Jahren 2001 bis 2005 insgesamt 1 Mrd. € Bundesmittel als Zinszuschuss eingesetzt.

Im Rahmen des KfW-CO₂-Gebäudesanierungsprogramms werden ab Mai 2003 nach Erweiterung des Förderinhalts auch Heizungsmodernisierungen sowie zusätzliche Sanierungsmaßnahmen des Gebäudebestandes gefördert. Für die Zinsverbilligung beabsichtigt der Bund, in den Jahren 2003 bis 2005 zusätzlich je 0,16 Mrd. € zur Verfügung zu stellen.

Städtebauförderung. Der Bund beteiligt sich gemäß Artikel 104 a Absatz 4 Grundgesetz an der Förderung des Städtebaus. Im Hinblick auf den enormen Erneuerungsbedarf in den neuen Ländern werden die Fördermittel schwerpunktmäßig dort eingesetzt. Daneben startete im Jahr 2002 das neue Programm „Stadtumbau Ost“. Hierfür beabsichtigen Bund und Länder, bis 2009 insgesamt 2,7 Mrd. € bereitzustellen. Dadurch werden

im Wesentlichen Maßnahmen zur Aufwertung von Stadtquartieren und der Rückbau leer stehender, langfristig nicht mehr benötigter Wohngebäude gefördert.

In Ergänzung zum Programm „Stadtumbau Ost“ leistet der Bund durch die Verordnung zum Altschuldenhilfegesetz einen wesentlichen Beitrag zur Entlastung der von Leerständen betroffenen Wohnungswirtschaft in den neuen Ländern. Wohnungsunternehmen, die durch erheblichen dauerhaften Leerstand in ihrer Existenz gefährdet sind, erhalten eine zusätzliche Altschuldenhilfeentlastung, die sich nach der Fläche der abgerissenen Wohnungen berechnet. Hierfür waren zunächst für einen Zeitraum bis 2012 Bundesmittel von rd. 0,7 Mrd. € vorgesehen; ab 2004 werden weitere Mittel zur Verfügung gestellt.

Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung.

Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens werden insbesondere Maßnahmen zur Drogenbekämpfung, zur Krebsbekämpfung sowie zur Bekämpfung von AIDS und neuer Infektionskrankheiten unterstützt.

Auf dem Gebiet des Umwelt- und Naturschutzes wendet der Bund Mittel für Förderprogramme zur Verminderung von Umweltbelastungen und zum Klimaschutz auf. Die Ausgaben für Strahlenschutz und Reaktorsicherheit werden zum großen Teil von den Leistungen für die Endlagerung radioaktiver Abfälle einschließlich der Erkundung alternativer Standorte geprägt.

Zuschuss an die Postbeamtenversorgungskasse (Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation – BPS-PT). Ehemalige Postbeamte und ihre Hinterbliebenen erhalten Versorgungs- und Beihilfeleistungen vom BPS-PT. Die Finanzierung der Gesamtleistungen tragen der Bund und die Postnachfolgeunternehmen. Dabei trägt der Bund seit der gesetzlich vorgegebenen Umstellung der Unternehmensbeiträge die weitestgehend größere Finanzierungslast aufgrund seiner Gewährleistungspflicht gemäß § 16 Absatz 4 Post-

personalrechtsgesetz. Bis 1998 erfolgte eine Ausgleichsfinanzierung unmittelbar aus dem Treuhandvermögen „Post-Nachfolgeunternehmen“ bei der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation, das unter anderem Geldvermögen aus Dividendeneinnahmen und aus Privatisierungserlösen umfasst. Seit 1999 werden die Ausgaben des Bundes für den BPS-PT unmittelbar im Bundeshaushalt veranschlagt.

Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt. Die Treuhandanstalt hat Ende 1994 ihre Kernaufgabe, die Privatisierung ostdeutscher Unternehmen, weitgehend abgeschlossen. Die veranschlagten Ausgaben stellen sicher, dass ihre Nachfolgeeinrichtungen die verbliebenen Aufgaben fortführen können. Die Zuwendungen sind in erster Linie für die Lausitzer- und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH und für die Energiewerke Nord GmbH bestimmt. Die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) kam wie bisher ohne Zuwendungen aus. Mit dem Gesetz zur Abwicklung der BvS aus 2003 wird der letzte Schritt der Umstrukturierung vollzogen.

3 Die Entwicklung der Einnahmen

Die Tabelle 9 auf S. 50 gibt einen Überblick über die Entwicklung der Einnahmen des Bundes. Die Steuereinnahmen haben mit 197,7 Mrd. € oder 76,8 % den weitaus größten Anteil an den formalen Einnahmen des Bundes in Höhe von 257,3 Mrd. €. Die Verwaltungseinnahmen bilden mit 30,1 Mrd. € oder 11,7 % die zweitwichtigste Einnahmequelle. Die Nettokreditaufnahme und die Münzeinnahmen vervollständigen entsprechend der Soll-Planung mit 29,6 Mrd. € oder 11,5 % das zur Finanzierung der Ausgaben benötigte Einnahmenvolumen.

Steuern. Die Entwicklung der Steuereinnahmen ist sehr stark abhängig von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland. Nachdem die wirtschaftliche Entwicklung in 2003 bei – 0,1 % Wirtschaftswachstum stagnierte, wird für das Jahr 2004 eine Belebung und in der Folge

ein Wachstum von 1,5 bis 2 % erwartet. Dementsprechend wird eine deutliche Steigerung bei den Einnahmen vom Umsatz erwartet. Auch die Körperschaftsteuer zeigt deutliche Aufwärtstendenzen. Demgegenüber wird beim veranschlagten Lohnsteueraufkommen deutlich, wie massiv die Steuersenkungen ab dem 1. Januar 2004 das Steueraufkommen für die öffentlichen Haushalte, hier für den Bundeshaushalt reduzieren. Hieraus erklärt sich auch das Bestreben der Bundesregierung, Ausgaben weiter zu senken, um den Konsolidierungskurs weiter fortzuführen. Der Lohnsteuerzahler erfreut sich einer geringeren Steuerlast.

Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage. Die Bundesanteile an den Gemeinschaftsteuern bilden die Hauptfinan-

zierungsquelle des Bundes. Die Gemeinschaftsteuern umfassen die Lohn- und Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer, die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag sowie die Steuern vom Umsatz, die Gewerbesteuerumlage und den Zinsabschlag. Grundlage für die Aufteilung des Steueraufkommens ist Artikel 106 Grundgesetz. Der Ertrag der Gemeinschaftsteuern wird aufgrund unterschiedlicher Vergabeschlüssel zwischen dem Bund, Ländern und Gemeinden aufgeteilt.

Die Tabelle 10 auf S. 51 zeigt den rechnerischen Anteil der Gebietskörperschaften am Aufkommen der Gemeinschaftsteuern im Jahr 2004 in Prozent.

Bundessteuern. Das Steueraufkommen der Bundessteuern steht allein dem Bund zu. Hierbei

Tabelle 9: Entwicklung der Einnahmen

Aufgabenbereich	Soll 2004	Januar bis März 2004	Januar bis März 2003	Veränderungen gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹			in %	
Einnahmen	227,7	39,2	40,9	- 1,7	- 4,1
darunter: Steuern	197,7	35,2	36,2	- 1,0	- 2,8
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage	149,3	30,6	30,1	+ 0,5	+ 1,8
- Lohnsteuer	52,6	11,2	11,6	-0,5	-3,9
- Veranlagte Einkommensteuer	3,2	-2,3	-2,3	-0,01	+ 0,6
- Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	5,1	1,8	1,4	+ 0,3	+ 23,6
- Zinsabschlag	3,4	1,4	1,6	-0,2	-12,2
- Körperschaftsteuer	7,4	1,1	1,2	-0,1	-10,7
- Steuern vom Umsatz	76,2	17,4	16,4	+ 1,1	+ 6,5
- Gewerbesteuerumlage	1,4	0,05	0,1	-0,1	-58,5
Bundessteuern	88,6	15,6	15,2	+ 0,4	+ 2,4
- Mineralölsteuer	43,1	4,6	4,9	- 0,3	-5,5
- Tabaksteuer	15,9	2,4	1,9	+ 0,4	+ 21,9
- Solidaritätszuschlag	10,6	2,5	2,5	- 0,1	-2,4
- Versicherungsteuer	8,7	3,8	4,0	- 0,2	- 4,1
- Stromsteuer	6,7	1,5	1,2	+ 0,3	+ 26,8
- Branntweinsteuer	2,2	0,4	0,4	+ 0,1	+ 14,8
- Kaffesteuer	1,0	0,3	0,2	+ 0,04	+ 19,1
- Schaumweinsteuer	0,5	0,1	0,1	+ 0,01	+ 11,6
- Sonstige Bundessteuern	0,01	0,001	- 0,003	+ 0,003	-118,6
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 15,2	- 3,9	- 4,0	+ 0,1	- 3,7
Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Mineralölsteueraufkommen	- 6,9	- 1,7	- 1,7	+ 0,01	- 0,5
Zuweisungen an die EU nach BNE-Schlüssel	- 14,7	- 4,3	- 3,4	- 0,9	+ 27,4
Sonstige Einnahmen	30,1	4,0	4,7	- 0,7	- 14,3
- Ablieferung Bundesbank	3,5	0,2	3,5 ²	- 3,3	- 92,9
- Darlehensrückflüsse (Beteiligungen)	11,3	1,1	1,0	+ 0,1	+ 13,7

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

² Einnahmebuchung im April 2003.

Tabelle 10: Anteil an den Gemeinschaftsteuern

Gemeinschaftsteuer nach Artikel 106 Grundgesetz	Bund	Länder	Gemeinden
Lohn- und Einkommensteuer	42,5	42,5	15,0
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	50,0	50,0	–
Steuern vom Umsatz	49,5	48,4	2,1
Zinsabschlag	44,0	44,0	12,0
Körperschaftsteuer	50,0	50,0	–
Gewerbesteuerumlage	43,5	56,5	–

handelt es sich um das Steueraufkommen aus den Verbrauchsteuern und dem Solidaritätszuschlag. Dieser wird als Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer in Höhe von 5,5 % erhoben.

Mit der auf nachhaltige Wirkung angelegten ökologischen Steuer- und Abgabenreform wird der Energieverbrauch stärker besteuert. Gleichzeitig werden die erwarteten Einnahmen zur Senkung bzw. Stabilisierung des Beitragssatzes in der gesetzlichen Rentenversicherung verwendet. Die ökologische Steuerreform wurde seit 1999 in mehreren Stufen bis zum Jahr 2003 fortgesetzt. Die jährliche Anhebung der Mineralölsteuer um 3 Cent je Liter Kraftstoff führte im Jahr 2003 zu steigenden Einnahmen.

Auch die ab 1. April 1999 erhobene Stromsteuer ist Teil dieser ökologischen Steuerreform. Die Stromsteuer wurde in den Jahren 2000 bis 2003 um jährlich 0,26 Cent je Kilowattstunde angehoben. Im Jahr 2004 werden 2,05 Cent Stromsteuer je Kilowattstunde erhoben.

Zudem führte auch das am 1. Januar 2003 in Kraft getretene Gesetz zur Fortentwicklung der ökologischen Steuerreform zu steigenden Einnahmen.

Ergänzungszuweisungen an Länder. Durch den seit 1995 geltenden Finanzausgleich sind die neuen Länder nach dem Auslaufen der Leistungen aus dem Fonds „Deutsche Einheit“ vollständig und gleichberechtigt in einen gesamtdeutschen Finanzausgleich einbezogen. Grundlage dafür ist

das Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms vom 23. Juni 1993.

Durch die Neuregelung wurde das Gesamtvolumen der Bundesergänzungszuweisungen erheblich ausgeweitet und zusätzliche Sonderbedarfe wurden anerkannt. Im Haushalt 2004 werden die Sanierungshilfen für Bremen und das Saarland fortgesetzt. Die Hilfen werden in Form von Sonderbundesergänzungszuweisungen vergeben.

Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Mineralölsteueraufkommen. Im Rahmen der Bahnstrukturreform ist ab 1996 die Aufgaben- und damit die Ausgabenverantwortung für den Schienenpersonennahverkehr der Deutschen Bahn AG vom Bund auf die Länder übergegangen. Der Bund verzichtet zugunsten der Länder auf einen Teil seines Mineralölsteueraufkommens.

Zuweisungen an die Europäische Union nach BNE-Schlüssel. Neben den Zöllen, den Agrarschöpfungen und den Mehrwertsteuer-Eigenmitteln gehören die BNE-Eigenmittel zu den eigenen Einnahmen der Europäischen Union. Der Ansatz für das Jahr 2004 beruht auf dem Eigenmittelbeschluss vom 29. September 2000. Im Jahr 2004 dürfen die eigenen Einnahmen der Europäischen Union aus Deutschland 1,24 % des Brutto-sozialprodukts der Europäischen Union nicht überschreiten.

Sonstige Einnahmen. Bis zu einer Höhe von 3,5 Mrd. € fließt der Bundesbankgewinn in

den Bundeshaushalt und dient der allgemeinen Finanzierung des Bundeshaushalts. Ein ggf. überschießender Teil des Bundesanteils am Bundesbankgewinn wird gemäß § 6 Abs. 1 ELFG zur Tilgung von Verbindlichkeiten des Erblastentilgungsfonds verwendet.

Aus Darlehensrückflüssen und der Veräußerung von Beteiligungen werden Einnahmen in Höhe von 11,3 Mrd. € erwartet. Weitere 2,5 Mrd. € werden aus Rückflüssen aus der Inanspruchnahme aus Gewährleistungen aus dem Ausland erhofft.

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 11. bis 13. Mai 2004

1	Vorbemerkung	53
2	Schätzergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“	53
3	Fazit	54

1 Vorbemerkung

Den Gebietskörperschaften fehlen in den Jahren 2004 bis 2007 im Vergleich zu der jeweils letzten Steuerschätzung insgesamt 61 Mrd. € Steuereinnahmen. Dieser zur „Horrorzahl“ stilisierte Betrag findet sich in jedem Pressebericht zum Ergebnis der Steuerschätzung und vermittelt der Öffentlichkeit den Eindruck eines neuerlichen massiven Einbruchs des Steueraufkommens. Eine Schlagzeile „Steueraufkommen steigt bis 2007 um gut 50 Mrd. €“ oder „Steueraufkommen fällt mittelfristig um 3,2 % niedriger aus als geplant“ wäre gelassener aufgenommen worden, obwohl auch sie das Ergebnis der Steuerschätzung zutreffend zusammengefasst hätten.

2 Schätzergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“

Der Arbeitskreis schätzte die Steuereinnahmen für den mittelfristigen Zeitraum 2004 bis 2008. Für die Jahre 2005 bis 2007 war die Schätzung mit der letzten mittelfristigen Steuerschätzung vom Mai 2003 zu vergleichen. Der Ansatz für das Jahr 2004 wurde bereits in der November-Schätzung 2003 entsprechend der schwächeren konjunkturellen Entwicklung nach unten angepasst, und zwar um knapp 11 Mrd. €. Allein durch das „Nachholen“ dieser Anpassung für die Jahre 2005 bis 2007 ergeben sich daher Steuermindereinnahmen gegenüber der Planung von rund 33 Mrd. €, weil die niedrigere Ausgangsbasis des Jahres 2004 in jedem Folgejahr auch bei unveränderten Wachstumsannahmen zu entsprechend geringeren Steuereinnahmen führt.

Trotz der bereits in der November-Schätzung erfolgten Korrektur musste der Ansatz der Steuereinnahmen für das Jahr 2004 erneut um 9,6 Mrd. € nach unten revidiert werden. Dies hat zwei Ursachen: Zum einen führen die seit der letzten Steuerschätzung beschlossenen Steuerrechtsänderungen – insbesondere aus dem Abschluss des Vermittlungsverfahrens zum Jahresende 2003 – zu Steuerentlastungen der Bürger von 5 Mrd. €. Andererseits zeigt sich die verzögerte Konjunkturerholung auch in den Steuereinnahmen: Die Schätzabweichung beläuft sich insgesamt auf 4,6 Mrd. €.

Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ hat sich intensiv mit der Frage befasst, welche Steuereinnahmen aus dem Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit für 2004 zu erwarten sind. Grundsätzlich übernimmt der Arbeitskreis bei Steuerrechtsänderungen die vom BMF – meist unter Beteiligung und in Abstimmung mit den Ländern – ermittelten Ansätze. Im Falle der Einnahmen aus der „Steueramnestie“ sah der Arbeitskreis jedoch aufgrund der bislang schleppenden Einnahmentwicklung erhebliche Risiken im Hinblick auf die Erzielung der auf 5 Mrd. € geschätzten Einnahmen. Der Arbeitskreis setzt daher in seiner Schätzung die Einnahmen mit 1,5 Mrd. € an. Diese Annahme wird in der kommenden November-Schätzung im Lichte der bis dahin verfügbaren Einnahmedaten zu überprüfen sein. Das BMF geht nach wie vor davon aus, dass aufgrund des erheblichen Beratungs- und damit Zeitbedarfs die großen Amnestiefälle erst gegen Jahresende einnahmewirksam werden.

Erklärungsbedürftig ist ferner die ungleiche Verteilung der Mindereinnahmen aus Steuerrechtsänderungen im Jahr 2004 auf Bund und Länder. Hier ist berücksichtigt, dass die Länder als Kompensation für die vorgezogene Senkung des Einkommensteuertarifs ab 1.1.2004 vom Bund einen Betrag in Höhe von 2,65 Mrd. € erhalten, der über die Umsatzsteuer verrechnet wird.

Die Gemeinden profitieren im gesamten Schätzzeitraum von der im Vermittlungsverfahren beschlossenen Absenkung der Gewerbesteuerumlage.

Schließlich fällt auf, dass der Bund mit – 3,6 Mrd. € im Jahr 2004 einen sehr viel höheren Anteil an der Schätzabweichung von insgesamt – 4,6 Mrd. € aufweist als die Länder. Dies liegt insbesondere daran, dass die Schätzung der Bundessteuern um 2,1 Mrd. € hinter den früheren Erwartungen zurückbleibt, während die Ländersteuern voraussichtlich um rund 0,7 Mrd. € höher liegen werden.

Insgesamt rechnet der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ für 2004 mit einem Zuwachs der Steuereinnahmen gegenüber 2003 von insgesamt 0,3 %. Dabei werden die Steuereinnahmen des Bundes um 1,6 % zurückgehen, die Steuereinnahmen von Ländern und Kommunen hingegen um 1,8 % bzw. 4,3 % zunehmen.

Im Jahr 2005 entfällt die Zahlung von 2,65 Mrd. € vom Bund an die Länder, auf die oben bereits hingewiesen wurde. Infolgedessen steigen die Steuereinnahmen des Bundes in diesem Jahr mit 2,9 % stärker als die Steuereinnahmen insgesamt (+ 2,2 %), während die Steuereinnahmen der Länder mit 0,1 % fast konstant bleiben.

In den Folgejahren bis 2008 schlägt sich die verbesserte Konjunkturentwicklung auch im Steueraufkommen nieder. Nach Einschätzung des Arbeitskreises werden die Steuereinnahmen in 2006 um 4,5 %, in 2007 um 4,1 % und in 2008 um 3,7 % zunehmen. In diesem Zeitraum profitieren alle drei Ebenen von der Aufkommenssteigerung, wobei der Zuwachs jeweils beim Bund am geringsten und bei den Gemeinden am größten ist.

In den Jahren 2005 bis 2007 ergeben sich als Folge von Steuerrechtsänderungen Mehreinnahmen in Höhe von 7,3 Mrd. €, 8,6 Mrd. € und 9,4 Mrd. € im Vergleich zur Mai-Schätzung 2003. Hierin spiegeln sich vor allem die positiven fiskali-

schen Auswirkungen des Abbaus von Steuersubventionen wider.



Betrachtet man die Entwicklung einzelner Steuern und greift dabei exemplarisch das Jahr 2005 heraus, so fällt auf, dass die Abweichung von der Mai-Schätzung 2003 bei der Lohnsteuer – 10,5 Mrd. € beträgt und damit zu rund 2/3 für die Gesamtabweichung von – 15,2 Mrd. € verantwortlich ist. Hier zeigt sich, wie massiv die schwache Beschäftigungsentwicklung auf das Steueraufkommen durchschlägt. Zweitgrößter Posten ist der Ausfall bei den Steuern vom Umsatz mit – 3,25 Mrd. €. Auch hier lässt sich mit der Flaute bei der privaten Konsumnachfrage die Ursache schnell ausmachen. Schließlich ist auch bei der Mineralölsteuer das Aufkommen in 2005 voraussichtlich um 2,4 Mrd. geringer als im Mai 2003 geschätzt. Die Einschränkung der Fahrleistung aufgrund der starken Benzinpreiserhöhungen, der Trend zum niedriger besteuerten Diesel-Pkw sowie zunehmender „Tanktourismus“ ins Ausland kommen hier als Hauptursachen in Frage.

Besser als im Mai 2003 erwartet wird sich die Gewerbesteuer entwickeln. Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ rechnet mit einer Einnahmensteigerung von 1,28 Mrd. €. Auch die reinen Gemeindesteuern werden um 0,3 Mrd. € höher liegen. Zusammen mit der Absenkung der Gewerbesteuerumlage ergibt sich eine deutliche Verbesserung der Finanzsituation der Gemeinden. Gut entwickelt sich auch die Körperschaftsteuer, die in 2005 um vorraussichtlich 0,7 Mrd. € über den früheren Erwartungen liegen wird.

3 Fazit

Aus der positiven Entwicklung von Körperschaft- und Gewerbesteuer kann der Schluss

gezogen werden, dass die aufkommensmindernden Sondereffekte der Unternehmensteuerreform weitgehend an Bedeutung verlieren und beide Steuern sich wieder an ihr „Normalniveau“ annähern. Die Schwäche bei Lohn- und Umsatzsteuer dokumentiert, wie wichtig die Verbesserung der Beschäftigungssituation und die Stärkung des privaten Konsums für die

Entwicklung des Steueraufkommens sind. Das unerwartet starke Wachstum des Bruttoinlandsprodukts im 1. Quartal 2004 weckt Hoffnungen, dass es gelingt, den Konjunkturmotor bald auf eine höhere Umdrehungszahl zu beschleunigen und damit auch einen kräftigeren Anstieg des Steueraufkommens hervorzurufen.

Schätzergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ 11.– 13. Mai 2004

	Ist		Schätzung			
	2003	2004	2005	2006	2007	2008
1. Bund (Mrd. €) Veränderung gegenüber Vorjahr (%)	191,9 – 0,1	188,8 – 1,6	194,2 2,9	201,5 3,8	209,3 3,9	216,1 3,3
2. Länder (Mrd. €) Veränderung gegenüber Vorjahr (%)	177,6 – 0,5	180,8 1,8	181,1 0,1	189,0 4,4	196,9 4,2	204,4 3,8
3. Gemeinden (Mrd. €) Veränderung gegenüber Vorjahr (%)	51,8 – 1,4	54,0 4,3	55,2 2,3	58,8 6,5	61,8 5,1	64,4 4,2
4. EU (Mrd. €) Veränderung gegenüber Vorjahr (%)	20,9 12,7	20,1 – 3,9	23,0 14,4	24,4 6,1	25,0 2,5	26,1 4,4
5. Steuereinnahmen insgesamt (Mrd. €) Veränderung gegenüber Vorjahr (%)	442,2 0,1	443,8 0,3	453,5 2,2	473,7 4,5	493,0 4,1	511,1 3,7
Bund und Länder nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung und Finanzausgleich Länder ohne, Gemeinden mit Gemeindesteuereinnahmen der Stadtstaaten Angaben in Mrd. € gerundet; Veränderungsraten aus Angaben in Mio. € errechnet. Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen						

Abweichung des Ergebnisses AK Mai 2004 von den Ergebnissen AK November 2003 bzw. AK Mai 2003 (Beträge in Mrd. €)

2004	Ergebnis AK Nov. 2003	Abweichung insgesamt	Abweichungen			Ergebnis AK Mai 2004
			Steuerrechts- änderungen ¹	davon: Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung ²	
Bund ³	197,1	- 8,3	- 5,6	0,9	- 3,6	188,8
Länder ³	182,9	- 2,0	- 1,2		- 0,9	180,8
Gemeinden ³	52,5	1,5	1,7		- 0,2	54,0
EU	20,9	- 0,8		- 0,9	0,1	20,1
Steuereinnahmen insgesamt	453,4	- 9,6	- 5,0	0,0	- 4,6	443,8

2005	Ergebnis AK Mai 2003	Abweichung insgesamt	Abweichungen			Ergebnis AK Mai 2004
			Steuerrechts- änderungen ¹	davon: Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung ²	
Bund ³	203,5	-9,3	2,9	0,4	-12,5	194,2
Länder ³	188,9	-7,8	0,7		-8,5	181,1
Gemeinden ³	53,1	2,2	3,8		-1,6	55,2
EU	23,3	-0,3		-0,4	0,0	23,0
Steuereinnahmen insgesamt	468,7	-15,2	7,3	0,0	-22,5	453,5

2006	Ergebnis AK Mai 2003	Abweichung insgesamt	Abweichungen			Ergebnis AK Mai 2004
			Steuerrechts- änderungen ¹	davon: Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung ²	
Bund ³	212,7	- 11,2	3,6	0,0	- 14,8	201,5
Länder ³	198,4	- 9,5	0,9		- 10,3	189,0
Gemeinden ³	56,6	2,2	4,2		- 1,9	58,8
EU	24,4	0,0		0,0	0,0	24,4
Steuereinnahmen insgesamt	492,1	- 18,4	8,6	0,0	- 27,0	473,7

2007	Ergebnis AK Mai 2003	Abweichung insgesamt	Abweichungen			Ergebnis AK Mai 2004
			Steuerrechts- änderungen ¹	davon: Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung ²	
Bund ³	220,7	– 11,4	3,9	– 0,2	– 15,1	209,3
Länder ³	206,1	– 9,2	1,1		– 10,3	196,9
Gemeinden	59,2	2,6	4,3		– 1,8	61,8
EU	24,8	0,2		0,2	0,0	25,0
Steuereinnahmen insgesamt	510,8	– 17,8	9,4	0,0	– 27,2	493,0

¹ 2004 bis 2007: Steueränderungsgesetz 2003; Investmentmodernisierungsgesetz; Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz; Gesetz zur Änderung des Gewerbesteuer-
gesetzes und anderer Gesetze; Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit; Gesetz zur Änderung des Tabaksteuergesetzes und
anderer Verbrauchsteuergesetze; Haushaltsbegleitgesetz 2004; Investitionszulagengesetz 2005; Viertes Gesetz für moderne Dienst-
leistungen am Arbeitsmarkt; Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes zur Sicherstellung einer Übergangsregelung für die Umsatzbesteue-
rung von Alt-Sportanlagen; 2005 bis 2007: Kleinunternehmerförderungs-gesetz

² aus gesamtwirtschaftlichen Gründen und infolge unvorhergesehener Verhaltensänderungen der Wirtschaftssubjekte

³ nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung und Finanzausgleich; Verschiebungen zwischen Bund/Ländern und Gemein-
den durch Absenkung der Gewerbesteuerumlage

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder¹ im 1. Quartal 2004

- 1 Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im 1. Quartal 57
- 2 Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Monaten des 1. Quartals 2004 58
- 3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen 59

1 Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im 1. Quartal

Die bei Bund und Ländern eingegangenen Steuereinnahmen betrugen im 1. Quartal 2004 nach endgültigen Ergebnissen 88 805 Mio. €, das sind 316 Mio. € bzw. 0,4 % weniger als im 1. Quartal 2003.

Die Steuereinnahmen im 1. Quartal 2004 und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum stellen sich im Einzelnen wie folgt dar:

¹ Einschließlich Gemeindesteuern der Stadtstaaten. Über die Einnahmen aus Gemeindesteuern berichtet das Statistische Bundesamt vierteljährlich. Diese Einnahmeergebnisse werden in der Fachserie 14 „Finanzen und Steuern“, Reihe 4 „Steuerhaushalt“ im Rahmen eines Gesamtüberblicks über die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden veröffentlicht.

Der Rückgang bei den gemeinschaftlichen Steuern (– 1,7 %) resultierte in erster Linie aus starken Einnahmeverlusten bei der für das gesamte Aufkommensvolumen wichtigen Lohnsteuer. Negativentwicklungen bei veranlagter Einkommensteuer, Zinsabschlag und Körperschaftsteuer wurden durch Zugewinne bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag und den Steuern vom Umsatz kompensiert:

Die Einnahmen aus der Lohnsteuer gingen gegenüber dem Vorjahresquartal deutlich zurück (– 3,5 %). Dieser Effekt ist in erster Linie auf die Tarifsenkung zum Jahresbeginn zurückzuführen, deren direkte Auswirkungen sich erstmals bei der Abführung der Lohnsteuer für den Monat Januar im Februar 2004 zeigten. Das Quartalsergebnis belegt, dass die Tarifsenkung zu einer deutlichen und nachhaltigen Entlastung der Arbeitnehmer geführt hat.

Das kassenmäßige Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer lag um knapp 360 Mio. € unter dem vergleichbaren Vorjahreswert. Ursächlich für diese Entwicklung war vor allem der Anstieg von zu Lasten des Einkommensteueraufkommens ausgezahlten Zulagen und Erstattungen gegenüber dem Vorjahr. So wuchs das Volumen der hauptsächlich im März auszahlenden Eigenheimzulage auf Grund der Einbeziehung eines neuen Bauförderjahrgangs um 463 Mio. €, und die Erstattungen aus Arbeitnehmerveranlagungen nahmen um 210 Mio. € zu. Während die Anpassung der Vorauszahlungen an die Tarifsenkung

	1. Quartal – Mio € –		Änderungen ggü. Vorjahr	
	2004	2003	in Mio €	in %
Gemeinschaftliche Steuern	67 020	68 182	– 1 162	– 1,7
Reine Bundessteuern	15 573	15 209	364	2,4
Reine Ländersteuern	5 521	5 050	472	9,3
Zölle	691	681	10	1,5
Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern)	88 805	89 122	– 316	– 0,4

ebenfalls zu Mindereinnahmen führte, erhöhten die nach dem Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit geleisteten und bei der Einkommensteuer zu verbuchenden Zahlungen das Aufkommen um 77 Mio. €.

Beim Zinsabschlag zeigte sich ein deutlicher Rückgang von 12,3 % gegenüber dem ersten Quartal des Vorjahres. Die Ursache dafür ist in erster Linie in der anhaltenden Rückentwicklung des durchschnittlichen Zinsniveaus der Geldanlagen sowie in der wachsenden Attraktivität von Aktienanlagen zu vermuten.

Die Aufkommensentwicklung bei der Körperschaftsteuer war durch eine starke Verzerrung gekennzeichnet, auf Grund derer sich ein Rückgang der Einnahmen um 10,9 %, bzw. 265 Mio. € ergab. Die im Zuge einer Konzernumstrukturierung vorgenommene Ausschüttung einer Tochtergesellschaft an ihre Konzernmutter führte bei dieser zu einer Anrechnung der abgeführten Kapitalertragsteuer und damit zu einer Körperschaftsteuererstattung. Ohne den genannten Einzelfall, der mit rd. – 720 Mio. € zu Buche schlug, hätte sich ein kräftiger Zuwachs für die ersten drei Monate des Jahres ergeben.

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag wirkte sich der oben geschilderte Einzelfall in dem dort genannten Umfang positiv aus, so dass sich eine Steigerung des Aufkommens um 23,4 % bzw. 671 Mio. € ergab. Ohne den Sondereffekt wäre somit ein leichter Rückgang des Aufkommens zu beobachten gewesen.

Die Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz verbesserten sich im Vorjahresvergleich um + 1,6 %. Auf Grund der uneinheitlichen Ergebnisse in den drei ersten Monaten des Jahres kann aus diesem Zuwachs allerdings noch kein stabiler konjunkturell bedingter Aufwärtstrend abgeleitet werden.

Das Aufkommen aus den reinen Bundessteuern erhöhte sich im Vorjahresvergleich um 2,4 %. Dabei ist insbesondere auf die starken Zuwächse

bei der Stromsteuer (+ 26,8 %) und der Tabaksteuer (+ 21,9 %) hinzuweisen, welche im Wesentlichen auf kassentechnisch bedingte Abweichungen zurückzuführen sein dürften. Das Problem der kassentechnischen Verzerrungen bei den Bundessteuern wurde zum Jahreswechsel gelöst, da ab Januar 2004 durchgängig eine periodengerechte Zuordnung der Steuerzahlungen erfolgt. Die Verzerrungen im Vorjahresergebnis werden sich allerdings noch im laufenden Jahr in den Veränderungsraten auswirken.

Ebenfalls positive Entwicklungen waren bei der Kaffeesteuer (+ 19,1 %) und der Branntweinsteuer (+ 14,8 %) zu beobachten.

Das Mineralölsteueraufkommen sank im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 5,5 %. Bei der Versicherungssteuer ergab sich ein Rückgang um 4,1 %, u. a. in Folge des Vorziehens von Steuerzahlungen durch ein großes Unternehmen in das Jahr 2003. Weitere Einnahmeverluste mussten beim Solidaritätszuschlag (– 2,2 %), insbesondere auf Grund des Einnahmerückgangs bei der Lohnsteuer, hingenommen werden.

Die reinen Ländersteuern stiegen im 1. Quartal 2004 um 9,3 %, was in erster Linie auf den starken Anstieg (+ 59,8 %) der Erbschaftsteuer zurückzuführen ist. Deutliche Verbesserungen im Vorjahresvergleich zeigten sich bei der Feuerschutzsteuer (+ 11,6 %), der Kraftfahrzeugsteuer (+ 4,6 %) und der Biersteuer (+ 3,5 %), während die Einnahmen aus der Rennwett- und Lotteriesteuer stagnierten und die Grunderwerbsteuer um 3,4 % zurückging.

2 Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Monaten des 1. Quartals 2004

Das Einnahmeergebnis des Monats Januar 2004 lag mit 2,6 % deutlich über dem des Vorjahres. Zu diesem Resultat führten Aufkommenszuwächse, u. a. bei den Steuern vom Umsatz (+ 5,2 %)

und der Körperschaftsteuer (+ 365 Mio. €), aber auch deutliche Einnahmeverluste, wie z. B. bei der Lohnsteuer (– 3,5 %), in Folge vielfach gekürzter Weihnachtsgeldzahlungen und der Verlagerung flexibler Lohnbestandteile in den Veranlagungszeitraum 2004. Die reinen Ländersteuern trugen entscheidend zu dem positiven Gesamtergebnis bei, da sich die Erbschaftsteuer mehr als verdoppelte.

Im Februar 2004 verbesserten sich die Einnahmen mit einer Zunahme um 3,3 % deutlich. Während die Bundessteuern – hauptsächlich auf Grund kassentechnischer Effekte – und die reinen Ländersteuern Zugewinne verbuchten (+ 18,8 und + 5,9 %), enttäuschten die gemeinschaftlichen Steuern mit – 0,8 %. Auffallend waren hier vor allem die ersten direkten Auswirkungen der Tarifsenkung bei der Lohnsteuer (– 2,3 %) und der Einfluss des oben geschilderten, insgesamt aufkommensneutralen Einzelfalles auf die Körperschaftsteuer und die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag.

Im März 2004 gingen die Steuereinnahmen gegenüber dem Vorjahr stark zurück (– 6,9 %). Hohe Einbußen bei den gemeinschaftlichen Steuern (– 7,4 %), als einziger Lichtblick hier die Körperschaftsteuer mit + 14,3 %, gingen einher mit einem Rückgang bei den Bundessteuern (– 9,1 %). Das negative Ergebnis wurde leicht abgemildert

durch die reinen Ländersteuern (+ 7,8 %), wobei besonders die Entwicklung bei der Kraftfahrzeugsteuer (+ 13,8 %) ins Gewicht fiel.

3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Die Verteilung der Steuereinnahmen im 1. Quartal 2004 auf Bund, EU, Länder und Gemeinden² und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum stellen sich wie folgt dar (siehe Tabelle unten).

Die Stadtstaaten vereinnahmten darüber hinaus im 1. Quartal 2004 an Gemeindesteuern (ohne Berücksichtigung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und an den Steuern vom Umsatz sowie der Gewerbesteuerumlage) 854 Mio. €, das entspricht 72 Mio. € (+ 9,2 %) mehr als im 1. Quartal 2003.

Die Einzelergebnisse der von Bund und Ländern verwalteten Steuern sowie deren Verteilung auf die Gebietskörperschaften im 1. Quartal 2004 und in den einzelnen Monaten finden sich im Internetangebot des BMF unter <http://www.bundesfinanzministerium.de/Steuer-und-Zoelle/Steuer-aufkommen-459.htm>.

² Lediglich Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und an den Steuern vom Umsatz.

	1. Quartal – Mio € –		Änd. gg. Vorjahr	
	2004	2003	in Mio €	in %
Bund (nach Bundesergänzungszuweisungen)	36 436	37 590	– 1 153	– 3,1
EU	6 105	5 506	599	10,9
Länder (nach Bundesergänzungszuweisungen)	41 610	41 115	496	1,2
Gemeinden	4 654	4 911	– 257	– 5,2
Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern)	88 805	89 122	– 316	– 0,4

Entwicklung der Länderhaushalte im Jahr 2003¹

1	Ausgabenentwicklung	61
1.1	Gesamtausgaben	61
1.2	Personalausgaben	62
1.3	Investive Ausgaben	63
1.4	Zinsausgaben	64
2	Einnahmen	64
2.1	Einnahmen insgesamt	64
2.2	Steuereinnahmen	65
2.3	Übrige Einnahmen	66
3	Finanzierungsdefizite	66

Die Haushaltssituation der Länder hat sich im Jahr 2003 aufgrund von Einnahmeausfällen erneut verschlechtert. Zwar haben die Länder ihre Ausgabenzuwächse sehr eng begrenzt, dies reichte jedoch nicht aus, die schwache Einnahmentwicklung vollständig auszugleichen. Dementsprechend haben sich die Finanzierungsdefizite der Länder weiter erhöht. Sie stiegen gegenüber dem Vorjahr um rund 2,3 Mrd. € auf 31,7 Mrd. € an und übertrafen damit die Haushaltsplanungen um rund 5,5 Mrd. €.

¹ Vorläufiges Jahresergebnis auf Basis der Quartalsstatistik für des erste bis vierte Vierteljahr 2003.

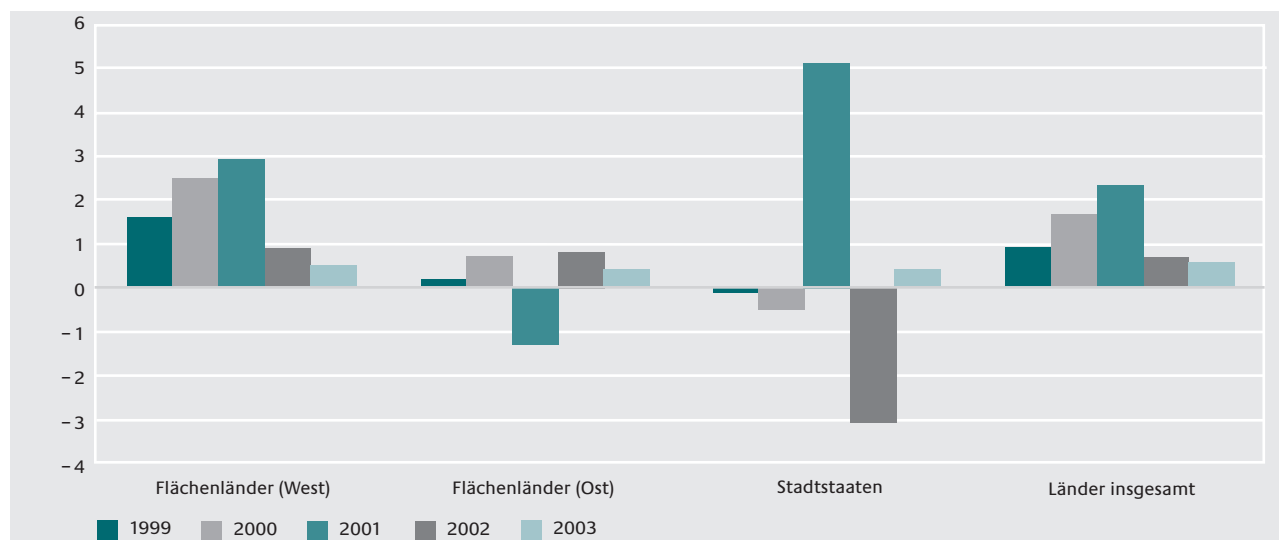
1 Ausgabenentwicklung

1.1 Gesamtausgaben

Die Gesamtausgaben der Länder stiegen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum nur gering um 0,6 % an und entsprachen damit den Empfehlungen des Finanzplanungsrats, das Ausgabenwachstum auf maximal 1 % zu begrenzen. Damit wurden die Ausgabenplanungen, die einen Anstieg der Gesamtausgaben um 1,2 % vorsahen, für 2003 deutlich unterschritten. Bei der Bewertung der Ausgabenentwicklung muss berücksichtigt werden, dass in den Ausgaben im Haushaltsjahr 2003 einmalige Effekte (wie z. B. die Zahlungen der Länder an den Aufbauhilfefonds) enthalten sind. So ergibt die Bereinigung der Ausgaben 2003 um diese Zahlungen im Zusammenhang mit dem Flutopfersolidaritätsgesetz einen Ausgabenrückgang im Vergleich zum Vorjahr um 0,4 %.

Bei einem Vergleich zwischen den ostdeutschen und westdeutschen Flächenländern sowie den Stadtstaaten kann festgestellt werden, dass sich das Ausgabenwachstum 2003 nahezu angeglichen hat. Während in den ostdeutschen Flächenländern und den Stadtstaaten die Ausgaben um 0,4 % stiegen, lag die Ausgabensteigerung in den westdeutschen Flächenländern mit +0,5 % nur leicht darüber.

Abbildung 1: Wachstumsraten der Ausgaben 1999 bis 2003 in %



Für eine differenzierte Betrachtung der Länder ist es notwendig, die Pro-Kopf-Ausgaben heranzuziehen. Auch 2003 lagen die Pro-Kopf-Ausgaben der ostdeutschen Flächenländer (3 913 €/Kopf) über dem Niveau der westdeutschen Flächenländer (2 783 €/Kopf). Dies lässt sich auf die höheren investiven Ausgaben aufgrund des infrastrukturellen Aufholprozesses, eine höhere Zinsbelastung und die höheren Zuweisungen an den kommunalen Bereich zurückführen. Im Vergleich dazu übersteigen die Pro-Kopf-Ausgaben der Stadtstaaten (6 033 €) die der Flächenländer (2 947 €) um das Doppelte, da anders als bei den Flächenländern in den Haushalten der Stadtstaaten die Etats der Länder- und Kommunalebene zusammengefasst sind.

1.2 Personalausgaben

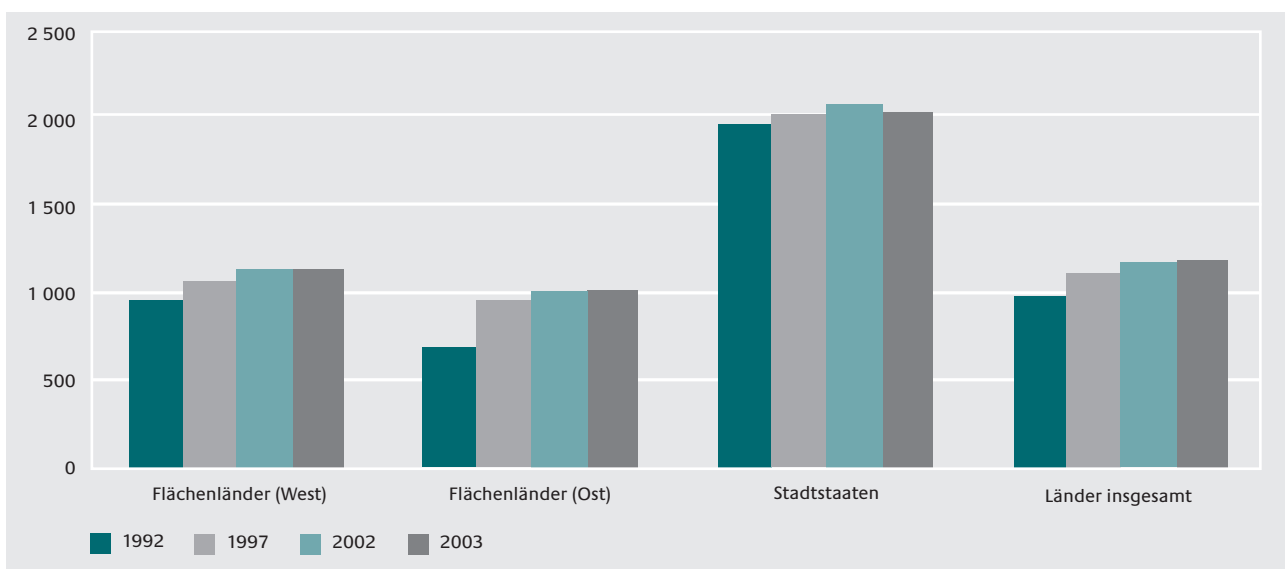
Innerhalb der Gesamtausgaben bilden die Personalausgaben den größten Ausgabenblock, da in die Zuständigkeit der Länder besonders personalintensive Aufgaben fallen (z. B. Schul- und Bildungswesen, innere Sicherheit, Gesundheitswesen). Der Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben beträgt in den westdeutschen Flächenländern ca. 41 %, in den ostdeutschen Flächenländern 26 % und in den Stadtstaaten ca. 34 %. Zum Vergleich: Im Bundeshaushalt machten

die Personalausgaben 2003 lediglich 10,6 % der gesamten Ausgaben aus.

Dabei blieben die Personalausgaben mit einer Zuwachsrate von +0,1 % im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant. Während sie in den Flächenländern Ost (−0,2 %) und den Stadtstaaten (−2,1 %) zurückgeführt werden konnten, stiegen sie in den Flächenländern West um +0,6 % leicht an. Zu dieser moderaten Entwicklung in den Personalausgaben trug insbesondere die nach Verabschiedung der Öffnungsklausel im Bundesbesoldungsgesetz erstmals mögliche Kürzung des Weihnachtsgeldes bei. Da alle Länder von dieser Möglichkeit und zusätzlich auch von der ab 2004 geltenden Möglichkeit der Streichung des Urlaubsgeldes Gebrauch machen, ergeben sich kurz- und mittelfristig Einsparpotenziale, die für die weitere Konsolidierung der Länderhaushalte wichtig sind. Bei den Stadtstaaten ist zu beachten, dass der starke Rückgang der Personalausgaben durch Ausgliederungen besonders im kommunalen Bereich erreicht wurde.

Die Personalausgaben, je Einwohner betrachtet, liegen in den ostdeutschen Flächenländern mit 1017 € noch unterhalb der westdeutschen Flächenländer (1133 €) und der Stadtstaaten (2 023 €). Zwischen den Ländern sind jedoch die

Abbildung 2: Personalausgaben in € je Einwohner



unterschiedliche Struktur der Beschäftigungsverhältnisse (Beamte vs. Angestellte) sowie die Anpassung der Tarife für aktives Personal in den ostdeutschen Flächenländern an das Tarifniveau West zu berücksichtigen. Zudem sind die Belastungen durch Versorgungsausgaben, die ebenfalls Teil der Personalausgaben sind, sehr unterschiedlich. Sie haben mittlerweile, aufgrund des demografischen Wandels, eine eigene Dynamik entwickelt, so dass es zunehmend schwerer werden wird, die Personalausgaben durch Personalabbau allein zu begrenzen.

1.3 Investive Ausgaben

Die investiven Ausgaben der Länder (Zahlungen für Investitionen des Landes, Investitionszuweisungen an Gemeinden, Zweckverbände und andere Bereiche) stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 4,3 % an, blieben damit aber erheblich hinter den Haushaltsansätzen zurück (+ 11,8 %). Vor allem die ostdeutschen Flächenländer konnten die geplanten Investitionen nicht umsetzen. Der Anstieg der investiven Ausgaben lag hier nur bei 0,7 %, während in den westdeutschen Flächenländern (+ 4,8 %) und den Stadtstaaten (+ 13,5 %) die investiven Ausgaben stärker stiegen. Der niedrige Zuwachs der Investitionen in den neuen Ländern muss insbesondere vor dem Hintergrund der

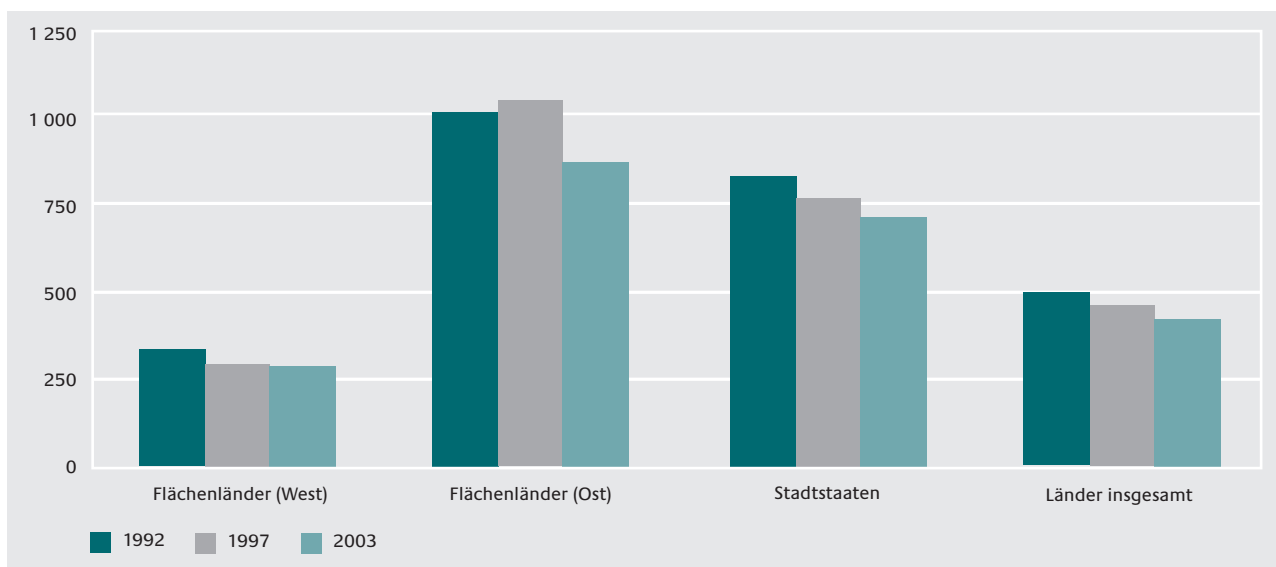
Beseitigung der Flutschäden sowie der im Solidarpaket II vereinbarten Verwendung der Mittel für Investitionen bewertet werden. Trotz des geringen Zuwachses lag die Investitionsquote in den neuen Ländern (22,3 %) aber auch 2003 fast immer noch doppelt so hoch wie in den westdeutschen Flächenländern (10,8 %) und Stadtstaaten (13,6 %).

Tabelle 1: Zuwachsraten der investiven Ausgaben 2003 in %

	Soll	Ist
Länder insgesamt	11,8	4,3
Flächenländer West	10,0	4,8
Flächenländer Ost	15,0	0,7
Stadtstaaten	9,8	13,5

Jedoch zeigt sich, dass die Länder in konjunkturellen Schwächephasen vor allem die kurzfristig disponibleren Investitionen zurückführen. So sind die Investitionsausgaben pro Kopf seit 1992 rückläufig. Während sie zu diesem Zeitpunkt in den westdeutschen Flächenländern bei 347 € lagen, gingen sie bis 2003 auf 300 € zurück. In den ostdeutschen Flächenländern reduzierten sie sich von 1015 € auf 874 € und in den Stadtstaaten im gleichen Zeitraum von 827 € auf 714 €.

Abbildung 3: Investitionsausgaben in € je Einwohner



1.4 Zinsausgaben

Aufgrund der in der Vergangenheit zur Ausgabenfinanzierung aufgenommenen Kredite stieg auch 2003 die Zinsbelastung der Länderhaushalte weiter an (+2,3 %), bleibt aber insgesamt hinter den Haushaltsansätzen (+5,9 %) zurück. Dabei fiel der Ausgabenanstieg in den ostdeutschen (+3,5 %) und den westdeutschen (+2,9 %) Flächenländern höher als in den Stadtstaaten (+1,2 %) aus, da die Vorbelastung der Haushalte in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich sind. Je nach Verschuldung und Struktur der Kreditaufnahme betrug der Anteil der Zinsausgaben an den Gesamtausgaben (Zinsausgabenquote) in den einzelnen Ländern 2003 zwischen 3 % und rund 12 %.

Besonderes Augenmerk sollte dabei die Entwicklung der Zinsausgaben je Einwohner in den neuen Ländern erhalten. Ausgehend von einer Zinsbelastung von nahezu Null haben die meisten ostdeutschen Flächenländer die westdeutschen Flächenländer inzwischen überholt. So lagen 2003 die Zinsausgaben je Einwohner in den neuen Ländern bei 248 € und in den westdeutschen Ländern bei 213 €. Hierbei sollte

jedoch berücksichtigt werden, dass sich die überproportional gestiegenen Zinsausgaben durch den rein statistischen Effekt des Bevölkerungsrückgangs teilweise erklären lassen. In den Stadtstaaten liegen die Zinsausgaben mit 650 € dreimal so hoch; dies spiegelt die strukturellen Probleme dieser Ländergruppe wider.

2 Einnahmen

2.1 Einnahmen insgesamt

Wie eingangs erwähnt, hat sich die Einnahmesituation der Länderhaushalte auch 2003 weiter verschlechtert. Die Gesamteinnahmen (bereinigte Einnahmen) gingen, entgegen den Erwartungen der Länder (+2,8 %), tatsächlich leicht zurück (−0,3 %). Die Stadtstaaten mussten hierbei die höchsten Einnahmeausfälle verkraften (−4,1 %), während die westdeutschen Flächenländer einen nur leichten Rückgang zu verzeichnen hatten (−0,2 %). Nur in den neuen Bundesländern stiegen die Einnahmen an (+1,0 %). Hier schlägt sich insbesondere in Sachsen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt der Sondereffekt der Finanzierung der Maßnahmen zur Beseitigung der Flutschäden nieder.

Abbildung 4: Zinsausgaben je Einwohner in €

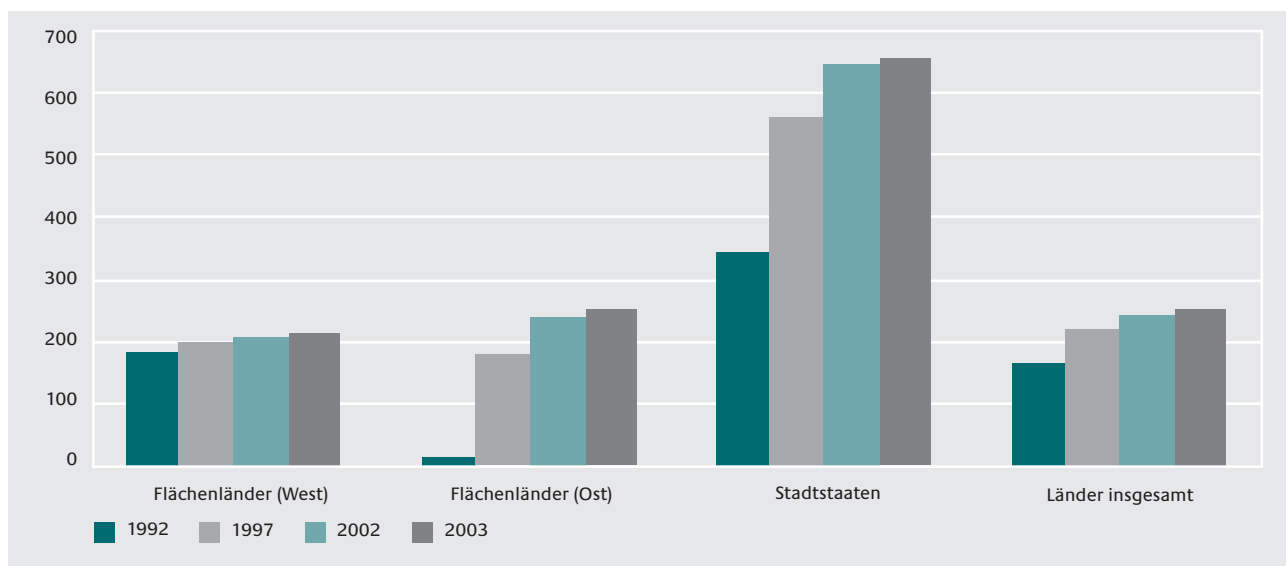
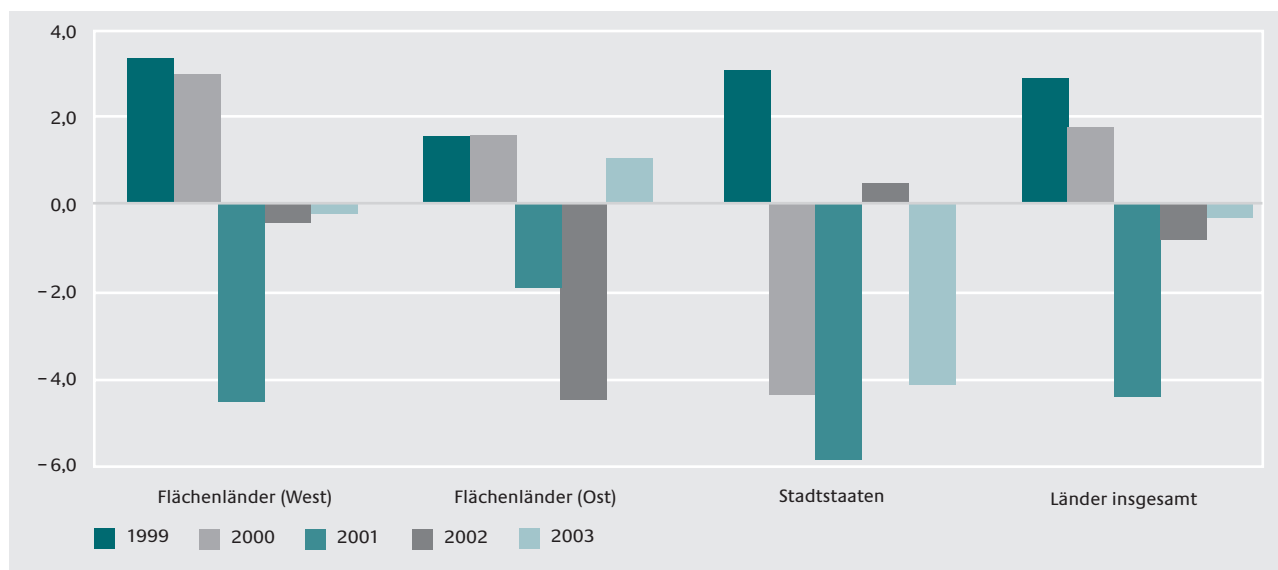


Abbildung 5: Entwicklung der bereinigten Einnahmen 1998 bis 2003 in %



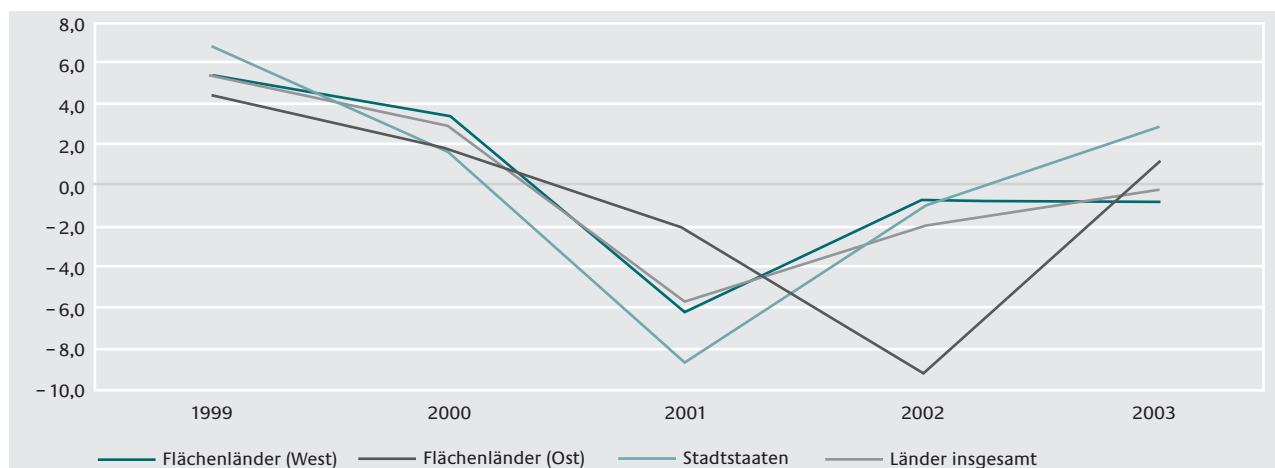
2.2 Steuereinnahmen

Insgesamt gingen die Steuereinnahmen um 0,3 % zurück. Die Steuerausfälle fielen dabei in den westdeutschen Flächenländern am höchsten aus (-0,9 %). Die Stadtstaaten (+2,1 %) und die ostdeutschen Flächenländer (+1,0 %) konnten dagegen Einnahmenezuwächse verzeichnen. Stark rückläufig waren insbesondere die Einkommen- und Körperschaftsteuer (-1,0 %) und die Zinsabschlagsteuer (-9,9 %).

Der Vergleich der Steuereinnahmen je Einwohner zeigt die ungünstige Situation der ostdeutschen Länder: Während die westdeutschen

Flächenländer je Einwohner Steuereinnahmen in Höhe von 1917 € und die Stadtstaaten 1875 € realisieren können, liegt das Niveau der ostdeutschen Steuereinnahmen pro Kopf bei 1682 €, dies entspricht 87 % des westdeutschen Niveaus. Folglich liegt auch die Steuerdeckungsquote (Anteil der Steuereinnahmen an den Gesamtausgaben) in den ostdeutschen Flächenländern erheblich unter dem Niveau der westdeutschen Flächenländer. Während die westdeutschen Flächenländer 69 % ihrer Ausgaben aus Steuereinnahmen finanzieren können, sind es in den neuen Bundesländern gerade einmal 43 %. Bei den Stadtstaaten lag diese Quote 2003 bei 48 %, hier spiegelt sich u. a. das hohe Ausgabenniveau in Berlin wider.

Abbildung 6: Zuwachsraten der Steuereinnahmen 1999 bis 2003 in %



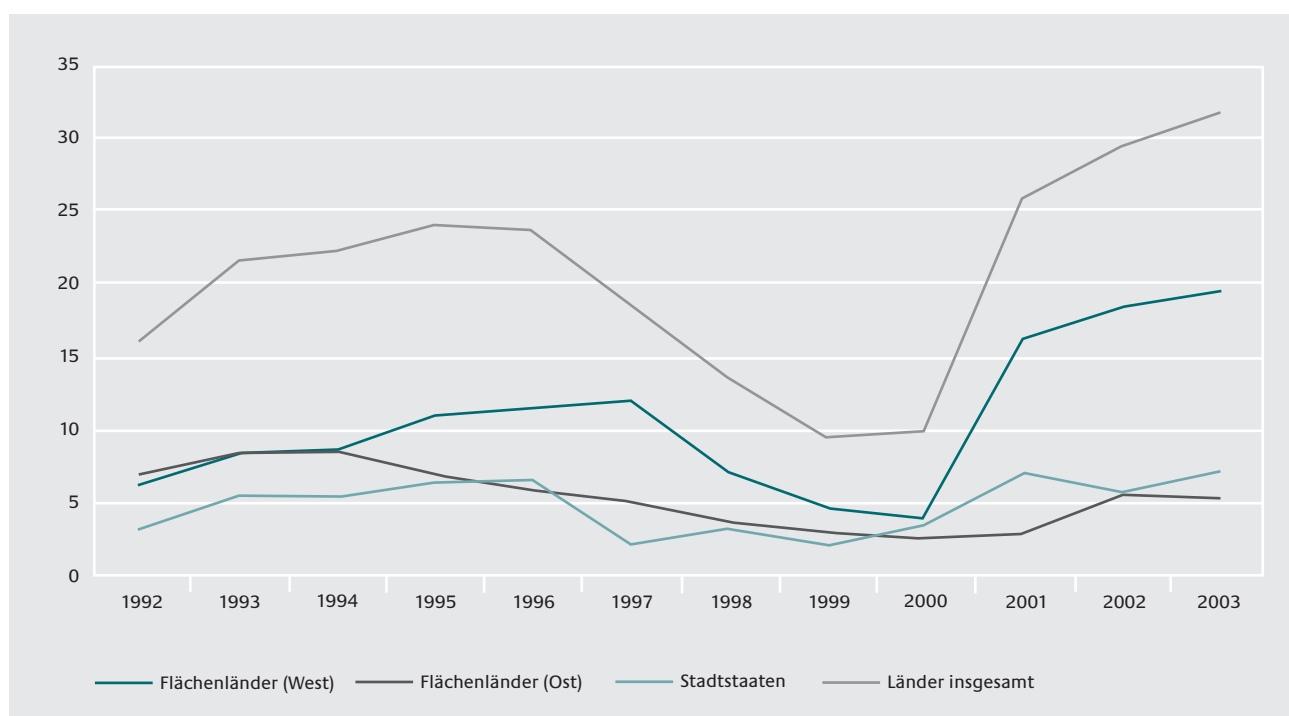
2.3 Übrige Einnahmen

Während die Steuereinnahmen 2003 insgesamt leicht zurückgingen, zeigen die übrigen Einnahmen (ohne Zahlungen der Länder untereinander) starke Zuwächse. So wurde vielfach von der Möglichkeit der Veräußerung von Beteiligungen oder der Entnahme aus Sondervermögen zur Verstärkung der Einnahmen Gebrauch gemacht. Wie bedeutsam diese Finanzierungsvorgänge 2003 waren, zeigen folgende Zahlen: Die Zuwachsrate in den westdeutschen Flächenländern lag bei 4,9 %, in den ostdeutschen Flächenländern bei 8,9 % und in den Stadtstaaten bei 7,4 %.

3 Finanzierungsdefizite

Das Finanzierungsdefizit der Länder belief sich im Jahr 2003 auf 31,7 Mrd. € und verschlechterte sich damit gegenüber dem Vorjahr um rund 2,3 Mrd. €. Das in den Haushaltsplänen einschließlich Nachtragshaushalten veranschlagte Jahressoll wurde um 5,5 Mrd. € übertroffen. Obwohl sich der Defizitanstieg in den Jahren 2002 und 2003 verlangsamt hat, haben sich die Finanzierungsdefizite der Länder seit Ende der 90er Jahre mehr als verdreifacht und erreichen 2003 das höchste Niveau seit der Wiedervereinigung.

Finanzierungsdefizite 1992 bis 2003 in Mrd. €



Wirtschaftslage und -entwicklung in den neuen EU-Mitgliedstaaten und Kandidatenländern der EU

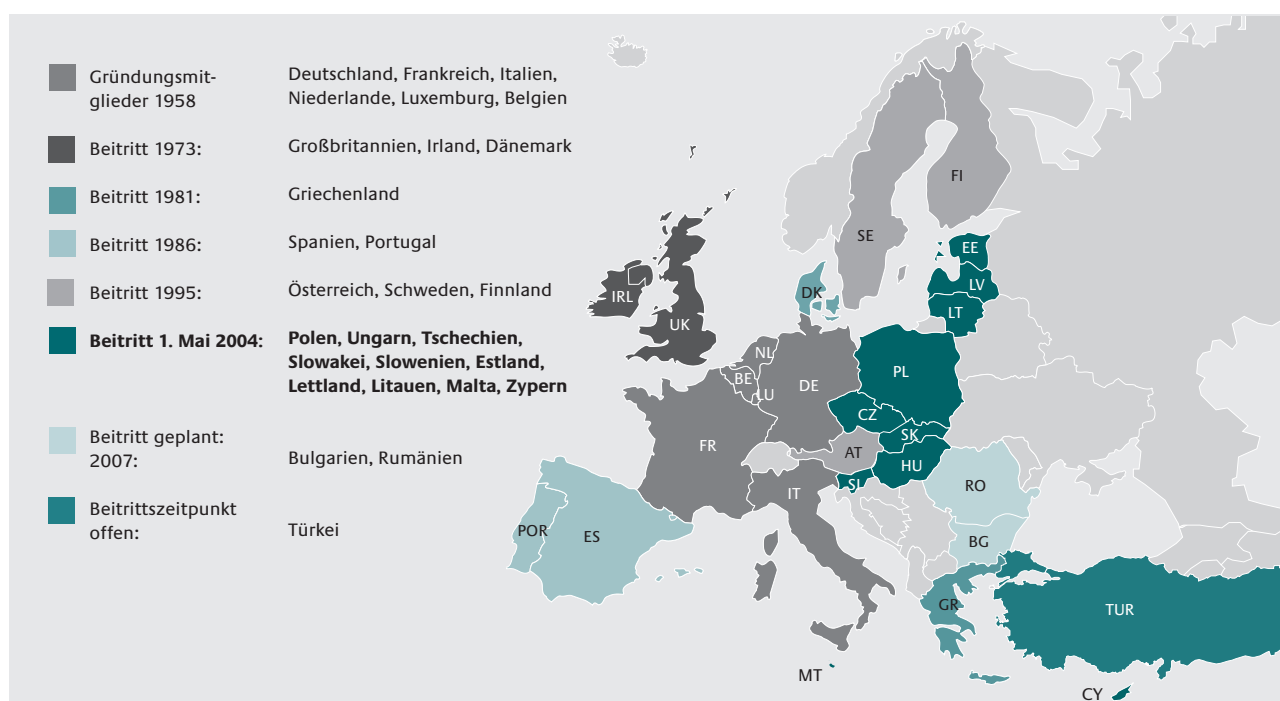
1	Die 10 neuen EU-Mitgliedstaaten	67
1.1	Beeindruckende Wirtschaftsentwicklung	68
1.2	Günstige Aussichten für 2004	69
2	Finanzpolitische Lage	70

1 Die 10 neuen EU-Mitgliedstaaten

Am 1. Mai 2004 sind zehn Länder (Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Malta und Zypern) der Europäischen Union beigetreten. Die Einführung des Euro ist nach erfolgreicher zweijähriger Teilnahme am Wechselkursmechanismus und nach Erfüllung aller Konvergenzkriterien vorgesehen. Die acht mittel- und osteuropäischen Länder haben im letzten Jahrzehnt einen tief greifenden Transformationsprozess durchlaufen. Trotz beein-

druckender Wirtschaftsdynamik in allen Beitrittsländern macht der Anteil am BIP der erweiterten EU (zu Marktpreisen) bislang nur ca. 5 % aus.

Die Wirtschafts- und Finanzlage in den neuen Mitgliedstaaten stellt sich unterschiedlich dar. Insgesamt haben die Länder jedoch auch deutliche Fortschritte auf dem Weg zur realen Konvergenz gemacht. Im 15. Mai 2004 werden die neuen Mitgliedstaaten erstmalig Konvergenzprogramme vorlegen und in die haushaltspolitische Überwachung der EU einbezogen. Bei einigen Ländern hat die EU-Kommission (KOM) bereits im Mai 2004 das Defizitverfahren eingeleitet. Die Haushaltskonsolidierung ist deshalb auch für die neuen Mitgliedstaaten die zentrale wirtschaftspolitische Herausforderung und gleichzeitig eine der Voraussetzungen für die Einführung des Euro. Auch die neuen Mitgliedstaaten müssen dafür die Konvergenzkriterien des Maastricht-Vertrages erfüllen. Dazu ist es u. a. notwendig, dass die Länder mindestens für zwei Jahre erfolgreich dem Wechselkursmechanismus II (WKM II) angehört haben (s. Kasten S. 68).



Wechselkursmechanismus II (WKM II):

Nachfolger des Europäischen Währungssystems, in dem die teilnehmenden Mitgliedstaaten ihre Währung an den Euro binden und sich verpflichten, bestimmte Bandbreiten bei Wechselkurschwankungen einzuhalten. Auf diese Weise soll das Ziel einer stabilitätsorientierten Wirtschaftspolitik gefördert und eine spätere Einführung des Euro erleichtert werden.

Grundlage: Entschließung auf dem Europäischen Rat von Amsterdam (16./17. Juni 1997).

Aufgaben: Bindung der Wechselkurse der teilnehmenden Mitgliedstaaten an den Euro, Konvergenzkriterium für Einführung des Euro.

Hauptmerkmale: Multilaterale Vereinbarung mit festen, aber anpassungsfähigen Wechselkursen, d. h. mit Leitkursen und einer Standard-schwankungsbreite von $\pm 15\%$.

WKM II bietet Raum für eine Reihe von Wechselkursstrategien (z. B. können engere Schwankungsbreiten vereinbart werden), unvereinbar sind dagegen gleitende Wechselkursanpassungen.

Es wird eine Teilnahme am WKM II von mindestens zwei Jahren vor Euro-Einführung erwartet, in der die engen Bandbreiten (Maastricht-Kriterium von $\pm 2,25\%$) ohne starke Spannungen eingehalten werden müssen. Der Leitkurs darf nicht von sich aus abgewertet werden.

1.1 Beeindruckende Wirtschaftsentwicklung

Im vergangenen Jahr zeigten die Beitrittsländer eine beeindruckende makroökonomische Entwicklung in einem schwachen internationalen Wachstumsfeld. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der zehn beitretenden Länder wuchs insgesamt um 3,6 % und damit stärker als 2002 (2,4 %). Die Wachstumsbeschleunigung ist vor allem der Erholung in Polen als größte Volkswirtschaft der Beitrittsländer zu verdanken, wogegen u. a. in Ungarn und Estland eine Verringerung der Dynamik und in Malta sogar ein Rückgang des BIP zu verzeichnen war. Unter Einbeziehung der drei Kandidatenländer Bulgarien, Rumänien, Türkei ergibt sich für 2003 ein BIP-Zuwachs von insgesamt 4,3 %.

Hauptwachstumsträger in den Ländern war die rege Inlandsnachfrage. Die Impulse der Außenwirtschaft waren geringer, jedoch höher als in 2002.

Insbesondere der private Konsum lieferte durch hohe Steigerungen der Realeinkommen einen kräftigen Wachstumsbeitrag. Eine Ausnahme bildete die Slowakei, wo die Exporte stark zulegten und die private Nachfrage aufgrund von Verbrauchsteuererhöhungen und Ausgabenkürzungen im Rahmen der Haushaltsanierung stagnierte. Auch von der Investitionstätigkeit, vor allem im Unternehmenssektor, gingen in 2003 wieder Wachstumsimpulse aus, was durch eine zum Teil expansive Kreditvergabe unterstützt wurde.

Trotz zunehmender preislicher Wettbewerbsfähigkeit blieb das Exportwachstum in den meisten Beitrittsländern im Vorjahr unter dem der Importe. Dies lag zum einen an der globalen Nachfrageschwäche, zum anderen an der starken Inlandsnachfrage. Das Importwachstum wurde durch Realloohnerhöhungen, expansive Fiskalpolitik und Kreditausweitung stimuliert. Dies führte in vielen Ländern zur Erhöhung der außenwirtschaftlichen Defizite. Gleichzeitig hatten u. a. Malta und Zypern Einbußen beim Tourismus zu verzeichnen. Die Leistungsbilanzsalden erhöhten sich in elf der dreizehn Beitrittsländer, hohe externe Ungleichgewichte sind insbesondere in Estland und Lettland entstanden. Dagegen hat die Abwertung des polnischen Zloty in 2003 die Exporte unterstützt. Auch in der Slowakei leisteten die gestiegenen Exporte der Fahrzeugindustrie einen wesentlichen Beitrag, dazu kam die schwache Inlandsnachfrage, die das Importwachstum bremste.

Die Zuflüsse an Direktinvestitionen haben sich im Vorjahr merklich verringert, ihr Anteil an der Finanzierung der entstandenen Leistungsbilanzlücken nahm ab. Der Rückgang ist zum einen auf die Abschwächung des globalen Wachstums zurückzuführen, zum anderen ist die Privatisierung in den Beitrittsländern weitgehend abgeschlossen. Dazu kommt verstärkt die Konkurrenz durch Entwicklungs- und Transformationsländer, die vergleichsweise höhere Arbeitskostenvorteile bieten.

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der Leistungsbilanzdefizite der neuen EU-Mitgliedstaaten im Vergleich zu den EU-15 und der Eurozone

	BIP in % gegenüber Vorjahr		Leistungsbilanzdefizit in % des BIP	
	2003	2004	2003	2004
Polen	3,7	4,6	- 2,0	- 2,3
Ungarn ¹	2,9	3,2	- 8,9	- 8,6
Tschechien	2,9	2,9	- 6,5	- 6,8
Slowakei	4,2	4,0	- 0,9	- 2,5
Slowenien	2,3	3,2	0,2	- 0,5
Estland	4,8	5,4	- 13,7	- 11,5
Lettland	7,5	6,2	- 9,1	- 10,1
Litauen	8,9	6,9	- 6,1	- 6,2
Malta	- 1,7	1,4	- 3,4	- 4,3
Zypern	2,0	3,4	- 4,4	- 3,7
zehn Beitrittsländer	3,6	4,0	- 3,7	- 3,9
Bulgarien	4,3	5,0	- 8,6	- 7,5
Rumänien	4,9	5,1	- 5,9	- 5,6
Türkei	5,8	4,6	- 2,8	- 3,4
Eurozone	0,4	1,7	0,5	0,7
EU-15	0,8	2,0	0,2	0,4

¹ Leistungsbilanzdefizit: Angaben nach der ab 2004 angewandten neuen Berechnungsmethode (alt 2003: -5,7 % des BIP, 2004 -5,4 %)
Quellen: EU-Frühjahrsprognose vom 7. April 2004 (ergänzt um aktuelle Daten der Länder)

1.2 Günstige Aussichten für 2004

Die Aussichten für 2004 sind angesichts der erwarteten Konjunkturerholung in Westeuropa günstig. Die Anstiege von Export und Investitionen werden als wesentliche Wachstumsfaktoren den privaten Verbrauch ablösen, der sich aufgrund von Steueranpassungen infolge des EU-Beitritts moderater entwickeln dürfte. Für die zehn beitretenden Länder wird von einem BIP-Wachstum von 4,0 % ausgegangen, einschließlich der drei Kandidatenländer von 4,2 %.

Die Konjunktorentwicklung hat bisher nur wenig Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt gehabt. Eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit ist vor allem in Polen, der Slowakei und den baltischen Staaten ein Problem. Insgesamt dürfte sich die Arbeitslosigkeit nur langsam reduzieren.

Die Inflation war 2003 mit Ausnahme der Slowakei, Zyperns und Lettlands weiter rückläufig, trotzdem lag die Preissteigerungsrate in der Hälfte der beitretenden Länder noch zum Teil weit über dem EU-Konvergenzwert von derzeit 2,7 %. Das gilt vor allem für die Slowakei aufgrund von Preisliberalisierungen, sowie für Ungarn und Slowenien. Deutliche Erfolge bei der Bekämpfung der Inflation konnten Rumänien und die Türkei verzeichnen.

In 2004 wird der Preisauftrieb wieder zunehmen, die Daten der ersten Monate 2004 bestätigen diese Tendenz.

Ursächlich dafür sind u. a. die Anpassung indirekter Steuern, die Anhebung administrierter Preise und die Ölpreisentwicklung. Die Geldpolitik hat die niedrige Inflation zu Zinssenkungen genutzt, die die zum Teil enorme Kreditexpansion

unterstützten. In Ungarn haben die Leitzinsen aufgrund der Volatilität der ungarischen Währung Forint derzeit ein Niveau von 11,5 %.

In 2004/2005 werden vom Außenhandel mehr Wachstumsimpulse ausgehen, doch es besteht die Gefahr, dass sich Leistungs- und Handelsbilanzdefizite weiter vergrößern. In Estland sollte jedoch eine Rückführung des hohen Leistungsbilanzsaldos gelingen. Die Exporte der Beitrittsländer werden von der erwarteten Nachfragebelebung in der EU profitieren, gleichzeitig dürfte der allgemein schwächere private Konsum dämpfend auf die Importe wirken. Andererseits dürfte die zunehmende Investitionsdynamik – auch auf Grund hoher EU-Zahlungen – die Importe anheizen.

2 Finanzpolitische Lage

Sechs der zehn Beitrittsländer wiesen im Jahr 2003 Budgetdefizite auf, die deutlich

über der 3%-Grenze lagen. Es ist zu erwarten, dass die Defizite auch in 2004 deutlich über der 3%-Grenze liegen werden. Gegen Ungarn, Tschechien, Malta, Zypern, Polen und die Slowakei hat die EU-Kommission entsprechend ein Defizitverfahren nach Art. 104 EG-Vertrag eingeleitet. Der Finanzbedarf für EU-Abführungen, notwendige Kofinanzierungsmittel für Strukturprojekte und höhere Militärausgaben im Rahmen der NATO bringen neben den vorhandenen strukturellen Problemen zusätzliche Belastungen mit sich. Probleme für die staatlichen Einnahmen könnten sich zudem bei fortgesetztem Wettlauf der Länder um niedrige Steuersätze verstärken. Die Regierungen in Ungarn, Tschechien, Polen und der Slowakei haben bereits Konsolidierungsprogramme in Angriff genommen, die eine Reduzierung der Defizite und damit die Erfüllung des EU-Konvergenzwertes von 3 % des BIP zum Ziel haben; vorerst wird sich die Budget-

Stand der monetären Konvergenz

	2003				2004		
	Inflation	Budgetdefizit	Schuldenstand	Zinsen Dez 03	Inflation	Budgetdefizit	Schuldenstand
	%	% des BIP	% des BIP	%	%	% des BIP	% des BIP
Polen	0,7	- 4,1	45,4	6,76	2,3	- 6,0	49,1
Ungarn	4,7	- 5,9	59,0	8,24	6,9	- 4,9	58,7
Tschechien	- 0,1	- 12,9	37,6	4,82	2,8	- 5,9	40,6
Slowakei	8,5	- 3,6	42,8	5,42	8,2	- 4,1	45,1
Slowenien	5,7	- 1,8	27,1	5,27	3,6	- 1,7	28,3
Estland	1,4	2,6	5,8	4,75	2,8	0,7	5,4
Lettland	2,9	- 1,8	15,6	5,07	4,0	- 2,2	16,0
Litauen	- 1,1	- 1,7	21,9	4,81	1,0	- 2,8	22,8
Malta	1,3	- 9,7	72,0	4,71	1,8	- 5,9	73,9
Zypern	4,0	- 6,3	72,2	4,75	2,2	- 4,6	74,6
Bulgarien	2,3	- 0,1	46,2	4,9	6,0	- 0,7	44,4
Rumänien	15,3	- 2,0	21,8	20,0	12,0	- 3,0	23,5
Türkei	25,3	- 8,8	87,4	24,0	13,5	- 7,1	83,4
Referenzwert¹	2,7	- 3,0	60,0	6,1	2,5	- 3,0	60,0
Grün=Überschreitung des Referenzwertes ¹ Inflation: Durchschnitt der drei preisstabilsten EU-Länder + 1,5 %-Punkte, Zinsen: Durchschnitt der drei preisstabilsten EU-Mitgliedstaaten + 2,0 %-Punkte Quelle: EU-Frühjahrsprognose vom 7. April 2004, Zinsen: Eurostat; BUL, RUM, TÜR: aktuelle Entwicklung							

lücke in Polen und in der Slowakei jedoch weiter ausdehnen.

Die Kandidatenländer Rumänien und Bulgarien weisen angesichts strenger IWF-Auflagen für eine restriktive Fiskalpolitik keine gravierenden Haushaltsdefizite auf.

Die öffentliche Verschuldung liegt mit Ausnahme von Malta, Zypern und der Türkei

unter dem Referenzwert von 60 % des BIP, in einigen Beitrittsländern, darunter Tschechien, zeichnet sich jedoch ein schneller Anstieg ab.

Die Erfüllung aller Konvergenzkriterien als Voraussetzung für die Einführung des Euro wird in den meisten Ländern letztlich erst mittelfristig erreicht werden können.

Die aktualisierten Stabilitäts- und Konvergenzprogramme der EU-Mitgliedstaaten 2003

1	Haushaltspolitische Überwachung	73
2	Schwaches Wachstum 2003	73
3	Zunahme der gesamtsstaatlichen Defizite	74
4	Anstieg der Schuldenstandsquote	75
5	Unterschiedliche Konsolidierungsstrategien	76
6	Ausblick	77

1 Haushaltspolitische Überwachung

Mit der 3. Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) sind die Geld- und Wechselkurspolitik aus der nationalen in die gemeinschaftliche Verantwortung übergegangen. Um realwirtschaftliche Verwerfungen innerhalb der Eurozone zu vermeiden und die Stabilität der gemeinsamen Währung zu sichern, sieht der EG-Vertrag eine verstärkte haushaltspolitische Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten der EU vor. Dazu gehört die jährliche Aktualisierung der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme. Nach der EG-VO 1466/97 erstellen die Mitgliedstaaten der WWU Stabilitätsprogramme, die nicht an der Währungsunion teilnehmenden Mitgliedstaaten legen Konvergenzprogramme vor. In den Programmen müssen die Mitgliedstaaten im Hinblick auf das vereinbarte mittelfristige Ziel eines nahezu ausgeglichenen oder eines Überschuss aufweisenden Haushalts („close-to-balance or in surplus“) u. a. Informationen zur Entwicklung des Haushaltssaldos bzw. der Staatsverschuldung, zu den makroökonomischen Annahmen ihrer Haushaltsplanungen und zu den wichtigsten finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen liefern.

Nach dem 2001 vereinbarten Kodex für die Programme („code of conduct“) müssen die jährli-

chen Aktualisierungen bis spätestens zum 1. Dezember an die Europäische Kommission (KOM) bzw. den Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) übermittelt werden.¹ Gemäß den Vorgaben des Kodex umfasst der Berichtszeitraum der in 2003 aktualisierten Programme die Jahre 2002 bis 2007. Die KOM hat die Programme im Hinblick auf die inhaltlichen und formalen Vorgaben analysiert und ihre Beurteilung dem ECOFIN-Rat zugeleitet und veröffentlicht. Der ECOFIN-Rat hat im Januar, Februar und März 2004 die Programme erörtert und die entsprechenden Stellungnahmen verabschiedet.

2 Schwaches Wachstum

Nach vorläufigen Berechnungen von Eurostat war das BIP-Wachstum 2003 mit durchschnittlich 0,4 % für die Eurozone und 0,7 % für EU-15 insgesamt schwach. Dies bestätigt auch die Frühjahrsprognose der KOM. Damit haben sich die Wachstumserwartungen aus den Programmen nicht ganz erfüllt (0,6 % für die Eurozone / 0,9 % EU-15).

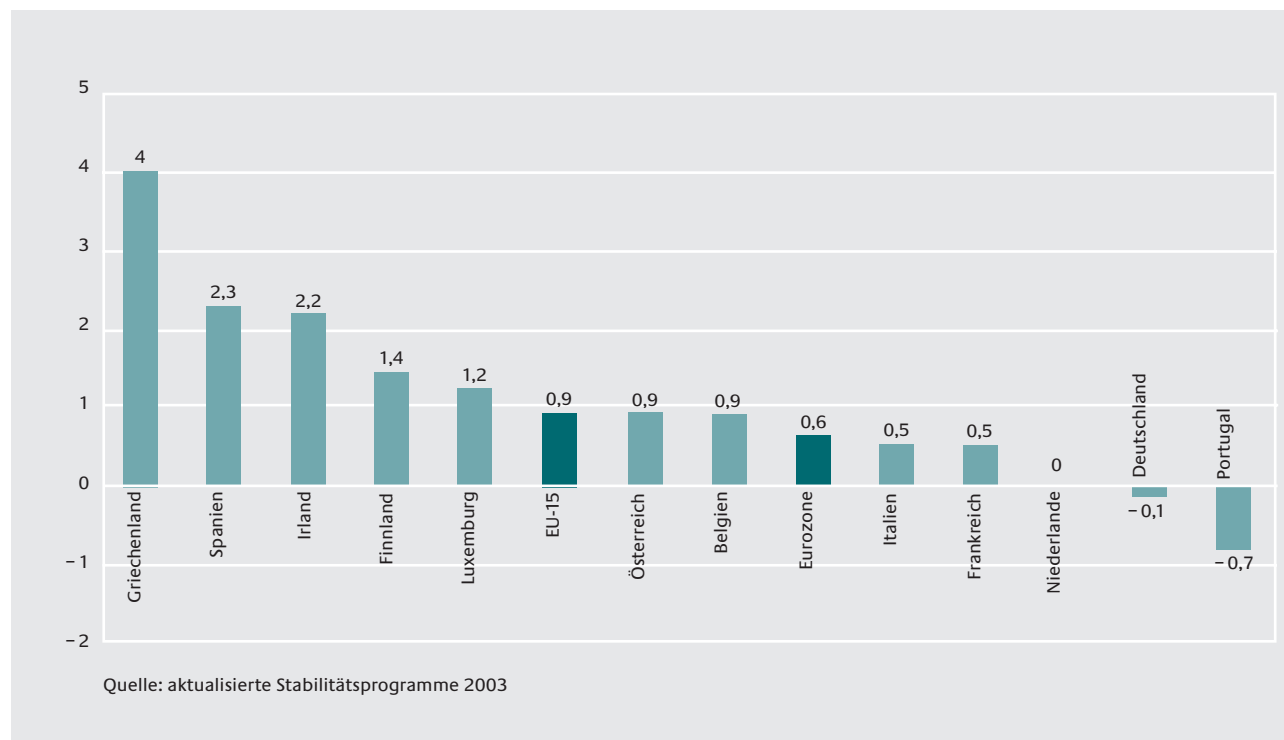
Die nachlassende wirtschaftliche Aktivität hat in den öffentlichen Haushalten der Mitgliedstaaten deutliche Spuren hinterlassen.

Zwischen den Mitgliedstaaten bestehen weiterhin nicht unerhebliche Wachstumsdifferenzen. So verzeichnen die Mitgliedstaaten außerhalb der Eurozone eine durchweg bessere Wachstumsentwicklung. Mit 1,4 % wird in den Programmen Dänemarks und Schwedens das Wachstum mehr als doppelt so hoch angesetzt wie in der Eurozone.

In allen Programmen wird mit einer deutlichen Beschleunigung des Wachstums in 2004 gerechnet. Danach soll das durchschnittliche Wachstum der EU-15 von real 0,9 % des BIP in 2003 auf 2,2 % des BIP in 2004 und 2,6 % des BIP in den Folgejahren steigen. Insgesamt stimmen

¹ Die aktualisierten Programme 2003 können über die in der Übersicht am Ende des Artikels aufgeführten Links zu den Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen direkt eingesehen werden (s. Seite 78/79).

Abbildung 1: BIP-Wachstum 2003 ggü. dem Jahr 2002 in %



die Wachstumsprognosen der Programme weitgehend mit der KOM-Herbstschätzung überein. Die Kommission hat dieses Wachstumsszenario in ihrer Frühjahrsprojektion weitgehend bestätigt.

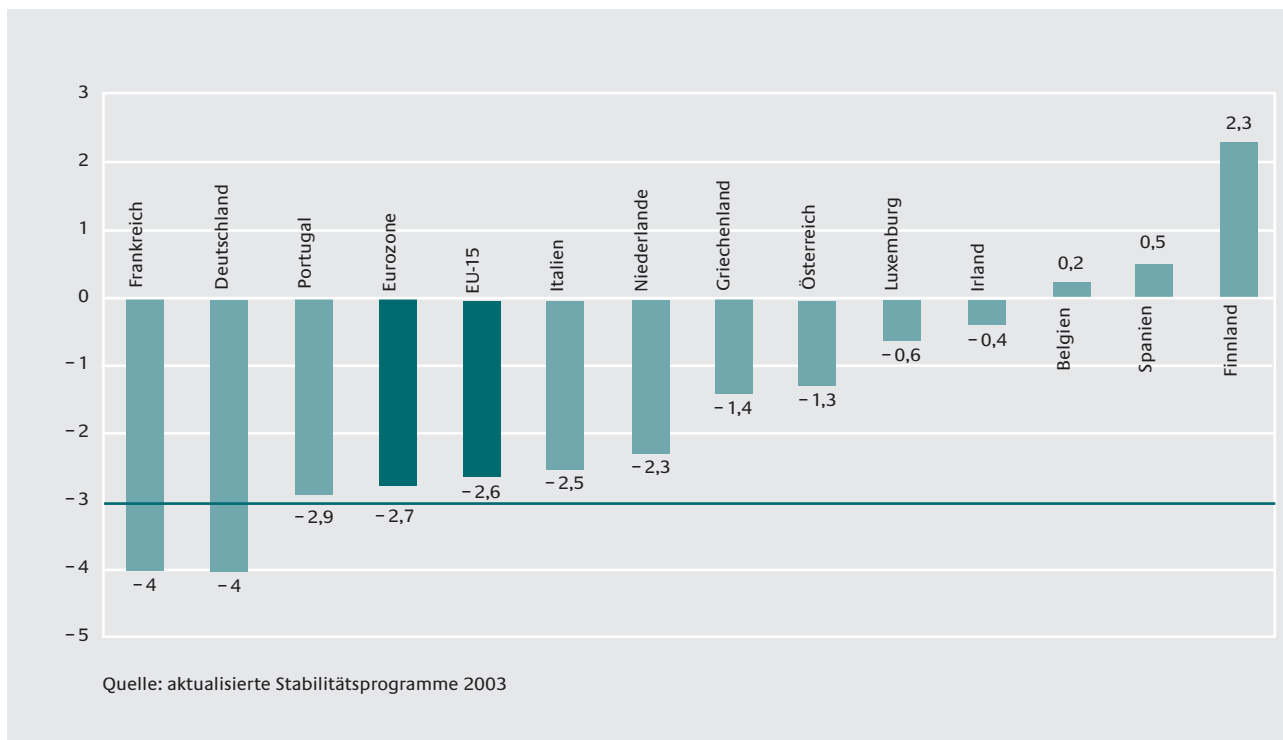
3 Zunahme der gesamstaatlichen Defizite

Die finanzpolitische Situation hat sich im Jahr 2003 weiter verschlechtert. Nahezu alle Mitgliedstaaten mussten in ihren Programmen Revisionen vornehmen. Für das Jahr 2003 weisen die Stabilitäts- und Konvergenzprogramme für den EU-15-Raum ein durchschnittliches gesamstaatliches Defizit von -2,6 % des BIP aus. (vgl. Abb. 2). Gegenüber den Vorjahresprogrammen ist dies eine Ausweitung von 0,5 % des BIP (vgl. Abb. 3). Für das Jahr 2004 weisen die Programme einen Rückgang auf -2,2 % des BIP aus. Für beide Jahre sind die Haushaltsprojektionen der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme optimistischer als die aktuelle Prognose der KOM.

Trotz des Wachstumsrückgangs weisen fünf Mitgliedstaaten weiterhin einen Haushaltsüberschuss (Belgien, Dänemark, Finnland, Schweden, Spanien) und zwei Mitgliedstaaten (Irland und Luxemburg) einen nahezu ausgeglichenen Staatshaushalt auf. Die Position eines ausgeglichenen Haushaltes hat im vergangenen Jahr ein weiterer Mitgliedstaat (Österreich) verlassen. 2002 hatten noch acht Mitgliedstaaten eine ausgeglichene bzw. nahezu ausgeglichene Haushaltsposition. Im Jahr 2000 hatten neun Mitgliedstaaten einen ausgeglichenen Haushalt. Ein übermäßiges Defizit nach Art. 104 Abs. 6 EG-Vertrag stellte der Rat am 21. Januar 2003 bei Deutschland und am 3. Juni 2003 bei Frankreich fest (vgl. Abb.2).

Alle Mitgliedstaaten weisen in ihren Programmen deutliche Anstrengungen zur Verbesserung ihrer Haushaltssalden aus. Die großen Mitgliedstaaten (Deutschland, Frankreich, Italien) streben eine Rückführung von rd. 2½ Prozentpunkten über den Programmzeitraum hinweg an. Das „close-to-

Abbildung 2: Finanzierungssaldo 2003 in % des BIP

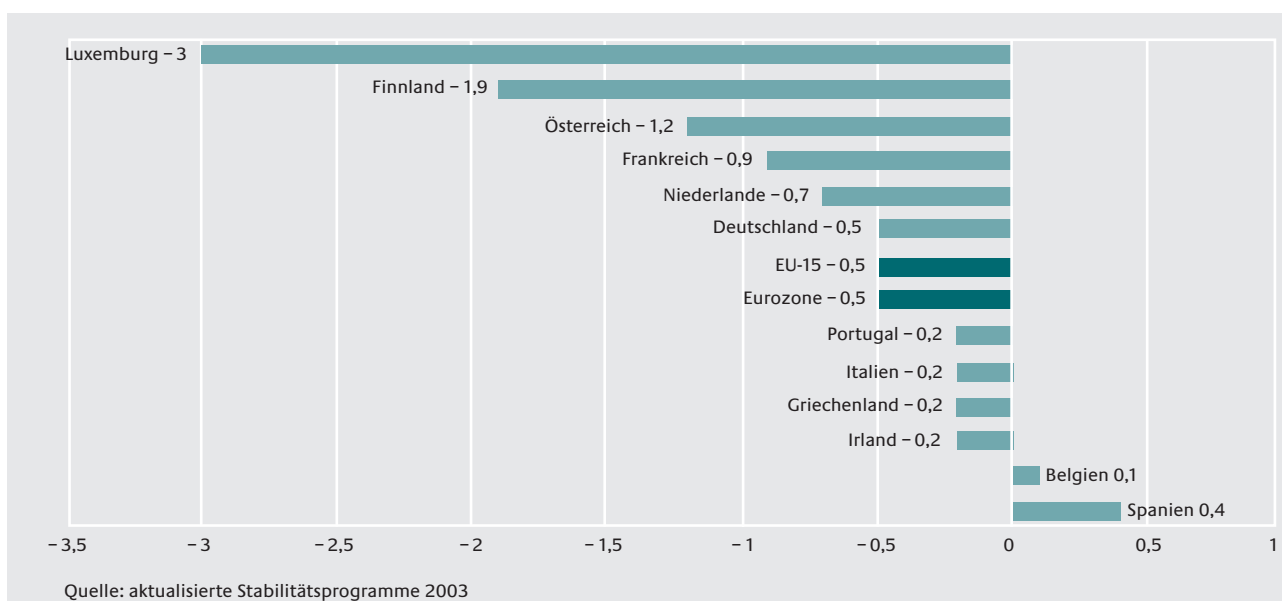


balance“-Ziel soll aggregiert für die Eurozone nach den vorliegenden Programmen nun aufgrund der Wachstumsabschwächung erst 2007 erreicht werden. Dies wäre zwei Jahre später als in den Vorjahresprogrammen anvisiert. Die Programme weisen eine durchschnittliche Verbesserung der strukturellen Defizite um 0,4 % jährlich aus.

4 Anstieg der Schuldenstandsquote

Die Schuldenstandsquote des EU-15-Raums ist 2003 auf 63,8 % des BIP angestiegen, nachdem sie seit 1999 kontinuierlich gesunken war. Für 2004 wird eine unveränderte Staatsschuldenquote erwartet. Bis zum Ende des Programmzeitraums

Abbildung 3: Differenz des Finanzierungssaldos (2002 zu 2003)



planen die Mitgliedstaaten eine Rückführung der Schuldenstandsquote auf dann 61,9 % des BIP.

Für das Jahr 2003 weisen Belgien, Italien und Griechenland immer noch einen Schuldenstand von über 100 % des BIP aus. Mit 106 % des BIP in 2003 hatte Italien die höchste Schuldenstandsquote in der EU. Belgien und Griechenland planen, im Jahr 2004 ihre Verschuldung unter die 100%-Grenze zu bringen. Sechs Mitgliedstaaten erwarten auch noch am Ende des Programmzeitraums eine Schuldenstandsquote von über 60 % des BIP (Belgien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Österreich). Andererseits weisen die Programme von sechs Mitgliedstaaten 2005 einen Schuldenstand unter 50 % aus (Dänemark, Irland, Luxemburg, Finnland, Spanien, Großbritannien).

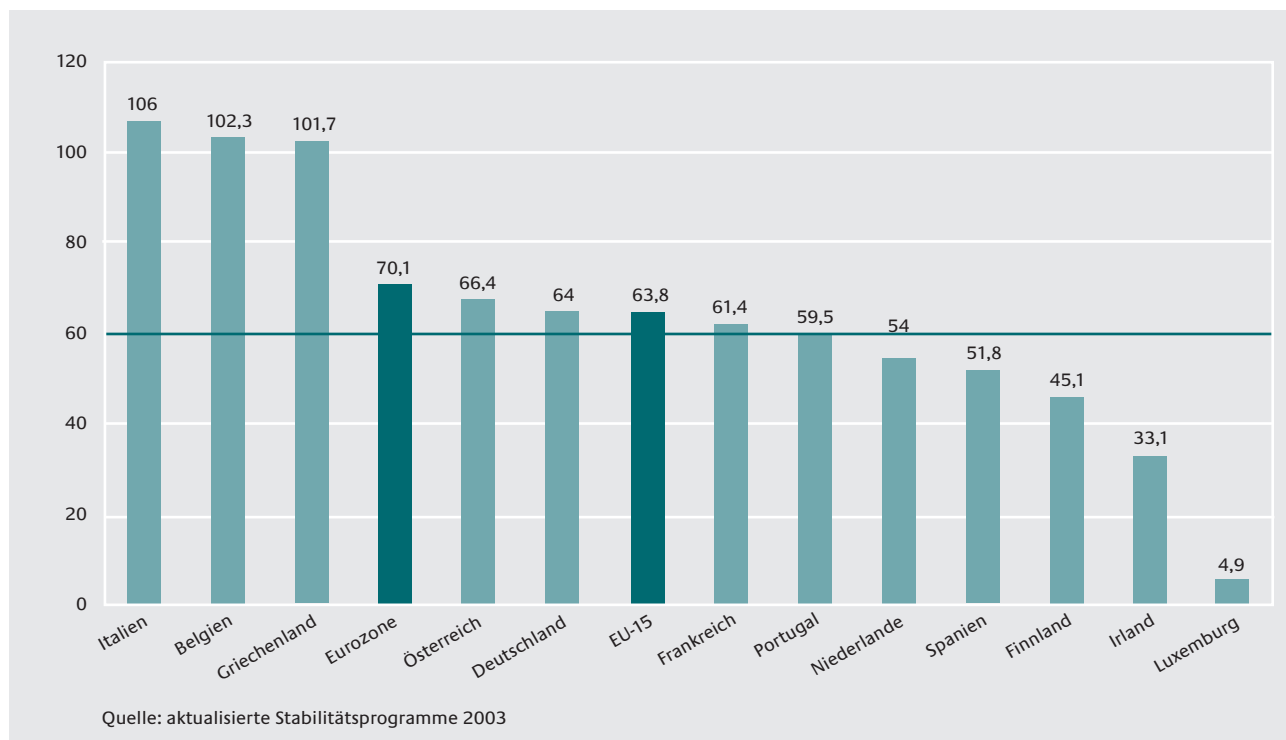
5 Unterschiedliche Konsolidierungsstrategien

Die Programme dokumentieren verschiedene strukturelle Veränderungen sowohl auf der Einnahme- als auch auf der Ausgabenseite der Haus-

halte der Mitgliedstaaten. Die Einnahmequote soll über den Programmzeitraum (2003–2006) hinweg in der EU-15 um insgesamt 0,4 Prozentpunkte sinken. In einigen kleineren Mitgliedstaaten (Finnland, Niederlande, Luxemburg, Österreich) sind größere Steuersenkungen vorgesehen. Insgesamt bleibt die Steuerquote im Programmzeitraum mit rund 27 % des BIP aber konstant. Dagegen soll aber die Abgabenbelastung durch Sozialbeiträge in der Eurozone um insgesamt 0,5 % auf dann 14,9 % des BIP (2006) zurückgeführt werden.

Ungleich größere Veränderungen ergeben sich auf der Ausgabenseite. Insgesamt sollen die Staatsausgaben in der EU-15 im Programmzeitraum um 1,1 % des BIP zurückgeführt werden. Für die Eurozonenländer errechnet sich mit 2,1 % des BIP ein deutlich höherer Wert. Die Konsolidierungsstrategien in den Mitgliedstaaten mit hohen Defiziten weisen große Unterschiede auf, sie verlaufen jedoch überwiegend auf der Ausgabenseite. Nach Ausgabenarten ergeben sich bei den Sozialausgaben insgesamt die größten Einschnitte.

Abbildung 4: Bruttostaatsschulden 2003 in % des BIP



Entsprechend dem „Code of Conduct“ enthalten die Stabilitäts- und Konvergenzprogramme langfristige Modellrechnungen zur Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen. Stellt man alle Vorbehalte hinsichtlich der Aussagefähigkeit solcher Langfristberechnung hinten an, so zeigt sich, dass nach Auffassung der KOM bei gut einem Drittel der Mitgliedstaaten die Nachhaltigkeit der öffentlichen Haushalte aus heutiger Sicht nicht gewährleistet ist.

6 Ausblick

Mit dem Beitritt werden auch die neuen Mitgliedstaaten in die wirtschaftspolitische Koordination und haushaltspolitische Überwachung einbezogen. Die Programme der Beitrittsländer

müssen bis zum 15. Mai 2004 vorliegen und sollen vom ECOFIN-Rat noch im Sommer behandelt werden.

Nach der aktuellen Frühjahrsprojektion vom 7. April 2004 der EU-Kommission erwartet die Kommission insgesamt keine Verbesserung bei den öffentlichen Finanzen in 2004 (s. Tabelle 12, Seite 119 ff.). Gegenüber den Niederlanden hat die Kommission angekündigt, ein Defizitverfahren einzuleiten. Bei Griechenland steht diese Entscheidung noch aus, ein Defizitverfahren ist möglich. Die Kommission macht dies von den Ergebnissen einer erneuten Überprüfung der griechischen Haushaltszahlen abhängig. Bei Italien entscheidet der Rat im Juli über eine Frühwarnung. Portugal wurde aus dem Defizitverfahren entlassen.

Stabilitäts- und Konvergenzprogramme 2003

Länder	BIP-Wachstum in % ggü. Vorjahr						Finanzierungssaldo in % des BIP						Struktureller Finanzierungssaldo in %					
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Dänemark www.fm.dk																		
Programm 2003	2,1	1,4	2,3	2,2	1,9	1,7	1,6	1,2	1,3	1,8	1,9	2,1	1,6	2,0	1,7	1,8	1,9	2,1
KOM-Prognose	2,1	0,8	2,0	2,3			1,9	0,9	1,3	1,9			1,1	1,0	1,4	1,9		
Finnland www.vn.fi/vm																		
Programm 2003	2,2	1,4	2,7	2,5	2,4	2,4	4,2	2,3	1,7	2,1	2,1	2,2	4,3	3,0	2,4	2,4	2,3	2,2
KOM-Prognose	2,2	1,5	2,5	2,7			4,2	2,4	1,7	1,9			3,8	2,8	2,1	2,0		
Österreich www.bmf.gv.at																		
Programm 2003	1,4	0,9	1,9	2,5	2,5	2,4	-0,1	-1,3	-0,7	-1,5	-1,1	-0,4	-0,2	-1,0	-0,7	-1,3	-1,1	-0,5
KOM-Prognose	1,4	0,9	1,9	2,5			-0,2	-1,0	-0,6	-0,2			-0,2	-0,7	-0,3	-0,1		
Schweden www.finans.regeringen.se																		
Programm 2003	1,9	1,4	2,0	2,6	2,5		1,1	0,2	0,4	1,2	1,6		0,6	1,2	1,3	1,8	2,0	
KOM-Prognose	1,9	1,4	2,2	2,6			1,3	0,2	0,5	1,0			0,8	0,4	0,9	1,5		
Deutschland www.bundesfinanzministerium.de																		
Programm 2003	0,2	-0,1	1 1/2	2 1/4	2 1/4	2 1/4	-3,5	-4,0	-3 1/4	-2 1/2	-2,0	-1 1/2	-3,3	-3,1	-2 1/2	-2	-1 1/2	-1
KOM-Prognose	0,2	0,0	1,6	1,8			-3,5	-4,2	-3,9	-3,4			-3,4	-3,5	-3,3	-3,0		
Belgien www.treasury.fgov.be																		
Programm 2003	0,7	0,9	1,8	2,8	2,5	2,1	0,1	0,2	0,0	0,0	0,0	0,3	0,1	0,8	0,6	0,1	-0,1	0,2
KOM-Prognose	0,7	0,8	1,8	2,3			0,1	0,2	-0,4	-0,4			0,0	0,8	0,1	-0,2		
Spanien www.mineco.es																		
Programm 2003	2,0	2,3	3,0	3,0	3,0	3,0	0,1	0,5	0,0	0,1	0,2	0,3						
KOM-Prognose	2,0	2,3	2,9	3,3			0,1	0,0	0,1	0,2			-0,2	0,1	0,3	0,3		
Griechenland www.mnec.gr																		
Programm 2003	3,8	4,0	4,2	4,0	3,8		-1,2	-1,4	-1,2	-0,5	0,0			-2,0	-1,8	-1,1	-0,5	
KOM-Prognose	3,8	4,1	4,2	3,4			-1,2	-1,7	-2,4	-2,3			-1,5	-2,2	-3,1	-3,2		
Luxemburg www.etat.lu/FI																		
Programm 2003	1,3	1,2	2,0	3,0	3,8		2,4	-0,6	-1,8	-2,3	-1,5		5,4	2,4	1,0	0,6	1,2	
KOM-Prognose	1,3	1,2	1,9	2,8			2,4	-0,6	-2,1	-2,5								
Irland www.budget.gov.ie																		
Programm 2003	6,9	2,2	3,3	4,7	5,2		-0,2	-0,4	-1,1	-1,4	-1,1		-2,3	-0,8	-0,5	-0,4	-0,1	
KOM-Prognose	6,9	1,6	3,7	4,9			-0,2	-0,9	-1,2	-1,1			-1,9	-1,0	-0,6	-0,2		
Italien www.dgt.tesoro.it																		
Programm 2003	0,4	0,5	1,9	2,2	2,6	2,6	-2,3	-2,5	-2,2	-1,5	-0,7		-2,2	-1,9	-1,6	-1,1	-0,5	
KOM-Prognose	0,4	0,3	1,5	1,9			-2,3	-2,6	-2,8	-3,5			-2,3	-2,1	-2,3	-3,2		
Portugal www.dgep.pt																		
Programm 2003	0,4	-0,7	1,0	2,5	2,8	3,0		-2,9	-2,8	-2,2	-1,6	-1,1		-1,7	-1,1	-0,6	-0,1	0,4
KOM-Prognose	0,4	-0,8	1,0	2,0			-2,7	-2,9	-3,3	-3,9			-2,7	-2,0	-2,1	-2,6		
Frankreich www.finance.gouv.fr																		
Programm 2003		0,5	1,7	2,5	2,5	2,5		-4,0	-3,6	-2,9	-2,2	-1,5		-2,8	-2,0	-1,4	-0,8	-0,2
KOM-Prognose	1,2	0,1	1,7	2,3			-3,1	-4,2	-3,8	-3,6			-3,7	-3,9	-3,3	-3,2		
Niederlande www.minfin.nl																		
Programm 2003	0,2	0,0	1,0	2 1/2	2 1/2	2 1/2	-1,6	-2,3	-2,3	-1,6	-0,9	-0,6	-1,8	-1,3	-0,7	-0,5	-0,3	-0,5
KOM-Prognose	0,2	-0,9	0,6	2,0			-1,6	-2,6	-2,7	-2,4			-2,1	-1,3	-0,7	-0,6		
Großbritannien www.hm-treasury.gov.uk																		
Programm 2003	1,8	2,0	3,3	3,3	2,8		-2,1	-3,3	-2,6	-2,4	-2,1	-2,0	-1,5	-2,4	-2,0	-2,2	-2,1	-2,0
KOM-Prognose	1,7	2,0	2,8	2,9			-1,5	-2,8	-2,7	-2,4			-1,4	-2,4	-2,3	-2,1		
EU 15																		
KOM-Prognose	1,1	0,8	2,0	2,4			-1,9	-2,7	-2,6	-2,4			-2,1	-2,2	-2,0	-2,0		
Eurozone																		
KOM-Prognose	1,2	0,1	1,7	2,3			-2,2	-2,8	-2,7	-2,7			-3,7	-3,9	-3,3	-3,2		

Stabilitäts- und Konvergenzprogramme 2003

Länder	Primärsaldo in % des BIP						Bruttostaatsschulden in % des BIP						Verbraucherpreise in % ggü. dem Vorjahr					
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Dänemark www.fm.dk																		
Programm 2003	2,9	2,3	2,3	2,7	2,6	2,3	45,5	42,7	41,2	38,7	36,4	27,5	2,4	2,3	1,8	1,7	1,7	1,7
KOM-Prognose	5,4	4,2	4,3	4,7			45,5	42,9	41,0	37,9			2,4	2,3	1,8	1,9		
Finnland www.vn.fi/vm																		
Programm 2003	4,4	2,4	1,6	1,8	1,8	1,8	42,7	45,1	44,7	44,9	45,0	44,6	1,6	1,0	0,7	1,3	1,8	1,8
KOM-Prognose	6,4	4,6	3,7	3,7			42,7	44,6	44,5	44,3			2,0	1,4	1,0	1,7		
Österreich www.bmf.gv.at																		
Programm 2003	3,5	2,4	2,8	1,9	2,2	2,8	66,7	66,4	65,8	64,1	62,3	59,9	1,7	1,3	1,2	1,5	1,7	1,8
KOM-Prognose	3,2	2,4	2,7	3,1			66,7	66,4	65,2	63,2			1,7	1,3	1,6	1,5		
Schweden www.finans.regeringen.se																		
Programm 2003	2,1	0,6	0,9	1,7	2,1		52,7	51,7	51,5	50,0	48,3		1,7	1,8	1,7			
KOM-Prognose	4,2	2,8	3,1	3,6			52,7	51,7	51,4	50,0			2,0	2,3	1,4	1,7		
Deutschland www.bundesfinanzministerium.de																		
Programm 2003	-0,4	-0,9	-1/4	1/2	1	1 1/2	60,8	64,0	65,0	65 1/2	65 1/2	65,0	0,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
KOM-Prognose	-0,4	-1,1	-0,7	-0,2			60,8	63,8	65,0	65,8			1,3	1,1	1,6	1,3		
Belgien www.treasury.fgov.be																		
Programm 2003	6,1	5,6	5,1	4,8	4,7	4,8	106,1	102,3	97,6	93,6	90,1		1,6	1,6	1,4	1,4	1,4	1,4
KOM-Prognose	6,1	5,8	4,6	4,2			106,1	103,5	101,0	97,8			1,6	1,5	1,6	1,9		
Spanien www.mineco.es																		
Programm 2003	2,8	3,0	2,6	2,5	2,6	2,6	54,5	51,8	49,6	47,7	45,7	43,8	4,0	2,8				
KOM-Prognose	2,8	2,6	2,5	2,5			53,8	51,3	48,8	46,3			3,6	3,1	2,8	2,6		
Griechenland www.mnec.gr																		
Programm 2003		4,7	4,7	5,1	5,3		104,7	101,7	98,5	94,6	90,5		3,6	3,5	3,0	2,8	2,6	
KOM-Prognose	4,9	4,3	3,3	3,1			104,7	100,6	97,1	95,0			3,9	3,6	3,7	3,4		
Luxemburg www.etat.lu/FI																		
Programm 2003	2,7	-0,4	-1,6	-2,2	-1,3		5,7	4,9	5,2	5,0	4,4		2,1	2,5	1,5	1,3	1,2	
KOM-Prognose	2,7	-0,4	-2,0	-2,4			5,7	4,9	4,7	4,1			2,1	2,2	2,0	1,7		
Irland www.budget.gov.ie																		
Programm 2003	1,2	1,0	0,3	0,1	0,3		32,4	33,1	33,3	33,5	33,3		4,6	3,5	2,3	2,0	2,0	
KOM-Prognose	1,2	0,7	0,3	0,4			32,4	33,5	33,8	33,8			4,7	4,1	3,0	2,7		
Italien www.dgt.tesoro.it																		
Programm 2003	3,4	2,8	2,9	3,5	4,4	5,1	106,7	106,0	105,0	103,0	100,9		2,4	2,6	1,7	1,5	1,4	
KOM-Prognose	3,4	2,7	2,2	1,6			106,7	106,4	106,1	106,1			2,6	2,8	2,3	1,9		
Portugal www.dgep.pt																		
Programm 2003	0,3	-0,1	0,1	0,9	1,5	2,0		59,5	60,0	59,7	58,6	57,0	3,7	3,3	2,0	2,0	2,0	2,0
KOM-Prognose	0,3	0,0	-0,6	-1,0			58,1	57,5	58,6	60,0			3,7	3,4	2,6	2,5		
Frankreich www.finance.gouv.fr																		
Programm 2003	0,1	-0,9	-0,6	0,1	0,9	1,6	59,0	61,4	62,8	63,2	62,8	61,8				1,5	1,5	1,5
KOM-Prognose	0,1	-0,9	-0,6	-0,4			59,0	62,6	64,3	65,6			1,9	2,1	1,8	1,5		
Niederlande www.minfin.nl																		
Programm 2003	1,7	0,6	0,6	1,2	1,8	2,1	52,4	54,0	54,5	53,7	53,0	52,2	3,9	2 1/4	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2
KOM-Prognose	1,5	0,4	0,0	0,2			52,4	54,6	55,5	55,5			3,9	2,4	1,3	0,9		
Großbritannien www.hm-treasury.gov.uk																		
Programm 2003	-1,1	-2,3	-1,5	-1,4			37,9	39,3	40,2	40,8	41,1	41,4	1,5	1,5	1,8	2,0	2,0	
KOM-Prognose	0,5	-0,7	-0,7	-0,4			38,5	39,6	40,5	41,0			1,3	1,4	1,5	1,6		
EU 15																		
KOM-Prognose	1,4	0,6	0,5	0,7			62,5	64,1	64,4	64,4			2,1	2,0	1,9	1,7		
Eurozone																		
KOM-Prognose	0,1	-0,9	-0,6	-0,4			59,0	62,6	64,3	65,6			1,9	2,1	1,8	1,5		



Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	84
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	104
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	108

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1	Kreditmarktmittel nach Eingliederung der Sondervermögen	84
2	Gewährleistungen	85
3	Bundeshaushalt 1999 bis 2004	85
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 1999 bis 2004	86
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Soll 2004	88
6	Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1998 bis 2004	92
7	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2004	94
8	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	96
9	Entwicklung der öffentlichen Schulden	97
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	98
11	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	99
12	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	100
13	Steuerquote im internationalen Vergleich	101
14	Abgabenquote im internationalen Vergleich	102
15	Entwicklung der EU-Haushalte von 1999 bis 2004	103

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1	Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2004 im Vergleich zum Jahressoll 2004	104
2	Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2004	104
3	Die Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage des Bundes und der Länder Ende des Monats März 2004	105
4	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder Ende des Monats März 2004	106

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	108
2	Preisentwicklung	108
3	Außenwirtschaft	109
4	Einkommensverteilung	109
5	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	110
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	111
7	Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich	112
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern	113
9	Entwicklung von DAX und Dow Jones	114
10	Übersicht Weltfinanzmärkte	115
11	Vergleich der jüngsten Vorausschätzungen	116
12	Vergleich der jüngsten Vorausschätzungen	119

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1 Kreditmarktmittel nach Eingliederung der Sondervermögen¹

I. Schuldenart

	Stand: 31. März 2004 Mio. €	Zunahme Mio. €	Abnahme Mio. €	Stand: 30. April 2004* Mio. €
Anleihen	460 300	0	0	460 300
Bundessobligationen	151 815	0	0	151 815
Bundesschatzbriefe	11 244	103	563	10 784
Bundesschatzanweisungen	89 390	7 000	0	96 390
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35 842	5 941	5 936	35 847
Finanzierungsschätze	1 178	56	106	1 127
Schuldscheindarlehen	38 307	855	1 361	37 800
Medium Term Notes Treuhand	342	0	0	342
Gesamte umlaufende Schuld	788 418			794 406

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 31. März 2004 Mio. €	Stand: 30. April 2004* Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	143 196	143 346
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	255 046	274 135
langfristig (mehr als 4 Jahre)	390 176	376 925
Gesamte umlaufende Schuld	788 418	794 406

* Vorläufig.

¹ Unter Berücksichtigung des Gesetzes zur Eingliederung der Schulden der Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Ausgleichsfonds Steinkohle und Bundeseisenbahnvermögen in die Bundesschuld vom 21. Juni 1999.

2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2004 in Mrd. €	Ausnutzung am 31. März 2004 in Mrd. €	Ausnutzung am 31. März 2003 in Mrd. €
Ausfuhr	117,0	103,1	103,0
Internationale Finanzinstitute	46,6	40,3	40,3
Kapitalanlagen und sonstiger Außenwirtschafts- bereich einschließlich Mitfinanzierung bilateraler FZ-Vorhaben	42,0	29,1	28,2
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen (einschließlich Ernährungsbevorratung und Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen)	113,0	64,9	51,3

3 Bundeshaushalt 1999 bis 2004

Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	1999 Ist	2000 Ist	2001 Ist Mrd. €	2002 Ist	2003 Ist	2004 Soll
1. Ausgaben	246,9	244,4	243,2	249,3	256,7	257,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	5,7	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	0,2
2. Einnahmen	220,6	220,5	220,2	216,6	217,5	227,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	7,8	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	4,7
darunter:						
Steuereinnahmen	192,4	198,8	193,8	192,0	191,9	197,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	10,2	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	3,0
3. Finanzierungsdefizit	- 26,2	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 29,6
Zusammensetzung des Finanzierungsdefizits						
4. Bruttokreditaufnahme (-)	144,1	149,7	130,0	175,3	192,3	215,4
5. Tilgungen (+)	118,0	125,9	107,2	143,4	153,7	186,1
6. Nettokreditaufnahme	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 31,8	- 38,6	- 29,3
7. Münzeinnahmen	- 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,9	- 0,6	- 0,3
8. Finanzierungsdefizit in % der Ausgaben	- 26,2 10,6	- 23,9 9,8	- 22,9 9,4	- 32,7 13,1	- 39,2 15,3	- 29,6 11,5
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	28,6	28,1	27,3	24,7	25,7	24,6
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 2,0	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 4,2
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,6	3,6	3,6	3,5	3,5	3,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 1999 bis 2004

Ausgabeart	1999 Ist	2000 Ist	2001 Ist Mio. €	2002 Ist	2003 Ist	2004 Soll
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 963	26 517	26 807	26 986	27 235	27 325
Aktivitätsbezüge	20 705	20 275	20 440	20 498	20 642	20 615
Ziviler Bereich	8 387	8 196	8 414	8 469	8 506	8 799
Militärischer Bereich	12 318	12 079	12 026	12 028	12 136	11 816
Versorgung	6 258	6 242	6 367	6 488	6 593	6 711
Ziviler Bereich	2 555	2 572	2 598	2 605	2 602	2 564
Militärischer Bereich	3 703	3 670	3 770	3 883	3 991	4 147
Laufender Sachaufwand	20 432	20 822	18 503	17 058	17 192	17 536
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 655	1 641	1 619	1 643	1 604	1 547
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	7 750	7 335	7 985	8 155	7 905	8 025
Sonstiger laufender Sachaufwand	11 028	11 846	8 899	7 260	7 683	7 964
Zinsausgaben	41 087	39 149	37 627	37 063	36 875	37 655
an andere Bereiche	41 087	39 149	37 627	37 063	36 875	37 655
Sonstige	41 087	39 149	37 627	37 063	36 875	37 655
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	41 042	39 104	37 582	37 019	36 830	37 610
an Ausland	3	3	3	3	3	4
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	129 156	126 846	132 359	143 514	149 304	152 786
an Verwaltungen	16 311	16 106	13 257	14 936	15 797	13 807
Länder	5 568	5 650	5 580	6 062	6 503	5 620
Gemeinden	242	194	241	236	250	199
Sondervermögen	10 499	10 259	7 435	8 635	9 042	7 987
Zweckverbände	2	2	2	2	2	1
an andere Bereiche	112 845	110 740	119 102	128 578	133 508	138 979
Unternehmen	13 484	13 271	16 674	16 253	15 702	18 707
Renten, Unterstützungen u. Ä. an natürliche Personen	24 305	21 455	20 668	22 319	23 666	24 065
an Sozialversicherung	71 651	72 590	78 143	86 276	90 560	92 507
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	749	746	672	814	797	773
an Ausland	2 652	2 674	2 940	2 911	2 776	2 921
an Sonstige	5	4	5	5	5	5
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	217 639	213 333	215 296	224 622	230 606	235 303
Ausgaben der Kapitalrechnung¹						
Sachinvestitionen	7 110	6 732	6 905	6 746	6 696	7 129
Baumaßnahmen	5 976	5 580	5 551	5 358	5 298	5 517
Erwerb von beweglichen Sachen	819	779	882	960	894	1 036
Grunderwerb	314	373	473	427	504	576
Vermögensübertragungen	17 831	19 506	17 085	14 550	16 197	13 636
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	17 225	16 579	16 509	13 959	15 833	13 259
an Verwaltungen	10 275	10 011	9 496	6 336	7 998	6 235
Länder	10 166	9 925	9 431	6 268	5 382	6 156
Gemeinden und Gemeindeverbände	109	86	65	68	73	78
Sondervermögen	–	–	–	–	2 543	–
an andere Bereiche	6 950	6 568	7 013	7 623	7 835	7 024
Sonstige – Inland	5 074	4 729	5 370	5 819	5 867	5 040
Ausland	1 876	1 839	1 643	1 803	1 967	1 984
Sonstige Vermögensübertragungen	606	2 926	577	592	365	377
an Verwaltungen	–6	–	–	–	–	–
Länder	–6	–	–	–	–	–
an andere Bereiche	611	2 926	577	592	365	377
Unternehmen – Inland	222	101	167	44	–	–
Sonstige – Inland	186	2 542	183	351	167	167
Ausland	203	284	227	196	198	210

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 1999 bis 2004

Ausgabeart	1999 Ist	2000 Ist	2001 Ist Mio. €	2002 Ist	2003 Ist	2004 Soll
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	4 290	4 835	3 859	3 369	3 203	4 251
Darlehensgewährung	3 661	4 205	3 185	2 729	2 665	3 685
an Verwaltungen	487	197	166	154	106	63
Länder	485	195	166	154	106	63
Gemeinden	1	1	0	–	–	–
an andere Bereiche	3 174	4 008	3 019	2 574	2 559	3 622
Sonstige Inland (auch Gewährleistungen)	1 981	2 998	1 841	1 543	1 603	2 640
Ausland	1 194	1 010	1 178	1 031	956	983
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	629	630	674	640	538	565
Inland	1	19	24	53	15	3
Ausland	628	611	651	587	523	562
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung¹	29 231	31 072	27 850	24 664	26 097	25 016
Globale Mehr-/Minderausgaben	–	–	–	–	–	– 3 019
Ausgaben zusammen	246 869	244 405	243 145	249 286	256 703	257 300
¹ Darunter: Investive Ausgaben	28 625	28 146	27 273	24 073	25 732	24 639

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Soll 2004

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
0 Allgemeine Dienste	48 433	44 281	24 739	13 595	–	5 947
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	8 289	7 996	3 975	1 426	–	2 595
02 Auswärtige Angelegenheiten	5 696	2 753	466	129	–	2 159
03 Verteidigung	28 121	27 762	15 963	10 991	–	808
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 705	2 394	1 726	645	–	23
05 Rechtsschutz	315	301	223	68	–	10
06 Finanzverwaltung	3 308	3 075	2 386	336	–	352
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	11 887	8 285	448	644	–	7 193
13 Hochschulen	1 880	953	7	5	–	941
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 356	1 356	–	–	–	1 356
15 Sonstiges Bildungswesen	496	432	8	66	–	357
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	6 790	5 261	432	566	–	4 263
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	1 366	283	1	7	–	276
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	122 583	121 474	193	317	–	120 963
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	88 689	88 689	36	0	–	88 653
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	5 625	5 396	–	–	–	5 396
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	4 332	4 110	–	231	–	3 879
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	22 551	22 413	43	17	–	22 353
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	107	107	–	–	–	107
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 278	758	115	69	–	574
3 Gesundheit und Sport	917	673	222	238	–	214
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	365	341	120	142	–	80
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus 31	365	341	120	142	–	80
32 Sport	118	88	–	5	–	82
33 Umwelt- und Naturschutz	210	143	65	39	–	39
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	223	102	36	52	–	13
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 025	1 039	2	4	–	1 033
41 Wohnungswesen	1 453	997	–	2	–	995
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	2	2	–	2	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	49	41	2	–	–	38
44 Städtebauförderung	521	–	–	–	–	–
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 099	580	25	126	–	429
52 Verbesserung der Agrarstruktur	766	289	–	2	–	287
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	134	134	–	55	–	79
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	134	134	–	55	–	79
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	198	157	25	69	–	63
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	6 373	3 434	48	398	–	2 988
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	371	347	–	239	–	108
621 Kernenergie	105	105	–	–	–	105
622 Erneuerbare Energieformen	–	–	–	–	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	266	241	–	239	–	3
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	2 426	2 398	–	6	–	2 392
64 Handel	103	103	–	67	–	36
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	1 162	277	–	0	–	276
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	2 311	309	48	86	–	176

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Soll 2004

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehen, Beteiligungs- werbung	Ausgaben der Kapital- rechnung	Darunter: Investive Ausgaben	Globale Minder- ausgaben
0 Allgemeine Dienste	1 159	1 449	1 545	4 153	4 109	–
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	292	1	0	293	293	–
02 Auswärtige Angelegenheiten	62	1 336	1 545	2 943	2 940	–
03 Verteidigung	248	111	–	359	318	–
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	311	–	0	311	311	–
05 Rechtsschutz	13	–	–	13	13	–
06 Finanzverwaltung	232	1	0	233	233	–
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	119	3 482	–	3 602	3 601	–
13 Hochschulen	1	925	–	927	927	–
14 Förderung von Schülern, Studenten	–	–	–	–	–	–
15 Sonstiges Bildungswesen	0	64	–	64	64	–
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	117	1 411	–	1 529	1 528	–
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	1 082	–	1 083	1 083	–
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	14	1 093	3	1 109	779	–
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	–	–	–	–	–	–
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	–	229	–	229	229	–
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3	218	2	222	12	–
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	3	134	1	138	18	–
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	–	–	–	–	–	–
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	7	513	0	520	520	–
3 Gesundheit und Sport	162	82	–	244	242	–
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	15	9	–	24	24	–
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus 31	15	9	–	24	24	–
32 Sport	–	31	–	31	31	–
33 Umwelt- und Naturschutz	32	35	–	67	66	–
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	115	7	–	122	122	–
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	–	920	66	986	986	–
41 Wohnungswesen	–	391	66	457	457	–
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	–	–	–	–	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	–	8	–	8	8	–
44 Städtebauförderung	–	521	–	521	521	–
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	6	510	2	518	518	–
52 Verbesserung der Agrarstruktur	–	477	–	477	477	–
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	–	–	–	–	–	–
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	–	–	–	–	–	–
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	6	33	2	41	41	–
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	1	938	2 000	2 939	2 939	–
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	–	25	–	25	25	–
621 Kernenergie	–	–	–	–	–	–
622 Erneuerbare Energieformen	–	–	–	–	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	–	25	–	25	25	–
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	–	28	–	28	28	–
64 Handel	–	–	–	–	–	–
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	–	885	–	885	885	–
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	–	2 000	2 001	2 001	–

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Soll 2004

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	10 836	3 491	1 041	1 804	–	645
72 Straßen	7 213	921	–	793	–	128
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 342	716	459	206	–	51
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personen- nahverkehr	336	1	–	–	–	1
75 Luftfahrt	159	159	44	9	–	106
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 785	1 695	539	797	–	360
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sonder- vermögen	15 437	11 316	27	170	–	11 119
81 Wirtschaftsunternehmen	9 534	5 481	27	34	–	5 419
832 Eisenbahnen	4 020	92	–	5	–	87
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	5 515	5 388	27	29	–	5 332
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 903	5 836	–	136	–	5 700
873 Sondervermögen	5 700	5 700	–	–	–	5 700
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	203	136	–	136	–	–
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	37 711	40 730	580	240	37 655	2 255
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	2 255	2 255	–	–	–	2 255
92 Schulden	37 693	37 693	–	38	37 655	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	– 2 237	782	580	202	–	0
Summe aller Hauptfunktionen	257 300	235 303	27 325	17 536	37 655	152 786

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Soll 2004

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehen, Beteiligungs- werbung	Ausgaben der Kapital- rechnung	Darunter: Investive Ausgaben	Globale Minder- ausgaben
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 570	1 775	1	7 345	7 345	-
72 Straßen	4 875	1 417	1	6 293	6 293	-
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	627	-	0	627	627	-
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personen- nahverkehr	-	335	-	335	335	-
75 Luftfahrt	0	-	0	0	0	-
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	68	23	0	91	91	-
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sonder- vermögen	99	3 388	634	4 120	4 120	-
81 Wirtschaftsunternehmen	40	3 379	634	4 054	4 054	-
832 Eisenbahnen	-	3 319	608	3 927	3 927	-
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	40	60	26	126	126	-
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	59	8	-	67	67	-
873 Sondervermögen	-	-	-	-	-	-
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	59	8	-	67	67	-
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	-	-	-	-	-	- 3 019
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	-	-	-	-	-
92 Schulden	-	-	-	-	-	-
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	-	- 3 019
Summe aller Hauptfunktionen	7 129	13 636	4 251	25 016	24 639	- 3 019

6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1998 bis 2004

	1998	1999	2000	2001 ²	2002 ²	2003 ²	2004 ²
	Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹							
Ausgaben	580,6	597,2	599,1	603,1	608,4	624 ^{1/2}	623 ^{1/2}
Einnahmen	551,8	570,3	565,1	555,9	551,3	554 ^{1/2}	554 ^{1/2}
Finanzierungssaldo	- 28,8	- 26,9	- 34,0	- 47,1	- 57,1	- 79	- 69
darunter:							
Bund							
Ausgaben	233,6	246,9	244,4	243,1	249,3	260	257 ^{1/2}
Einnahmen	204,7	220,6	220,5	220,2	216,6	216 ^{1/2}	227 ^{1/2}
Finanzierungssaldo	- 28,9	- 26,2	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 44	- 29 ^{1/2}
Länder							
Ausgaben	244,7	246,4	250,7	255,1	257,0	262	258 ^{1/2}
Einnahmen	230,5	238,1	240,4	229,4	227,7	229	228
Finanzierungssaldo	- 14,3	- 8,3	- 10,4	- 25,7	- 29,3	- 33	- 30
Gemeinden							
Ausgaben	142,5	143,7	146,1	147,9	149,2	150 ^{1/2}	148 ^{1/2}
Einnahmen	144,7	145,9	148,0	144,0	144,6	141	142
Finanzierungssaldo	2,2	2,2	1,9	- 3,9	- 4,6	- 9 ^{1/2}	- 6 ^{1/2}
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	1,7	2,9	0,3	0,7	0,9	2 ^{1/2}	- 0
Einnahmen	5,5	3,4	- 0,9	- 1,6	- 0,8	^{1/2}	0
darunter:							
Bund							
Ausgaben	3,4	5,7	- 1,0	- 0,5	2,5	4 ^{1/2}	- 1
Einnahmen	5,8	7,8	- 0,1	- 0,1	- 1,6	- 0	5
Länder							
Ausgaben	0,7	0,7	1,8	1,8	0,7	2	- 1 ^{1/2}
Einnahmen	3,1	3,3	0,9	- 4,6	- 0,7	^{1/2}	- ^{1/2}
Gemeinden							
Ausgaben	- 1,0	0,9	1,6	1,3	0,9	1	- 1 ^{1/2}
Einnahmen	2,5	0,9	1,4	- 2,7	0,4	- 2 ^{1/2}	^{1/2}

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

² 2001, 2002: vorläufiges IST; 2003, 2004: Schätzung.

6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1998 bis 2004

	1998	1999	2000	2001 ²	2002 ²	2003 ²	2004 ²
	Mrd. €						
	Anteile in %						
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 1,5	- 1,4	- 1,7	- 2,3	- 2,7	- 3 ¹ / ₂	- 3
darunter:							
Bund	- 1,5	- 1,3	- 1,2	- 1,1	- 1,6	- 2	- 1 ¹ / ₂
Länder	- 0,7	- 0,4	- 0,5	- 1,2	- 1,4	- 1 ¹ / ₂	- 1 ¹ / ₂
Gemeinden	0,1	0,1	0,1	- 0,2	- 0,2	- ¹ / ₂	- ¹ / ₂
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 5,0	- 4,5	- 5,7	- 7,8	- 9,4	- 12 ¹ / ₂	- 11
darunter:							
Bund	- 12,4	- 10,6	- 9,8	- 9,4	- 13,1	- 17	- 11 ¹ / ₂
Länder	- 5,8	- 3,4	- 4,1	- 10,1	- 11,4	- 12 ¹ / ₂	- 11 ¹ / ₂
Gemeinden	1,5	1,5	1,3	- 2,6	- 3,1	- 6 ¹ / ₂	- 4 ¹ / ₂
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	30,1	30,2	29,5	29,1	28,8	29 ¹ / ₂	28 ¹ / ₂
darunter:							
Bund	12,1	12,5	12,0	11,7	11,8	12	12
Länder	12,7	12,5	12,4	12,3	12,2	12 ¹ / ₂	12
Gemeinden	7,4	7,3	7,2	7,1	7,1	7	7
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote ³	22,1	22,9	23,0	21,5	20,9	20 ¹ / ₂	20 ¹ / ₂

² 2001, 2002: vorläufiges IST; 2003, 2004: Schätzung.

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2004

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Ist-Ergebnisse										
I. Gesamtübersicht										
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	148,2	194,4	205,4	218,4	233,9	240,9	237,6
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	5,2	.	5,7	6,3	7,1	3,0	- 1,4
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	137,9	169,8	178,2	198,3	199,7	215,1	211,7
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	12,7	.	5,0	11,3	0,7	7,7	- 1,5
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 10,3	- 24,6	- 27,2	- 20,1	- 34,2	- 25,9	- 25,8
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 9,8	- 23,9	- 26,6 ²	- 19,7	- 33,8	- 25,6	- 25,6
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 0,4	- 0,7	- 0,6	- 0,4	- 0,4	- 0,3	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten										
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	21,1	22,1	24,9	26,3	27,0	26,9	27,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	3,0	4,5	12,8	5,7	2,4	- 0,1	0,5
Anteil an den Bundesaussgaben	%	15,6	16,2	14,3	11,4	12,1	12,1	11,5	11,2	11,4
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	24,3	21,5	18,8	.	16,7	16,0	15,7	14,8	14,4
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	16,4	17,5	20,3	22,4	23,4	27,1	25,4
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	- 0,6	6,7	15,7	10,6	4,5	15,8	- 6,2
Anteil an den Bundesaussgaben	%	2,7	5,3	11,1	9,0	9,9	10,3	10,0	11,3	10,7
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	35,1	35,9	52,6	.	51,4	43,5	44,9	46,6	38,7
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	18,5	20,1	31,4	33,7	33,3	31,3	34,0
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	8,4	8,4	56,7	7,0	- 1,1	- 6,0	8,8
Anteil an den Bundesaussgaben	%	17,0	16,3	12,5	10,3	15,3	15,4	14,2	13,0	14,3
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	34,4	35,4	34,5	.	37,3	34,7	35,3	34,0	37,0
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	40,2	61,0	126,4	132,3	162,5	180,4	182,0	193,8	187,2
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	12,2	4,7	22,8	11,0	0,9	6,4	- 3,4
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	95,5	76,0	85,3	68,1	79,1	82,6	77,8	80,4	78,8
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	91,6	77,9	91,2	91,0	91,2	90,1	88,4
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen ⁴	%	54,0	49,2	46,2	.	48,0	48,2	47,4	48,3	44,9
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 9,8	- 23,9	- 26,6	- 19,7	- 33,8	- 25,6	- 25,6
Anteil an den Bundesaussgaben	%	0,0	19,1	6,6	.	12,9	9,0	14,5	10,6	10,8
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	53,1	.	84,6	58,7	101,7	81,9	75,3
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ^{4, 5}	%	0,0	55,8	57,2	.	39,6	33,6	47,4	47,2	51,2
Nachrichtlich: Schuldenstand⁴										
öffentliche Haushalte ³	Mrd.€	59,2	129,4	472,8	536,2	595,9	680,8	766,5	841,1	1 010,4
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	242,9	250,8	277,2	299,6	310,2	350,4	364,3

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Nach Abzug der Übergangsfinanzierung von 4,8 Mrd. €.

³ Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

⁴ Stand November 2003; 2003 + 2004 = Schätzung.

⁵ Für 2003 und 2004: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2004

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Ist-Ergebnisse										Soll
I. Gesamtübersicht										
Ausgaben	Mrd.€	232,9	225,9	233,6	246,9	244,4	243,1	249,3	256,7	257,3
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 2,0	- 3,0	3,4	5,7	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	0,2
Einnahmen	Mrd.€	192,8	193,5	204,7	220,6	220,5	220,2	216,6	217,5	227,7
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 9,0	0,4	5,8	7,8	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	4,7
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 40,1	- 32,5	- 28,9	- 26,2	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 29,6
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 40,0	- 32,6	- 28,9	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 29,3
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,9	- 0,6	- 0,3
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten										
Personalausgaben	Mrd.€	27,0	26,8	26,7	27,0	26,5	26,8	27,0	27,2	27,3
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 0,1	- 0,7	- 0,7	1,2	- 1,7	1,1	0,7	0,9	0,3
Anteil an den Bundesaussgaben	%	11,6	11,9	11,4	10,9	10,8	11,0	10,8	10,6	10,6
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	14,3	16,2	16,1	16,1	15,7	15,9	15,7	15,7	39,9
Zinsausgaben	Mrd.€	26,0	27,3	28,7	41,1	39,1	37,6	37,1	36,9	37,7
Veränderung gegen Vorjahr	%	2,3	4,9	5,2	43,1	- 4,7	- 3,9	- 1,5	- 0,5	2,1
Anteil an den Bundesaussgaben	%	11,2	12,1	12,3	16,6	16,0	15,5	14,9	14,4	14,6
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	39,0	40,6	42,1	58,9	58,0	56,8	56,3	55,0	55,0
Investive Ausgaben	Mrd.€	31,2	28,8	29,2	28,6	28,1	27,3	24,1	25,7	24,6
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 8,3	- 7,6	1,3	- 2,0	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 4,2
Anteil an den Bundesaussgaben	%	13,4	12,8	12,5	11,6	11,5	11,2	9,7	10,0	9,6
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	36,1	35,2	35,5	35,7	35,0	34,2	33,2	34,5	33,8
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	173,1	169,3	174,6	192,4	198,8	193,8	192,0	191,9	197,7
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 7,5	- 2,2	3,1	10,2	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	3,0
Anteil an den Bundesaussgaben	%	74,3	74,9	74,7	77,9	81,3	79,7	77,0	74,7	76,8
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	89,8	87,5	85,3	87,2	90,1	88,0	88,7	88,2	86,8
Anteil am gesamten Steueraufkommen ⁴	%	42,3	41,5	41,0	42,5	42,5	43,4	43,5	43,6	44,0
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 40,0	- 32,6	- 28,9	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 29,3
Anteil an den Bundesaussgaben	%	17,2	14,4	12,4	10,6	9,7	9,4	12,8	15,1	11,4
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	128,3	113,0	98,8	91,2	84,4	83,7	132,4	150,2	118,9
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ^{4, 5}	%	70,4	64,3	88,6	82,3	62,0	57,8	61,6	48,9	42,5
Nachrichtlich: Schuldenstand⁴										
öffentliche Haushalte ³	Mrd.€	1 070,4	1 119,1	1 153,4	1 183,1	1 198,2	1 203,9	1 253,2	1 331 ^{1/2}	1 395 ^{1/2}
darunter: Bund	Mrd.€	385,7	426,0	488,0	708,3	715,6	697,3	719,4	750 ^{1/2}	790

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Nach Abzug der Übergangsfinanzierung von 4,8 Mrd. €.

³ Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

⁴ Stand November 2003; 2003 + 2004 = Schätzung.

⁵ Für 2003 und 2004: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

8 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹

(Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,5	35,6	22,4	33,5
1971	23,9	36,5	22,6	34,2
1972	23,6	36,8	23,6	35,7
1973	24,7	38,7	24,1	37,0
1974	24,6	39,2	23,9	37,4
1975	23,5	39,1	23,1	37,9
1976	24,2	40,4	23,4	38,9
1977	25,1	41,2	24,5	39,8
1978	24,6	40,5	24,4	39,4
1979	24,4	40,4	24,3	39,3
1980	24,5	40,7	24,3	39,7
1981	23,6	40,4	23,7	39,5
1982	23,3	40,4	23,3	39,4
1983	23,2	39,9	23,2	39,0
1984	23,3	40,1	23,2	38,9
1985	23,5	40,3	23,4	39,2
1986	22,9	39,7	22,9	38,7
1987	22,9	39,8	22,9	38,8
1988	22,7	39,4	22,7	38,5
1989	23,3	39,8	23,4	39,0
1990	22,1	38,2	22,7	38,0
1991	22,4	39,6	22,5	38,8
1992	22,8	40,4	23,2	40,0
1993	22,9	41,1	23,2	40,6
1994	22,9	41,5	23,1	40,8
1995	22,5	41,3	23,1	41,2
1996	22,9	42,3	22,3	40,9
1997	22,6	42,3	21,8	40,4
1998 ³	23,1	42,4	22,1	40,2
1999 ³	24,2	43,2	22,9	40,8
2000 ³	24,6	43,2	23,0	40,6
2001 ³	23,0	41,5	21,5	39,0
2002 ³	22,6	41,1	20,9	38,4
2003 ⁴	22 ¹ / ₂	41	20 ¹ / ₂	38 ¹ / ₂
2004 ⁴	22 ¹ / ₂	40 ¹ / ₂	20 ¹ / ₂	38

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Vorläufige Ergebnisse; Stand: August 2003.

⁴ Schätzung; Stand: Finanzplanungsrat November 2003.

9 Entwicklung der öffentlichen Schulden

	2000	2001	2002	2003 ⁴	2004 ⁴
	in Mrd. €¹				
Öffentliche Haushalte insgesamt ²	1 198,1	1 203,9	1 253,2	1 331 ¹ / ₂	1 395 ¹ / ₂
darunter:					
Bund	715,6	697,3	719,4	760 ¹ / ₂	790
Länder	333,2	357,7	384,8	417 ¹ / ₂	448
Gemeinden ³	83,0	82,7	82,7	88	92
Sonderrechnungen des Bundes	58,3	59,1	59,2	58	58 ¹ / ₂
	Schulden in % der Gesamtschulden				
Bund	59,7	57,9	57,4	57	56 ¹ / ₂
Länder	27,8	29,7	30,7	31 ¹ / ₂	32
Gemeinden ³	6,9	6,9	6,6	6 ¹ / ₂	6 ¹ / ₂
Sonderrechnungen des Bundes	4,9	4,9	4,7	4 ¹ / ₂	4
	Schulden in % des BIP				
Öffentliche Haushalte insgesamt ²	59,0	58,1	59,4	62 ¹ / ₂	63 ¹ / ₂
darunter					
Bund	35,3	33,6	34,1	35 ¹ / ₂	36
Länder	16,4	17,2	18,2	19 ¹ / ₂	20 ¹ / ₂
Gemeinden ³	4,1	4,0	3,9	4	4
Sonderrechnungen des Bundes	2,9	2,8	2,8	2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂
nachrichtlich	60,2	59,5	60,8	64	65
Maastricht-Kriterium „Schuldenstand“ in % des BIP					

¹ Schuldenstand jeweils am Stichtag 31. Dezember; „Kreditmarktschulden im weiteren Sinn“ (einschließlich Ausgleichsforderungen; ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten, innere Darlehen, Kassenverstärkungskredite, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen).

² Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Gemeindeverbände, Sonderrechnungen, Zweckverbände.

³ Ohne Schulden der Krankenhäuser und Eigenbetriebe.

⁴ Schätzung.

Stand: Finanzplanungsrat November 2003.

10 Steueraufkommen nach Steuergruppen^{1,2}

Jahr	Steueraufkommen			Anteile am Steueraufkommen insgesamt	
	insgesamt	davon		Direkte Steuern	Indirekte Steuern
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern		
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	%	%
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1971	88,2	47,8	40,4	54,2	45,8
1972	100,7	56,2	44,5	55,8	44,2
1973	114,9	67,0	48,0	58,3	41,7
1974	122,5	73,7	48,8	60,2	39,8
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1976	137,1	82,2	54,8	60,0	40,0
1977	153,1	95,0	58,1	62,0	38,0
1978	163,2	98,1	65,0	60,1	39,9
1979	175,3	102,9	72,4	58,7	41,3
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003 ³	441,6	209,5	232,1	47,4	52,6
2004 ³	453,4	218,2	235,2	48,1	51,9

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind:

Direkte Steuern: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1974); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsteuer (31.12.1979); Kuponsteuer (31.07.1984); Solidaritätszuschlag (vom 1.7.1992 bis 31.12.1994); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997)

Indirekte Steuern: Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992)

² Zusammensetzung der Steuereinnahmen ab 1999:

Direkte Steuern: Einkommensteuer; Körperschaftsteuer; Solidaritätszuschlag; Grundsteuer A + B; Gewerbe(ertrag)steuer; Erbschaftsteuer/Schenkungsteuer

Indirekte Steuern: Steuern vom Umsatz; Zölle; Tabaksteuer; Kaffeesteuer; Branntweinabgaben; Schaumweinsteuer; Mineralölsteuer; Versicherungssteuer; Kraftfahrzeugsteuer; Rennwett- und Lotteriesteuer; Biersteuer; Grunderwerbsteuer; Stromsteuer; sonstige Steuern vom Verbrauch und Aufwand

³ Steuerschätzung vom 5. bis 6. November 2003

11 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land	in % des BIP									
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Deutschland ²	- 2,9	- 1,2	- 2,1	- 3,5	- 1,2	- 2,8	- 3,5	- 4,2	- 3,9	- 3,4
Belgien	- 8,6	- 8,9	- 5,4	- 4,3	0,2	0,4	0,1	0,2	- 0,4	- 0,4
Dänemark	- 3,2	- 2,0	- 1,0	- 2,3	2,6	2,9	1,9	0,9	1,3	1,9
Griechenland	- 2,6	- 11,6	- 15,9	- 10,2	- 1,9	- 2,0	- 1,2	- 1,7	- 2,4	- 2,3
Spanien	- 2,5	- 6,2	- 4,2	- 6,6	- 0,9	- 0,3	0,1	0,0	0,1	0,2
Frankreich	0,0	- 2,8	- 1,5	- 5,5	- 1,4	- 1,6	- 3,1	- 4,2	- 3,8	- 3,6
Irland	- 11,6	- 10,2	- 2,2	- 2,1	4,4	0,9	- 0,4	- 0,9	- 1,2	- 1,1
Italien	- 8,7	- 12,5	- 11,0	- 7,6	- 1,8	- 2,6	- 2,3	- 2,6	- 2,8	- 3,5
Luxemburg	- 0,4	6,3	4,7	2,1	6,4	6,2	2,4	- 0,6	- 2,1	- 2,5
Niederlande	- 4,1	- 3,5	- 4,9	- 4,2	1,5	0,0	- 1,6	- 2,6	- 2,7	- 2,4
Österreich	- 1,7	- 2,4	- 2,4	- 5,3	- 1,9	0,3	- 0,2	- 1,0	- 0,6	- 0,2
Portugal	- 8,4	- 10,1	- 4,9	- 5,5	- 3,1	- 4,2	- 2,7	- 2,9	- 3,3	- 3,9
Finnland	3,3	2,8	5,3	- 3,9	7,1	5,2	4,2	2,4	1,7	1,9
Schweden	- 3,9	- 3,7	4,0	- 7,4	3,4	4,5	1,3	0,2	0,5	1,0
Vereinigtes Königreich	- 3,4	- 2,9	- 0,9	- 5,8	1,5	0,7	- 1,5	- 2,8	- 2,7	- 2,4
Euro-Zone	- 3,4	- 4,9	- 4,4	- 5,1	- 0,9	- 1,6	- 2,2	- 2,8	- 2,7	- 2,7
EU-15	- 3,4	- 4,5	- 3,5	- 5,2	- 0,2	- 0,9	- 1,9	- 2,7	- 2,6	- 2,4
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,4	- 3,1	1,5	- 0,5	- 3,4	- 5,0	- 5,5	- 5,4
Japan	- 4,3	- 0,8	- 2,8	- 4,7	- 7,4	- 6,1	- 7,1	- 7,3	- 7,2	- 7,1

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

² 1980 – 1990 nur alte Bundesländer.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1995: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“ Nr. 4/2003, März 2003.

Für die Jahre 2000 bis 2005: EU-Kommission, Herbstprognose, Oktober 2003 (ohne UMTS-Erlöse).

Stand: November 2003

12 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP									
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Deutschland ¹	31,2	40,7	42,3	57,0	60,2	59,4	60,8	63,8	65,0	65,8
Belgien	78,6	122,3	129,2	134,0	109,5	108,7	106,1	103,5	101,0	97,8
Dänemark	36,5	70,0	57,8	69,3	47,3	45,4	45,5	42,9	41,0	37,9
Griechenland	25,0	53,6	79,6	108,7	106,2	106,9	104,7	100,6	97,1	95,0
Spanien	16,8	42,3	43,6	63,9	60,5	56,8	53,8	51,3	48,8	46,3
Frankreich	19,8	30,8	35,1	54,6	57,2	56,8	59,0	62,6	64,3	65,6
Irland	75,1	109,5	101,4	82,7	38,4	36,1	32,4	33,5	33,8	33,8
Italien	58,2	81,9	97,2	123,2	110,6	109,5	106,7	106,4	106,1	106,1
Luxemburg	9,3	9,7	4,4	5,6	5,5	5,5	5,7	4,9	4,7	4,1
Niederlande	45,9	70,3	76,9	77,2	55,9	52,9	52,4	54,6	55,5	55,5
Österreich	36,2	49,2	57,2	69,2	67,0	67,1	66,7	66,4	65,2	63,2
Portugal	32,3	61,5	58,3	64,3	53,3	55,5	58,1	57,5	58,6	60,0
Finnland	11,5	16,2	14,2	57,1	44,6	44,0	42,7	44,6	44,5	44,3
Schweden	40,3	62,4	42,3	73,6	52,8	54,4	52,7	51,7	51,4	50,0
Vereinigtes Königreich	53,2	52,7	34,0	51,8	42,1	38,9	38,5	39,6	40,5	41,0
Euro-Zone	34,7	52,0	58,1	73,0	70,2	69,2	69,0	70,4	70,7	70,7
EU-15	37,8	52,9	54,0	70,2	64,1	62,8	62,5	64,1	64,4	64,4
USA	45,6	59,6	67,3	74,8	59,2	59,3	61,4	64,1	66,3	–
Japan	54,3	71,4	68,3	86,6	133,1	141,5	147,3	153,5	159,9	–

¹ 1980 – 1990 nur alte Bundesländer.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1995: EU-Kommission „Europäische Wirtschaft“ Nr. 6/2003, Oktober 2003.
(USA und Japan auch für die Jahre 2000 bis 2004)

Für die Jahre 2000 bis 2005: EU-Kommission, Herbstprognose, Oktober 2003.

Stand: November 2003

13 Steuerquote im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002 ²
Deutschland ^{3, 4}	22,4	24,3	23,4	22,7	23,1	23,0	21,5	20,9
Deutschland ³	20,8	22,7	21,8	20,6	23,3	23,0	22,2	21,7
Belgien	24,7	30,2	31,2	28,8	29,9	31,6	31,4	31,6
Dänemark	37,7	43,2	45,7	45,7	47,8	47,2	47,6	47,7
Finnland	28,9	29,1	33,0	35,0	32,7	35,2	33,8	33,7
Frankreich	21,7	23,3	24,8	24,0	25,2	28,9	28,6	27,7
Griechenland	15,7	16,2	18,4	20,5	21,9	26,7	25,5	23,5
Irland	26,4	26,9	29,9	28,5	28,1	27,0	25,6	23,7
Italien	16,2	18,9	22,5	26,1	28,2	30,0	29,9	28,6
Japan	15,5	17,8	18,9	21,3	17,6	17,6	17,0	–
Kanada	27,8	27,7	28,1	31,5	30,6	30,6	29,9	28,4
Luxemburg	19,1	29,1	33,3	29,7	31,1	30,2	29,6	30,5
Niederlande	23,2	27,0	23,8	26,9	24,4	25,1	25,3	25,4
Norwegen	28,9	33,5	34,1	30,6	31,5	30,3	34,4	33,4
Österreich	25,8	27,5	28,6	27,2	26,5	28,5	30,6	29,3
Polen	–	–	–	–	27,6	24,3	23,5	24,2
Portugal	14,7	17,0	19,7	21,3	23,7	25,5	24,5	24,8
Schweden	31,9	32,8	35,3	37,8	35,1	39,5	36,1	35,3
Schweiz	17,2	20,1	20,5	20,6	20,8	23,6	22,3	23,4
Slowakei	–	–	–	–	–	20,5	17,9	19,2
Spanien	10,2	11,9	16,3	21,4	21,0	22,8	22,6	23,0
Tschechien	–	–	–	–	23,7	21,9	21,3	21,9
Ungarn	–	–	–	–	27,3	27,6	27,5	26,3
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	31,0	30,7	28,7	31,0	31,0	29,8
Vereinigte Staaten	23,2	21,1	19,5	19,8	20,7	22,8	21,8	–

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD. Basis Finanzstatistik, nicht vergleichbar mit Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

² Vorläufig.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

⁴ In der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung. Ein unmittelbarer Vergleich mit den Angaben der OECD ist aus methodischen Gründen nicht möglich.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2002, Paris 2003.

14 Abgabenquote im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002 ²
Deutschland ^{3,4}	33,5	39,7	39,2	38,0	41,2	40,6	39,0	38,4
Deutschland ³	29,8	34,6	34,4	32,9	38,2	37,8	36,8	36,2
Belgien	34,5	42,4	45,6	43,2	44,6	45,7	45,8	46,2
Dänemark	39,2	43,9	47,4	47,1	49,4	49,5	49,8	49,4
Finnland	31,8	36,1	39,9	44,6	45,1	47,3	46,1	45,9
Frankreich	34,1	40,6	43,8	43,0	44,0	45,2	45,0	44,2
Griechenland	22,4	24,2	28,6	29,3	32,4	37,5	36,9	34,8
Irland	28,8	31,4	35,0	33,5	32,8	31,2	29,9	28,0
Italien	26,1	30,4	34,4	38,9	41,2	41,9	42,0	41,1
Japan	20,0	25,1	27,1	30,0	27,6	27,5	27,3	–
Kanada	30,8	30,9	32,5	35,9	35,6	35,6	35,1	33,5
Luxemburg	26,8	40,8	45,1	40,8	42,3	40,4	40,7	42,3
Niederlande	35,8	43,6	42,6	43,0	41,9	41,1	39,5	39,3
Norwegen	34,4	42,5	43,1	41,5	41,1	39,0	43,3	43,1
Österreich	34,6	39,8	41,9	40,4	41,6	43,3	45,4	44,1
Polen	–	–	–	–	39,6	34,4	33,6	34,3
Portugal	19,4	24,1	26,6	29,2	32,5	34,3	33,5	34,0
Schweden	37,5	46,1	47,0	51,9	48,5	54,0	51,4	50,6
Schweiz	22,5	28,9	26,6	26,9	28,5	31,2	30,6	31,3
Slowakei	–	–	–	–	–	34,9	32,2	33,8
Spanien	16,3	23,1	27,8	33,2	32,8	35,2	35,2	35,6
Tschechien	–	–	–	–	40,1	38,9	38,4	39,2
Ungarn	–	–	–	–	42,4	39,0	39,0	37,7
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	37,7	36,8	34,8	37,2	37,3	35,9
Vereinigte Staaten	27,7	27,0	26,1	26,7	27,6	29,7	28,9	–

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD. Basis Finanzstatistik, nicht vergleichbar mit Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

² Vorläufig.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

⁴ In der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung. Ein unmittelbarer Vergleich mit den Angaben der OECD ist aus methodischen Gründen nicht möglich.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2002, Paris 2003.

Stand: November 2003.

15 Entwicklung der EU-Haushalte von 1999 bis 2004

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Ausgabenseite						
a) Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	80,31	83,44	79,99	85,14	97,50	100,12
davon:						
Agrarpolitik	39,78	40,51	41,53	43,52	44,78	46,63
Strukturpolitik	26,66	27,59	22,46	23,5	33,17	30,52
Interne Politiken	4,47	5,37	5,30	6,57	6,20	7,47
Externe Politiken	4,59	3,84	4,23	4,42	4,69	4,76
Verwaltungsausgaben	4,51	4,74	4,86	5,21	5,36	6,03
Reserven	0,30	0,19	0,21	0,17	0,43	0,44
Heranführungsstrategien	0,00	1,20	1,40	1,75	2,86	2,90
Ausgleichszahlungen						1,41
b) Zuwachsraten (in %)						
Ausgaben insgesamt	- 0,5	3,9	- 4,1	6,4	14,5	2,7
davon:						
Agrarpolitik	2,5	1,8	2,5	4,8	2,9	4,1
Strukturpolitik	- 6,0	3,5	- 18,6	4,6	41,1	- 8,0
Interne Politiken	- 8,4	20,1	- 1,3	24,0	- 5,6	20,6
Externe Politiken	12,8	- 16,3	10,2	4,5	9,5	1,5
Verwaltungsausgaben	6,9	5,1	2,5	7,2	2,9	12,5
Reserven	11,1	- 36,7	10,5	- 19,0	152,9	2,3
Heranführungsstrategie			16,7	25,0	54,9	0,0
Ausgleichszahlungen						-
c) Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
Agrarpolitik	49,5	48,5	51,9	51,1	45,9	46,6
Strukturpolitik	33,2	33,1	28,1	27,6	34,0	30,5
Interne Politiken	5,6	6,4	6,6	7,7	6,4	7,5
Externe Politiken	5,7	4,6	5,3	5,2	4,8	4,8
Verwaltungsausgaben	5,6	5,7	6,1	6,1	5,5	6,0
Reserven	0,4	0,2	0,3	0,2	0,4	0,4
Heranführungsstrategie	0,0	1,4	1,8	2,1	2,9	2,9
Ausgleichszahlungen						1,4
Einnahmenseite						
a) Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	86,90	92,72	94,28	95,43	97,50	100,12
davon:						
Zölle	11,71	13,11	12,83	11,63	10,71	10,15
Agrarzölle und Zuckerabgaben	2,15	2,16	1,82	1,84	1,43	1,22
MwSt-Eigenmittel	31,33	35,19	30,69	22,54	24,12	14,32
BSP/BNE-Eigenmittel	37,51	37,58	34,46	45,85	59,40	74,18
b) Zuwachsraten (in %)						
Einnahmen insgesamt	2,8	6,7	1,7	1,2	2,2	2,7
davon:						
Zölle	- 3,7	12,0	- 2,1	- 9,4	- 7,9	- 5,2
Agrarzölle und Zuckerabgaben	10,3	0,5	- 15,7	1,1	- 22,3	- 14,7
MwSt-Eigenmittel	- 5,3	12,3	- 12,8	- 26,6	7,0	- 40,6
BSP/BNE-Eigenmittel	7,1	0,2	- 8,3	33,1	29,6	24,9
c) Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
Zölle	13,5	14,1	13,6	12,2	11,0	10,1
Agrarzölle und Zuckerabgaben	2,5	2,3	1,9	1,9	1,5	1,2
MwSt-Eigenmittel	36,1	38,0	32,6	23,6	24,7	14,3
BSP/BNE-Eigenmittel	43,2	40,5	36,6	48,0	60,9	74,1

Bemerkungen:

1999 bis 2002 Ist-Angaben gemäß EU-Haushaltsrechnung (2002 vorl.) und ERH-Jahresbericht.

2003 Sollansatz gemäß EU-Haushalt

2004 Sollansatz für die erweiterte Union (nach 1. Lesung Rat).

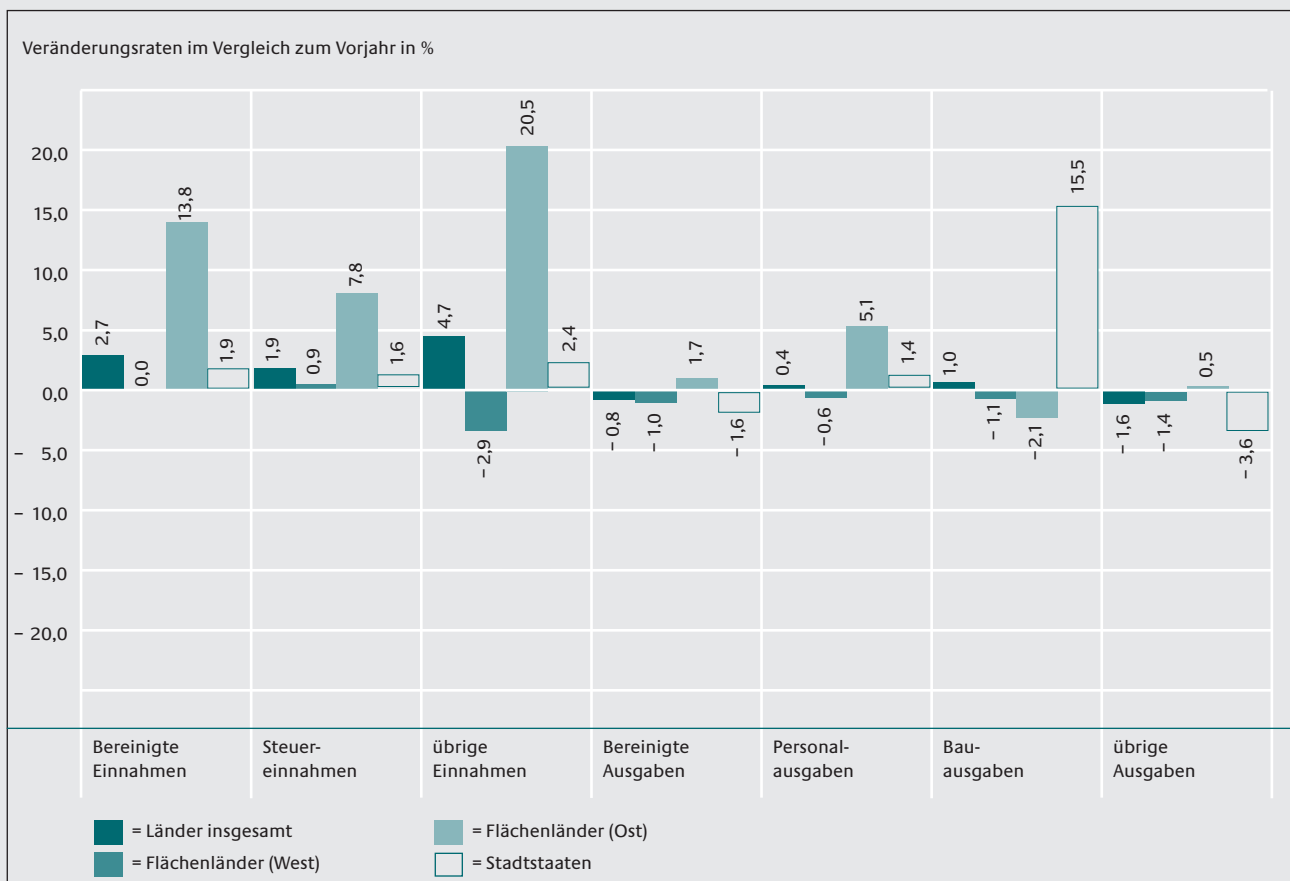
Stand: November 2003.

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1 Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2004 im Vergleich zum Jahressoll 2004

in Mio. €	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
Bereinigte Einnahmen	160 707	36 332	48 764	11 073	28 958	7 208	232 544	53 102
darunter:								
Steuereinnahmen	125 445	28 361	23 734	5 568	16 939	4 166	166 118	38 095
übrige Einnahmen	35 262	7 971	25 030	5 506	12 019	3 042	66 425	15 007
Bereinigte Ausgaben	174 851	45 635	52 457	12 764	34 574	9 048	255 996	65 935
darunter:								
Personalausgaben	72 005	19 035	13 803	3 655	11 671	3 324	97 479	26 015
Bausausgaben	2 349	326	1 730	218	888	111	4 967	656
übrige Ausgaben	100 496	26 273	36 925	8 891	22 015	5 612	153 550	39 265
Finanzierungssaldo	- 14 138	- 9 303	- 3 693	- 1 691	- 5 601	- 1 840	- 23 431	- 12 833

2 Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2004



3 Die Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage des Bundes und der Länder Ende des Monats März 2004; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	März 2003			Februar 2004			März 2004		
		Bund	Länder ³	Ins- gesamt	Bund	Länder ³	Ins- gesamt	Bund	Länder ³	Ins- gesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹	40 855	51 714	89 591	26 616	33 633	58 321	39 193	53 102	88 823
	für das laufende Haushaltsjahr									
111	darunter: Steuereinnahmen	36 195	37 386	73 581	24 706	27 254	51 961	35 200	38 095	73 294
112	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	-
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	51 335 ⁴	26 038	77 373	40 773 ⁴	17 689	58 462	59 723 ⁴	26 353	86 076
12	Bereinigte Ausgaben¹	72 440	66 439	135 901	55 928	42 389	96 389	74 024	65 935	136 488
	für das laufende Haushaltsjahr									
121	darunter: Personalausgaben	7 075	25 903	32 977	5 010	18 067	23 077	6 973	26 015	32 988
	(inklusive Versorgung)									
122	Bausausgaben	674	649	1 323	573	374	947	809	656	1 465
123	Länderfinanzausgleich ¹	-	- 128	- 128	-	- 49	- 49	-	- 384	- 384
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	42 389	13 423	55 812	26 962	8 344	35 306	46 972	16 185	63 158
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)	-31 586	-14 724	-46 310	-29 312	-8 756	-38 068	-34 832	-12 833	-47 665
	(Finanzierungssaldo)									
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	531	531	-	1 462	1 462	-	509	-
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	58	58	-	113	113	-	86	-
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	474	474	-	1 349	1 349	-	423	-
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	9 112	12 162	21 274	13 848	5 651	19 499	12 704	8 820	21 523
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	- 3 899	- 3 899	-	- 4 909	- 4 909	-	- 3 877	- 3 877
21	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	-	- 1 425	- 1 425	-	- 1 177	- 1 177	-	- 1 303	- 1 303
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	12 843	7 159	20 002	13 596	8 481	22 076	14 064	6 388	20 453
32	Vorschüsse	-	9 141	9 141	-	10 415	10 415	-	10 198	10 198
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	7 321	7 321	-	5 342	5 342	-	5 192	5 192
34	Saldo (31-32+33)	12 843	5 338	18 181	13 596	3 409	17 004	14 064	1 382	15 447
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	- 9 631	- 2 074	- 11 705	- 1 868	- 4 434	- 6 302	- 8 064	- 7 387	- 15 451
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	9 631	4 263	13 894	1 868	5 272	7 140	8 064	6 036	14 100
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	119	119	-	-	-	-	310	310
56	Zusammen	9 631	4 382	14 013	1 868	5 272	7 140	8 064	6 346	14 410
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	2 308	2 308	0	838	838	0	- 1 042	- 1 041
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit	-	1 367	1 367	-	1 278	1 278	-	1 160	1 160
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	-	1 649	1 649	-	931	931	-	584	584

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme / Nettokredittilgung.

³ Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland.

⁴ Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung.

Stand: April 2004

4 Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder Ende des Monats März 2004; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklbg.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland ⁶
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	6 547,4	7 739,3⁹	2 102,2	3 834,7	1 448,3	4 178,4	9 601,2	2 681,1	593,2
111	darunter: Steuereinnahmen	4 937,3	6 190,3	1 069,9	3 261,0	684,7	3 060,4	7 792,8	1 775,3	359,1
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	127,6	–	103,6	97,0	–	69,5	20,3
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	3 306,0	1 539,4 ⁷	560,0	–	450,0	2 815,5	4 072,0	2 203,1	436,4
12	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	7 467,7	8 644,4⁹	2 282,8	4 786,5	1 580,6	5 308,4	13 169,9	3 431,2	876,3
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	3 175,4	4 253,4	640,1	1 843,5	444,2	2 151,3 ³	4 834,9 ³	1 444,8	378,1
122	Bauausgaben	44,8	125,3	46,8	59,2	25,7	28,1	20,5 ⁴	7,4	12,7
123	Länderfinanzausgleich ¹	586,9	395,8	–	422,2	–	–	–71,0	–	–
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	367,1	612,2 ⁸	561,0	1 275,6	250,5	1 489,3	3 994,3	1 953,3	273,3
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	– 920,3	– 905,1⁹	– 180,6	– 951,8	– 132,3	– 1 130,0	– 3 568,8	– 750,1	– 283,1
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	346,0	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	19,7	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	326,3	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	2 945,5	968,4	– 30,0	– 1 271,8	240,5	1 326,3	77,5	220,3	159,4
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	– 274,5	– 1 422,1	–	– 375,0	–	–	–	–	–
21	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	– 850,9	– 125,7	0,3	– 163,3	–	–	–	–
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	1 282,5	1 534,5	460,1	622,7	– 147,1	146,1	1 396,9	408,4	123,2
32	Vorschüsse	3 315,0	2 475,9	13,9	5,7	0,1	1 157,9	488,1	150,7	9,8
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	165,3	2 824,8	0,0	234,3	20,2	518,9	– 39,9	2,5	15,8
34	Saldo (31–32+33)	– 1 867,2	1 883,4	446,2	851,3	– 127,0	– 492,9	868,8	260,1	129,1
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 116,5	0,0	109,9	– 1 747,0	– 182,1	– 296,6	– 2 622,4	– 269,7	5,4
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	–	– 73,1	1 080,0	150,5	–	2 375,0	270,0	– 5,4
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	310,0	–	–	–	–	–
56	Zusammen	–	–	– 73,1	1 390,0	150,5	–	2 375,0	270,0	– 5,4
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	– 116,5 ⁵	0,0	36,8	– 357,0 ⁵	– 31,6 ⁵	– 296,6 ⁵	– 247,4 ⁵	0,3	0,0
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit	–	–	–	–	–	390,3	–	–	–
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	518,9	– 41,4	–	–

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. – ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. – ³ Ohne April-Bezüge. – ⁴ Ohne Ausgaben für Straßenbau, die als Zuweisungen an den gemeindlichen Bereich (Landschaftsverbände) geleistet werden. – ⁵ Der Minusbetrag beruht auf später erfolgten Buchungen. – ⁶ Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. – ⁷ Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 0,0 Mio. €. – ⁸ Ohne Tilgung aus dem „internen Darlehen“ aus Privatisierungserlösen 0,0 Mio. €. – ⁹ Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (= Sondervermögen nach Art. 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 7 717,6 Mio. €, die Ausgaben 8 597,3 Mio. € und der Finanzierungssaldo – 879,7 Mio. €.

Stand: April 2004

4 Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder Ende des Monats März 2004; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen ⁶	Hamburg	Länder zusammen ⁶
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen¹	3 573,0	2 059,7	1 362,6	1 890,0	4 721,0	801,5	1 854,0	53 101,8
	für das laufende Haushaltsjahr								
111	darunter: Steuereinnahmen	1 720,4	1 118,0	985,1	974,6	2 329,0	387,7	1 449,2	38 094,8
112	Länderfinanzausgleich ¹	237,6	130,1	19,1	113,2	875,8	92,0	-	-
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	303,3	1 825,8	1 503,8	1 368,8	4 667,0	268,7	1 033,3	26 353,1
12	Bereinigte Ausgaben¹	3 743,7	2 650,0	2 156,1	2 507,0	5 222,3	1 195,2	2 798,6	65 934,9
	für das laufende Haushaltsjahr								
121	darunter: Personalausgaben								
	(inklusive Versorgung)	1 105,1	853,8	953,6	612,0	2 010,0	326,4	988,0	26 014,6
122	Bauausgaben	72,4	24,4	28,2	48,9	16,0	24,2	71,0	655,6
123	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	168,4	-383,5
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	417,4	661,0	930,6	370,2	2 771,7	257,6	0,0	16 185,1
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)	-170,7	-590,3	-793,5	-617,0	-501,3	-393,7	-944,6	-12 833,2
	(Finanzierungssaldo)								
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	163,1	-	509,1
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	66,1	-	85,8
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	97,0	-	423,3
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	- 119,5	1 163,0	582,5	998,6	508,8	12,5	1 037,7	8 819,7
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	-	-	-399,1	-	32,4	- 1 438,6	- 3 876,9
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	-	-	-	-	-	-	- 162,9	- 1 302,5
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	436,5	168,5	-	- 150,1	- 69,6	176,5	- 0,7	6 388,4
32	Vorschüsse	532,7	831,1	-	183,8	-	- 29,5	1 062,4	10 197,6
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	309,6	90,3	-	3,4	69,4	27,6	949,7	5 191,9
34	Saldo (31-32+33)	213,4	- 572,3	-	- 330,5	- 0,2	233,6	- 113,4	1 382,4
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	- 76,8	0,5	- 211,0	- 348,0	7,3	- 18,2	- 1 621,8	- 7 387,0
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	-	345,0	6,4	83,1	1 804,0	6 035,5
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	-	-	-	-	-	-	310,0
56	Zusammen	-	-	-	345,0	6,4	83,1	1 804,0	6 345,5
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	-76,8 ⁵	0,5	- 211,0 ⁵	- 3,0 ⁵	13,7	64,9	182,2 ⁵	- 1 041,5
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit	-	-	-	2,4	-	-	767,5	1 160,2
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	-	-	-	1,0	69,4	-68,3	104,4	584,0

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. - ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. - ³ Ohne April-Bezüge. - ⁴ Ohne Ausgaben für Straßenbau, die als Zuweisungen an den gemeindlichen Bereich (Landschaftsverbände) geleistet werden. - ⁵ Der Minusbetrag beruht auf später erfolgten Buchungen. -

⁶ Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. - ⁷ Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 0,0 Mio. €. - ⁸ Ohne Tilgung aus dem „Internen Darlehen“ aus Privatisierungserlösen 0,0 Mio. €. - ⁹ Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (= Sondervermögen nach Art. 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 7 717,6 Mio. €, die Ausgaben 8 597,3 Mio. € und der Finanzierungssaldo - 879,7 Mio. €.

Stand: April 2004

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland ¹		Erwerbs- quote ²	Erwerbs- lose	Erwerbs- losen- quote ³	Bruttoinlandsprodukt (real)			
	Mio.	Verän- derung in % p. a.	in %	Mio.	in %	gesamt Veränderung in % p. a.	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	Investitions- quote ⁴ in %
1991	38,5	.	50,8	2,1	5,2	.	.	.	23,8
1992	37,9	- 1,5	50,1	2,5	6,2	2,2	3,8	2,7	24,0
1993	37,4	- 1,3	49,7	3,0	7,5	- 1,1	0,3	1,6	23,0
1994	37,3	- 0,2	49,7	3,2	8,0	2,3	2,5	2,6	23,1
1995	37,4	0,2	49,5	3,1	7,7	1,7	1,5	2,5	22,4
1996	37,3	- 0,3	49,6	3,4	8,4	0,8	1,1	2,3	21,8
1997	37,2	- 0,2	49,9	3,8	9,3	1,4	1,6	2,0	21,4
1998	37,6	1,1	50,2	3,6	8,7	2,0	0,9	1,3	21,4
1999	38,1	1,2	50,4	3,3	8,1	2,0	0,8	1,5	21,6
2000	38,7	1,8	50,8	3,1	7,3	2,9	1,1	2,2	21,7
2001	38,9	0,4	51,0	3,1	7,4	0,8	0,4	1,4	20,3
2002	38,7	- 0,6	50,9	3,4	8,1	0,2	0,8	1,3	18,6
2003 ⁵	38,2	- 1,1	50,7	3,7	8,7	- 0,1	1,0	0,8	17,7
1998/1993	37,4	0,1	49,8	3,4	8,2	1,6	1,5	2,1	22,2
2003/1998	38,4	0,3	50,7	3,4	8,1	1,2	0,8	1,4	20,2

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

² Erwerbstätige im Inland + Erwerbslose in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

³ Erwerbslose in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

⁵ Vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

2 Preisentwicklung¹

Jahr	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlands- nachfrage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator)	Preisindex für die Lebens- haltung ^{2,3}	Lohnstück- kosten ⁴
1991
1992	7,4	5,0	2,2	4,5	4,4	5,1	6,4
1993	2,5	3,7	1,7	3,2	3,8	4,4	3,8
1994	4,9	2,5	0,4	2,4	2,5	2,7	0,5
1995	3,8	2,0	1,2	1,8	1,8	1,7	2,1
1996	1,8	1,0	- 0,4	1,1	1,7	1,4	0,2
1997	2,1	0,7	- 1,8	1,2	2,0	1,9	- 0,7
1998	3,1	1,1	2,3	0,5	1,1	0,9	0,2
1999	2,6	0,5	0,2	0,4	0,2	0,6	0,4
2000	2,6	- 0,3	- 4,4	1,2	1,5	1,5	1,0
2001	2,2	1,3	0,1	1,3	1,5	2,0	1,3
2002	1,8	1,6	1,9	1,0	1,3	1,4	0,7
2003 ⁵	0,9	1,0	1,3	0,6	0,9	1,0	0,6
1998/1993	3,1	1,5	0,3	1,4	1,8	1,7	0,4
2003/1998	2,0	0,8	- 0,2	0,9	1,1	1,3	0,8

¹ Preisbasis 1995.

² Preisbasis 2000.

³ Alle privaten Haushalte.

⁴ Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).

⁵ Vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

3 Außenwirtschaft¹

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €	Mrd. €	Anteile am BIP in %			
1991	.	.	- 3,54	- 17,83	26,3	26,5	- 0,2	- 1,2
1992	0,2	0,3	- 3,97	- 12,78	24,5	24,8	- 0,2	- 0,8
1993	- 4,8	- 6,5	2,87	- 9,93	22,8	22,6	0,2	- 0,6
1994	8,6	8,0	5,53	- 22,73	23,6	23,3	0,3	- 1,3
1995	7,8	6,4	11,62	- 16,60	24,5	23,8	0,6	- 0,9
1996	5,2	3,6	19,07	- 7,44	25,3	24,3	1,0	- 0,4
1997	12,6	11,7	25,67	- 1,67	27,9	26,5	1,4	- 0,1
1998	7,2	6,9	28,84	- 4,50	29,0	27,5	1,5	- 0,2
1999	4,7	7,3	16,02	- 16,68	29,6	28,8	0,8	- 0,8
2000	17,0	19,0	7,52	- 7,88	33,8	33,4	0,4	- 0,4
2001	6,6	1,7	41,24	11,95	35,3	33,3	2,0	0,6
2002	3,6	- 3,4	90,67	65,22	35,9	31,6	4,3	3,1
2003 ²	0,4	0,5	90,53	54,29	35,7	31,5	4,3	2,5
1998/1993	8,3	7,3	15,6	- 10,5	25,5	24,7	0,8	- 0,6
2003/1998	6,3	4,8	45,8	17,1	33,2	31,0	2,2	0,8

¹ In jeweiligen Preisen.

² Vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

4 Einkommensverteilung

Jahr	Volks- einkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und Gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³
	Veränderung in % p. a.			unbereinigt ¹	bereinigt ²	Veränderung in % p. a.	
1991	.	.	.	72,5	72,5	.	.
1992	6,5	1,6	8,3	73,7	74,0	10,4	4,1
1993	1,1	- 2,6	2,4	74,7	75,2	4,4	0,8
1994	3,7	7,4	2,5	73,8	74,5	2,0	- 2,3
1995	4,3	6,1	3,6	73,3	74,1	3,2	- 1,0
1996	1,7	3,9	0,9	72,8	73,6	1,4	- 1,8
1997	1,7	5,0	0,4	71,8	72,8	0,3	- 3,1
1998	2,7	4,1	2,1	71,5	72,5	1,0	0,1
1999	1,8	- 0,3	2,6	72,0	72,9	1,5	1,6
2000	2,7	- 0,3	3,9	72,9	73,7	1,6	0,8
2001	2,2	2,8	2,0	72,7	73,7	1,9	1,7
2002	1,9	4,8	0,8	71,9	73,0	1,5	- 0,4
2003 ⁴	0,1	- 0,3	0,2	72,0	73,3	1,3	- 0,5
1998/1993	2,8	5,3	1,9	73,0	73,8	1,6	- 1,6
2003/1998	1,7	1,3	1,9	72,2	73,2	1,5	0,6

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (1995 = 100).

⁴ Vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

5 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %									
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Deutschland ¹	1,0	2,0	5,7	1,7	2,9	0,8	0,2	0,0	1,6	1,8
Belgien	4,4	1,7	3,1	2,4	3,8	0,6	0,7	0,8	1,8	2,3
Dänemark	-0,6	3,6	1,0	2,8	2,9	1,4	2,1	0,8	2,0	2,3
Griechenland	0,7	2,5	0,0	2,1	4,4	4,0	3,8	4,1	4,2	3,4
Spanien	1,3	2,3	3,8	2,8	4,2	2,8	2,0	2,3	2,9	3,3
Frankreich	1,6	1,5	2,6	1,7	3,8	2,1	1,2	0,1	1,7	2,3
Irland	3,1	3,1	7,6	10,0	10,1	6,2	6,9	1,6	3,7	4,9
Italien	3,5	3,0	2,0	2,9	3,1	1,8	0,4	0,3	1,5	1,9
Luxemburg	0,8	2,9	5,3	1,3	9,1	1,2	1,3	1,2	1,9	2,8
Niederlande	1,2	3,1	4,1	3,0	3,5	1,2	0,2	-0,9	0,6	2,0
Österreich	2,2	2,4	4,7	1,6	3,4	0,8	1,4	0,9	1,9	2,5
Portugal	4,6	2,8	4,0	4,3	3,7	1,6	0,4	-0,8	1,0	2,0
Finnland	5,1	3,1	0,0	4,1	5,1	1,2	2,2	1,5	2,5	2,7
Schweden	1,7	2,2	1,1	4,0	4,4	1,1	1,9	1,4	2,2	2,6
Vereinigtes Königreich	-2,1	3,6	0,8	2,9	3,8	2,1	1,7	2,0	2,8	2,9
Euro-Zone	1,9	2,2	3,6	2,2	3,5	1,6	0,9	0,4	1,8	2,3
EU-15	1,3	2,5	3,0	2,4	3,5	1,7	1,1	0,8	2,0	2,4
Japan	2,8	4,6	5,2	1,9	2,8	0,4	0,1	2,6	1,7	1,5
USA	-0,2	3,8	1,7	2,7	3,8	0,3	2,5	2,8	3,8	3,3

¹ 1980 – 1990 nur alte Bundesländer.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1995: „Europäische Wirtschaft“ Nr. 4/2003 (Herausgeber EU-Kommission). Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Herbstprognose, Oktober 2003.
Stand: November 2003.

6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %									
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Deutschland ¹	5,8	1,8	2,7	1,9	1,4	1,9	1,3	1,1	1,6	1,3
Belgien	6,7	5,0	2,7	1,5	2,7	2,4	1,6	1,5	1,6	1,9
Dänemark	9,6	4,5	2,9	1,9	2,7	2,3	2,4	2,3	1,8	1,9
Griechenland	22,5	19,6	19,8	9,0	2,9	3,7	3,9	3,6	3,7	3,4
Spanien	15,7	8,1	6,6	4,8	3,5	2,8	3,6	3,1	2,8	2,6
Frankreich	13,0	5,8	3,0	2,0	1,8	1,8	1,9	2,1	1,8	1,5
Irland	18,6	5,1	2,1	2,8	5,3	4,0	4,7	4,1	3,0	2,7
Italien	20,8	9,1	6,4	6,0	2,6	2,3	2,6	2,8	2,3	1,9
Luxemburg	7,5	4,3	3,6	2,2	3,8	2,4	2,1	2,2	2,0	1,7
Niederlande	7,4	3,0	2,2	1,4	2,3	5,1	3,9	2,4	1,3	0,9
Österreich	5,7	3,5	3,3	2,0	2,0	2,3	1,7	1,3	1,6	1,5
Portugal	21,6	19,4	11,6	4,3	2,8	4,4	3,7	3,4	2,6	2,5
Finnland	11,1	5,5	5,5	0,4	3,0	2,7	2,0	1,4	1,0	1,7
Schweden	12,4	6,9	9,7	2,8	1,3	2,7	2,0	2,3	1,4	1,7
Vereinigtes Königreich	16,2	5,3	7,5	3,1	0,8	1,2	1,3	1,4	1,5	1,6
Euro-Zone	11,8	5,7	4,4	3,0	2,1	2,4	2,3	2,1	2,0	1,7
EU-15	12,4	5,6	5,1	3,0	1,9	2,2	2,1	2,0	1,9	1,7
Japan	7,5	1,8	2,6	-0,3	-0,7	-0,6	-0,9	-0,3	-0,4	-0,3
USA	10,8	3,5	4,6	2,3	3,4	2,8	1,6	2,3	1,4	1,0

¹ 1980 – 1990 nur alte Bundesländer.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1995: „Europäische Wirtschaft“ Nr. 4/2003 (Herausgeber EU-Kommission). Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Herbstprognose, Oktober 2003.
Stand: November 2003.

7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung								
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004
Deutschland ¹	2,7	7,2	4,8	8,0	7,8	7,8	8,6	9,4	9,6
Belgien	7,4	10,1	6,6	9,7	6,9	6,7	7,3	8,2	8,3
Dänemark	4,9	6,7	7,2	6,7	4,4	4,3	4,5	5,5	5,2
Griechenland	2,7	7,0	6,4	9,2	11,0	10,4	10,0	9,5	9,2
Spanien	8,5	17,7	13,1	18,8	11,3	10,6	11,3	11,3	10,9
Frankreich	6,2	9,8	8,6	11,3	9,3	8,5	8,8	9,4	9,7
Irland	8,0	16,8	13,4	12,3	4,3	3,9	4,4	4,8	5,1
Italien	7,1	8,2	8,9	11,5	10,4	9,4	9,0	8,8	8,8
Luxemburg	2,4	2,9	1,7	2,9	2,3	2,1	2,8	3,7	4,2
Niederlande	6,2	7,9	5,8	6,6	2,8	2,4	2,7	4,4	5,8
Österreich	1,1	3,1	3,1	3,9	3,7	3,6	4,3	4,5	4,6
Portugal	7,6	9,1	4,8	7,3	4,1	4,1	5,1	6,6	7,2
Finnland	4,7	4,9	3,2	15,4	9,8	9,1	9,1	9,3	9,2
Schweden	2,0	2,9	1,7	8,8	5,6	4,9	4,9	5,7	5,8
Vereinigtes Königreich	5,6	11,2	6,9	8,5	5,4	5,0	5,1	4,9	4,9
Euro-Zone	5,6	9,3	7,6	10,6	8,5	8,0	8,4	8,9	9,1
EU-15	5,5	9,4	7,3	10,1	7,8	7,4	7,7	8,1	8,2
Japan	2,0	2,6	2,1	3,1	4,7	5,0	5,4	5,2	5,1
USA	7,1	7,2	5,5	5,6	4,0	4,8	5,8	6,1	6,2

¹ 1980 – 1990 nur alte Bundesländer.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1995: „Europäische Wirtschaft“ Nr. 4/2003 (Herausgeber EU-Kommission). Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Herbstprognose, Oktober 2003

Stand: November 2003

8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanz			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %								in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	2002	2003	2004 ¹	2005 ¹	2002	2003	2004 ¹	2005 ¹	2002	2003	2004 ¹	2005 ¹
Gemeinschaft der unabhängigen Staaten	5,1	7,6	6,0	5,2	13,8	12,1	10,3	8,8	6,9	7,0	6,1	3,8
darunter												
Russische Föderation	4,7	7,3	6,0	5,3	15,8	13,7	11,2	9,9	8,9	8,9	7,9	5,1
Ukraine	5,2	9,3	6,0	4,0	0,8	5,2	6,9	4,6	7,5	6,0	3,6	2,6
Asien	6,2	7,1	7,2	6,8	1,9	2,5	3,7	3,0	3,9	3,8	3,2	2,8
darunter												
China	8,0	9,1	8,5	8,0	-0,8	1,2	3,0	2,3	2,8	2,1	1,9	1,8
Indien	4,8	7,1	6,8	6,0	4,3	3,9	5,1	3,5	1,0	0,4	0,1	0,2
Indonesien	3,7	4,1	4,8	5,0	11,9	6,6	5,0	4,5	4,5	3,9	2,9	2,2
Korea	7,0	3,1	5,5	5,3	2,8	3,5	3,3	3,3	1,0	2,1	1,5	0,9
Thailand	5,4	6,4	7,0	7,0	0,7	1,8	2,3	1,3	6,0	5,0	3,7	2,3
Türkei	7,8	5,0	5,0	5,0	45,0	25,3	12,0	10,6	-0,8	-2,7	-2,6	-1,9
Lateinamerika	-0,1	1,7	3,9	3,7	8,9	10,6	6,2	5,6	-1,0	0,2	-0,5	-1,3
darunter												
Argentinien	-10,9	8,7	5,5	4,0	25,9	13,4	6,7	9,5	10,5	5,7	4,6	1,6
Brasilien	1,9	-0,2	3,5	3,5	8,4	14,8	5,9	4,7	-1,7	0,8	-0,4	-0,9
Chile	2,2	3,3	4,5	5,6	2,5	2,8	1,3	2,9	-1,3	-0,8	-0,1	-0,6
Mexiko	0,7	1,3	3,3	3,3	5,0	4,5	4,3	3,2	-2,2	-1,5	-2,4	-2,8
Venezuela	-8,9	-9,2	8,8	1,1	22,4	31,1	29,3	35,0	7,9	11,3	9,3	6,4

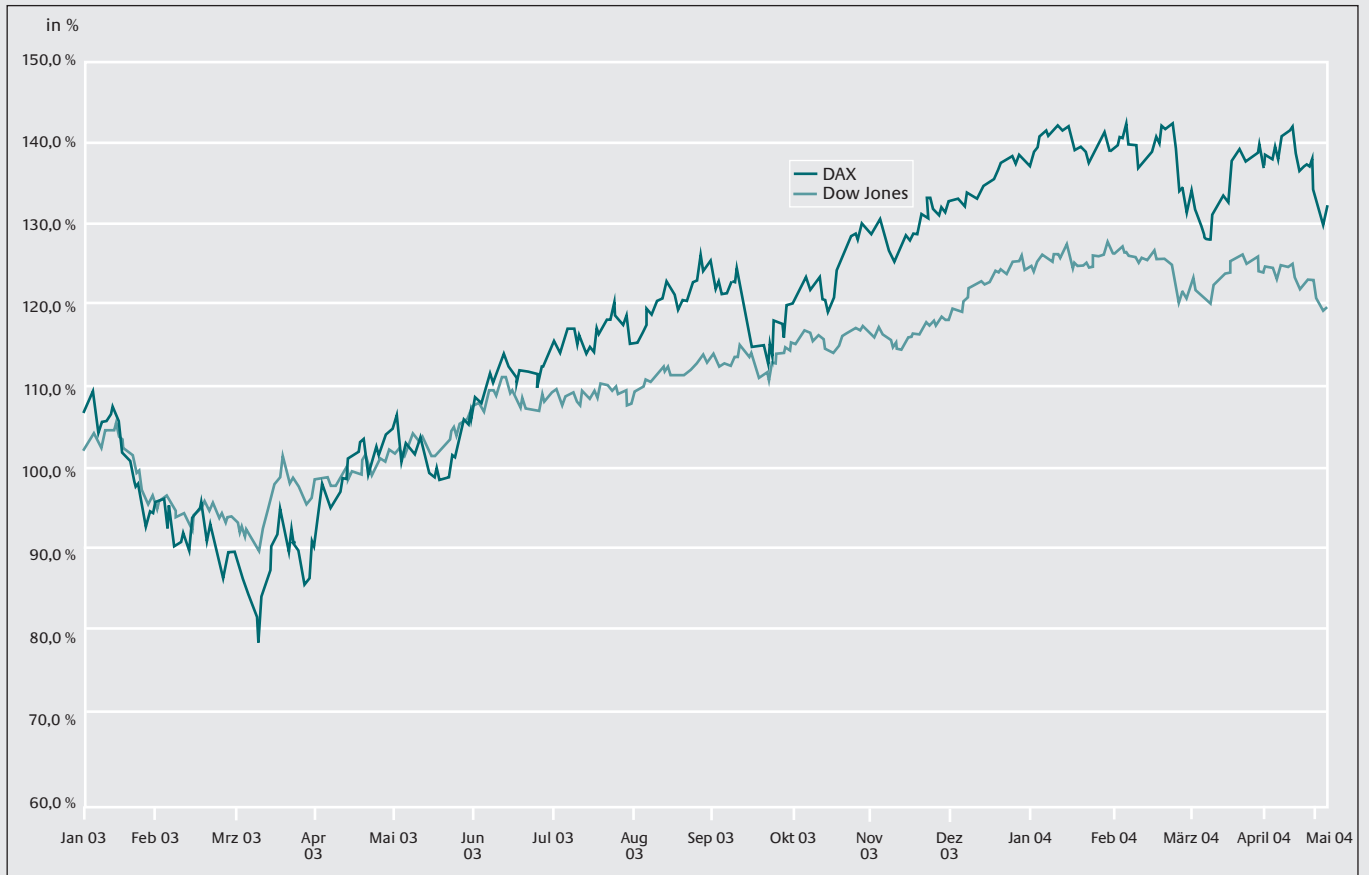
¹ Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook, Stand: April 2004

9 Entwicklung von DAX und Dow Jones

Eröffnungskurs 2. Januar 2003 = 100 %

(2. Januar 2003 bis 11. Mai 2004)



10 Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindices

	Stand 13.05.2004	Anfang 2004	Änderung in % zu Anfang 2004	Tief 2002/2003	Hoch 2000
Dow Jones	10 010,74	10 410	- 3,83	7 197	11 750
Eurostoxx 50	2 682,68	2 687	- 0,18	1 904	5 220
Dax	3 824,93	4 019	- 4,82	2 189	8 136
CAC 40	3 614,24	3 597	0,48	2 401	6 945
Nikkei	10 825,10	10 825	0,00	7 604	20 434

Renditen staatlicher Benchmarkanleihen

10 Jahre	Aktuell 14.05.2004	Anfang 2004	Spread zu US-Bond in %	Tief 2002/2003	Hoch 2002/2003
USA	4,87	4,3741	-	3,57	5,43
Bund	4,36	4,329	- 0,52	3,79	5,26
Japan	1,50	1,40	- 3,37	0,63	1,67
Brasilien	12,22	8,218	7,35	8,46	30,78

Währungen

	Aktuell 14.05.2004	Anfang 2004	Änderung in % zu Anfang 2004	Tief 2002/2003	Hoch 2002/2003
Dollar/Euro	1,18	1,26	- 6,25	0,86	1,26
Yen/Dollar	114,75	107,03	7,21	107,31	134,37
Yen/Euro	135,29	134,68	0,45	112,12	140,57
Pfund/Euro	0,67	0,70	- 4,72	0,61	0,72

11 Vergleich der jüngsten Vorausschätzungen

BIP/Verbraucherpreise/Arbeitslosenquote

	BIP (real)				Verbraucherpreise ¹				Arbeitslosenquote			
	2002	2003	2004	2005	2002	2003	2004	2005	2002	2003	2004	2005
Deutschland												
EU	0,2	-0,1	1,5	1,8	1,3	1,0	1,3	1,1	8,6	9,3	9,1	8,8
OECD	0,2	0,0	1,4	2,3	1,3	0,9	0,8	0,7	8,1	8,9	9,1	8,8
IWF	0,2	-0,1	1,6	1,9	1,3	1,1	1,0	0,9	8,6	9,9	10,2	10,0
USA												
EU	2,2	3,1	4,2	3,2	1,6	2,3	1,4	1,2	5,8	6,0	5,6	5,6
OECD	2,4	2,9	4,2	3,8	1,4	1,9	1,3	1,2	5,8	6,1	5,9	5,2
IWF	2,2	3,1	4,6	3,9	1,6	2,3	2,3	2,2	5,8	6,0	5,5	5,4
Japan												
EU	-0,4	2,7	3,4	2,3	-0,9	-0,3	0,0	0,2	5,4	5,1	4,8	4,7
OECD	0,2	2,7	1,8	1,8	-1,5	-1,4	-0,6	-0,4	5,4	5,3	5,2	5,0
IWF	-0,3	2,7	3,4	1,9	-0,9	-0,2	-0,4	-0,1	5,4	5,3	4,9	4,9
Frankreich												
EU	1,2	0,2	1,7	2,4	1,9	2,2	1,9	1,5	8,8	9,4	9,6	9,4
OECD	1,3	0,1	1,7	2,4	1,8	1,7	1,5	0,9	9,0	9,6	9,8	9,7
IWF	1,2	0,2	1,8	2,4	1,9	2,2	1,8	1,6	8,8	9,3	9,4	9,1
Italien												
EU	0,4	0,3	1,2	2,1	2,6	2,8	2,2	1,9	9,0	8,7	8,6	8,5
OECD	0,4	0,5	1,6	2,1	3,0	2,9	2,0	2,0	9,1	8,9	8,9	8,8
IWF	0,4	0,3	1,2	2,0	2,6	2,8	2,1	2,0	9,0	8,7	8,4	8,2
Großbritannien												
EU	1,6	2,2	3,0	2,8	1,3	1,4	1,6	1,9	5,1	5,0	5,0	5,0
OECD	1,7	1,9	2,7	2,9	1,3	1,2	1,7	2,3	5,2	5,0	4,9	4,8
IWF	1,7	2,3	3,5	2,5	1,3	1,4	1,6	1,8	5,2	5,0	4,9	4,9
Kanada												
EU	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
OECD	3,3	1,8	2,8	3,2	1,9	1,8	1,5	2,0	7,6	7,8	7,8	7,4
IWF	3,3	1,7	2,6	3,1	2,3	2,7	1,4	1,9	7,7	7,6	7,4	7,1
EU-15												
EU	1,1	0,8	2,0	2,4	2,1	2,0	1,8	1,7	7,7	8,0	8,1	7,9
OECD	1,1	0,7	1,9	2,5	2,1	1,8	1,6	1,6	7,7	8,0	8,1	7,9
IWF	1,1	0,8	2,0	2,4	2,2	2,0	1,7	1,7	7,7	8,2	8,3	8,1
Eurozone												
EU	0,9	0,4	1,7	2,3	2,3	2,1	1,8	1,6	8,4	8,8	8,8	8,6
OECD	0,9	0,5	1,8	2,5	2,3	1,9	1,6	1,4	8,4	8,8	9,0	8,7
IWF	0,9	0,4	1,7	2,3	2,3	2,1	1,7	1,6	8,4	8,8	9,1	8,9

Quellen: **EU-KOM:** Frühjahrsprognose, April 2004.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2003.

IWF: World Economic Outlook, April 2004.

: Keine Angaben.

¹ EU und IWF – Verbraucherpreise (EU: harmonisierte).

OECD: Deflator des privaten Verbrauchs.

Stand: April 2004

11 Vergleich der jüngsten Vorausschätzungen

BIP/Verbraucherpreise/Arbeitslosenquote

	BIP (real)				Verbraucherpreise ¹				Arbeitslosenquote			
	2002	2003	2004	2005	2002	2003	2004	2005	2002	2003	2004	2005
Belgien												
EU	0,7	1,1	2,0	2,5	1,6	1,5	1,5	1,6	7,3	8,1	8,3	7,9
OECD	0,7	0,7	1,9	2,8	1,7	1,7	1,4	1,4	7,3	8,2	8,5	8,2
IWF	0,7	1,1	1,8	2,4	1,6	1,5	1,4	1,4	7,3	8,1	8,3	8,2
Dänemark												
EU	1,0	0,0	2,1	2,2	2,4	2,0	1,5	1,8	4,6	5,6	5,8	5,3
OECD	2,1	0,5	2,4	2,8	2,4	1,9	1,5	1,9	4,5	5,5	5,3	5,0
IWF	1,0	0,2	1,8	2,6	2,3	2,1	1,7	1,8	4,9	6,0	6,0	5,6
Finnland												
EU	2,3	1,9	2,6	2,7	2,0	1,3	0,4	1,5	9,1	9,0	8,9	8,6
OECD	2,2	1,0	3,4	3,8	3,0	0,9	1,2	1,7	9,1	9,2	9,0	8,5
IWF	2,3	1,9	2,9	2,5	2,0	1,3	0,7	1,0	9,1	9,0	8,8	8,5
Griechenland												
EU	3,9	4,2	4,0	3,3	3,9	3,4	3,4	3,5	10,0	9,3	8,4	8,0
OECD	3,8	4,0	4,1	3,6	3,6	3,4	3,5	3,4	10,0	9,3	8,9	8,8
IWF	3,8	4,2	4,0	3,0	3,9	3,6	3,3	3,1	9,9	9,8	9,7	9,8
Irland												
EU	6,9	1,2	3,7	4,6	4,7	4,0	2,1	2,3	4,3	4,6	5,0	4,9
OECD	6,9	1,8	3,6	4,8	6,1	2,5	3,1	3,0	4,4	4,8	5,0	5,0
IWF	6,9	1,4	3,6	4,7	4,7	4,0	2,6	2,4	4,2	4,9	5,0	4,9
Luxemburg												
EU	1,3	1,8	2,4	3,1	2,1	2,5	2,0	1,7	2,8	3,7	4,7	5,0
OECD	1,3	1,2	2,0	2,9	2,3	2,0	1,8	1,6	3,0	3,8	4,2	4,4
IWF	1,3	1,2	2,3	3,3	2,1	2,6	2,1	1,7	3,0	4,1	4,9	5,5
Niederlande												
EU	0,2	-0,8	1,0	1,6	3,9	2,2	1,4	0,7	2,7	3,8	5,3	6,0
OECD	0,2	-0,5	1,0	2,0	3,1	2,1	1,4	1,0	2,3	3,7	5,2	5,2
IWF	0,2	-0,8	1,0	2,0	3,9	2,2	1,3	1,2	2,5	4,2	5,3	5,6
Österreich												
EU	1,4	0,7	1,8	2,5	1,7	1,3	1,4	1,3	4,3	4,4	4,5	4,3
OECD	1,4	0,8	1,6	2,4	1,1	1,2	0,9	1,1	5,3	5,5	5,5	5,2
IWF	1,4	0,7	1,4	2,4	1,7	1,3	1,2	1,2	4,3	4,4	4,4	4,1
Portugal												
EU	0,4	-1,3	0,8	2,2	3,7	3,3	2,0	2,2	5,1	6,4	6,8	6,7
OECD	0,4	-0,8	1,5	2,6	3,7	3,6	2,1	1,8	5,1	6,4	6,5	6,0
IWF	0,5	-1,3	0,8	2,7	3,7	3,3	2,1	1,9	5,1	6,4	7,1	6,8
Schweden												
EU	2,1	1,6	2,3	2,6	2,0	2,3	1,2	1,6	4,9	5,6	6,1	5,8
OECD	1,9	1,5	2,3	2,7	2,0	2,2	1,4	2,0	4,0	4,8	4,7	4,4
IWF	2,1	1,6	2,5	2,7	2,0	2,3	1,2	2,1	4,0	4,9	4,8	4,5
Spanien												
EU	2,0	2,4	2,8	3,3	3,6	3,1	2,4	2,3	11,3	11,3	10,9	10,5
OECD	2,0	2,3	2,9	3,1	3,5	3,0	2,8	2,9	11,4	11,4	11,0	10,6
IWF	2,0	2,4	2,8	3,3	3,9	3,0	2,7	2,7	11,4	11,3	10,8	10,1

Quellen: **EU-KOM:** Frühjahrsprognose, April 2004.
OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2003.
IWF: World Economic Outlook, April 2004.

: Keine Angaben.

¹ EU und IWF – Verbraucherpreise (EU: harmonisierte).
OECD: Deflator des privaten Verbrauchs.

Stand: April 2004.

11 Vergleich der jüngsten Vorausschätzungen

BIP/Verbraucherpreise/Arbeitslosenquote

	BIP (real)				Verbraucherpreise ¹				Arbeitslosenquote			
	2002	2003	2004	2005	2002	2003	2004	2005	2002	2003	2004	2005
Estland												
EU	6,0	4,8	5,4	5,9	3,6	1,4	2,8	2,9	10,5	10,0	9,7	9,6
OECD	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
IWF	6,0	4,7	5,5	5,0	3,6	1,3	3,0	2,5	:	:	:	:
Lettland												
EU	6,1	7,5	6,2	6,2	2,0	2,9	4,0	3,5	12,6	10,5	10,3	10,1
OECD	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
IWF	6,1	6,7	6,0	6,0	1,9	2,9	3,0	3,0	:	:	:	:
Litauen												
EU	6,8	8,9	6,9	6,6	0,4	- 1,1	1,0	2,2	13,6	12,7	11,5	10,7
OECD	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
IWF	6,8	9,0	6,7	6,3	0,3	- 1,2	1,1	2,5	:	:	:	:
Malta												
EU	1,7	0,4	1,4	2,0	:	1,3	1,8	1,9	7,5	8,2	8,6	8,1
OECD	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
IWF	1,2	1,3	2,6	3,2	2,2	1,3	2,1	2,0	:	:	:	:
Polen												
EU	1,4	3,7	4,6	4,8	1,9	0,7	2,3	3,0	19,8	19,8	19,6	19,3
OECD	1,4	3,3	3,5	4,5	1,8	0,8	1,9	1,4	19,9	19,3	19,2	18,5
IWF	1,4	3,7	4,7	4,0	1,9	0,8	3,0	2,4	:	:	:	:
Slowakei												
EU	4,4	4,2	4,0	4,1	3,5	8,5	8,2	4,5	18,7	17,1	16,5	15,9
OECD	4,4	3,9	4,2	4,4	2,4	8,6	7,9	4,0	18,6	17,6	16,9	16,5
IWF	4,4	4,2	3,9	4,1	3,3	8,5	7,8	4,2	:	:	:	:
Slowenien												
EU	2,9	2,3	3,2	3,6	7,5	5,7	3,6	3,2	6,1	6,5	6,4	6,2
OECD	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
IWF	2,9	2,3	3,5	4,1	7,5	5,6	3,7	3,4	:	:	:	:
Tschechien												
EU	2,0	2,9	2,9	3,4	1,4	- 0,1	2,8	2,8	7,3	7,8	8,2	8,2
OECD	2,0	2,5	2,9	3,2	- 0,1	- 0,2	1,8	1,4	7,3	7,5	7,5	7,3
IWF	2,0	2,9	3,0	3,4	1,8	0,1	3,5	3,0	:	:	:	:
Ungarn												
EU	3,5	2,9	3,2	3,4	5,2	4,7	6,9	4,6	5,6	5,8	5,7	5,6
OECD	3,3	2,9	3,3	3,8	5,0	4,6	6,5	4,5	5,9	5,9	5,6	5,2
IWF	3,5	2,9	3,2	3,4	5,3	4,7	7,1	4,4	:	:	:	:
Zypern												
EU	2,0	2,0	3,4	4,1	2,8	4,0	2,2	2,1	3,9	4,4	4,1	4,0
OECD	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
IWF	2,0	2,0	3,0	3,5	2,8	4,1	1,2	3,7	3,5	3,5	3,4	3,2
AC – 10												
EU	2,4	3,6	4,0	4,0	2,7	2,1	3,8	3,3	14,8	14,3	14,1	13,8
EU – 25												
EU	1,1	0,9	2,1	2,5	2,1	2,0	1,8	1,8	7,9	9,0	9,0	8,8

Quellen: **EU-KOM:** Frühjahrsprognose, April 2004.
OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2003.
IWF: World Economic Outlook, April 2004.

: Keine Angaben.

¹ EU und IWF – Verbraucherpreise (EU: harmonisierte).
OECD: Deflator des privaten Verbrauchs.

Stand: April 2004.

12 Vergleich der jüngsten Vorausschätzungen

Öffentlicher Haushaltssaldo/Staatsschuldenquote/Leistungsbilanzsaldo

	Öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2002	2003	2004	2005	2002	2003	2004	2005	2002	2003	2004	2005
Deutschland												
EU	-3,5	-3,9	-3,6	-2,8	60,8	64,2	65,6	66,1	3,1	2,6	2,9	2,4
OECD	-3,5	-4,1	-3,7	-3,5	60,8	63,3	64,7	65,8	2,7	2,1	2,8	3,3
IWF	-3,5	-4,0	-3,5	-3,1	60,8	64,1	65,4	66,6	2,8	2,4	3,1	2,7
USA												
EU	-3,7	-4,8	-4,5	-4,2	:	:	:	:	-4,5	-4,7	-5,2	-5,0
OECD	-3,4	-4,9	-5,1	-4,9	60,8	63,4	66,0	68,5	-4,6	-5,0	-5,0	-5,1
IWF	-3,3	-4,9	-4,8	-3,5	56,8	58,5	59,6	61,3	-4,6	-4,9	-4,2	-4,1
Japan												
EU	-7,9	-7,7	-7,4	-7,2	:	:	:	:	2,8	3,1	3,6	3,8
OECD	-7,1	-7,4	-6,8	-6,9	147,3	154,6	161,2	167,2	2,8	2,9	3,6	4,3
IWF	-7,9	-8,2	-7,1	-6,6	158,4	166,1	171,2	176,4	2,8	3,2	3,1	3,2
Frankreich												
EU	-3,2	-4,1	-3,7	-3,6	58,6	63,0	64,6	65,6	1,6	0,9	0,9	0,7
OECD	-3,1	-4,0	-3,7	-3,5	58,9	61,4	63,8	65,8	2,0	0,9	1,0	1,2
IWF	-3,2	-4,1	-3,9	-3,2	58,7	63,2	64,9	65,6	1,8	0,8	0,3	0,7
Italien												
EU	-2,3	-2,4	-3,2	-4,0	108,0	106,2	106,0	106,0	-0,3	-1,2	-1,4	-1,3
OECD	-2,5	-2,7	-2,9	-3,9	106,7	106,4	106,0	105,9	-0,6	-1,2	-1,2	-1,4
IWF	-2,3	-2,4	-2,9	-2,8	108,0	106,2	105,2	103,9	-0,6	-0,9	-0,8	-0,5
Großbritannien												
EU	-1,6	-3,2	-2,8	-2,6	38,5	39,9	40,1	40,6	-1,7	-1,7	-2,1	-1,8
OECD	-1,5	-2,9	-2,9	-3,2	38,5	39,7	41,0	42,2	-1,8	-2,7	-3,5	-3,6
IWF	-1,5	-3,0	-3,0	-3,0	38,2	38,8	39,8	41,1	-1,7	-2,4	-2,2	-2,1
Kanada												
EU	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
OECD	0,8	1,0	0,7	0,8	77,8	75,6	73,6	70,8	2,0	1,9	1,9	1,9
IWF	0,8	1,2	1,0	1,3	96,0	91,0	87,2	82,5	2,0	2,1	1,8	1,7
EU-15												
EU	-2,0	-2,6	-2,6	-2,4	62,5	64,0	64,2	64,1	0,6	0,5	0,6	0,5
OECD	-2,0	-2,7	-2,6	-2,7	:	:	:	:	0,7	0,1	0,1	0,3
IWF	-1,9	-2,6	-2,6	-2,3	:	:	:	:	0,6	0,2	0,3	0,3
Eurozone												
EU	-2,2	-2,7	-2,7	-2,6	69,2	70,4	70,9	70,9	0,9	0,4	0,6	0,5
OECD	-2,3	-2,7	-2,6	-2,7	:	:	:	:	1,1	0,4	0,7	0,9
IWF	-2,3	-2,8	-2,8	-2,4	69,2	70,4	70,6	70,3	1,2	0,6	0,7	0,8

Quellen: **EU-KOM:** Frühjahrsprognose, April 2004

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2003.

IWF: World Economic Outlook, April 2004; Staatsschulden: Revised Projections, März 2004

: Keine Angaben.

Stand: April 2004.

12 Vergleich der jüngsten Vorausschätzungen

Öffentlicher Haushaltssaldo/Staatsschuldenquote/Leistungsbilanzsaldo

	Öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2002	2003	2004	2005	2002	2003	2004	2005	2002	2003	2004	2005
Belgien												
EU	0,1	0,2	-0,5	-0,7	105,8	100,5	97,4	94,3	5,1	3,7	4,1	4,2
OECD	0,0	0,2	0,0	-0,5	106,1	102,4	98,8	95,3	4,7	5,1	5,5	6,0
IWF	:	0,2	-0,1	-0,1	:	:	:	:	5,4	4,5	4,6	4,5
Dänemark												
EU	1,7	1,5	1,1	1,5	47,2	45,0	42,3	40,0	2,0	2,9	2,9	3,2
OECD	2,0	0,8	1,0	1,5	45,5	43,6	41,7	39,8	2,5	3,7	3,5	3,5
IWF	1,6	1,2	1,1	1,3	:	:	:	:	2,5	2,8	2,6	2,6
Finnland												
EU	4,3	2,3	2,0	2,1	42,6	45,3	44,5	44,3	7,4	5,5	5,5	5,6
OECD	4,2	2,6	1,9	2,0	42,7	41,8	42,1	40,1	7,6	7,3	7,6	8,2
IWF	4,3	2,1	2,0	2,1	:	:	:	:	6,8	5,5	5,9	6,3
Griechenland												
EU	-1,4	-3,0	-3,2	-2,8	104,7	103,0	102,8	101,7	-5,2	-7,0	-6,4	-6,6
OECD	-1,5	-1,6	-1,6	-1,5	104,7	102,9	100,9	98,4	-6,4	-6,5	-6,3	-5,9
IWF	-1,2	-2,7	-2,7	-2,5	:	:	:	:	-6,1	-5,6	-5,0	-4,4
Irland												
EU	-0,2	0,2	-0,8	-1,0	32,3	32,0	32,4	32,6	-0,7	-0,9	-1,0	-0,7
OECD	-0,2	-1,0	-1,3	-1,3	32,4	32,5	32,0	30,8	-0,7	-1,7	-1,4	0,5
IWF	-0,2	-0,3	-0,9	-1,0	:	:	:	:	-0,7	-2,0	-2,4	-1,3
Luxemburg												
EU	2,7	-0,1	-2,0	-2,3	5,7	4,9	4,5	3,8	:	6,7	7,7	8,8
OECD	2,4	-0,3	-1,8	-2,6	5,7	4,9	5,7	5,6	7,2	7,6	7,6	8,3
IWF	2,4	-1,0	-3,1	-3,1	:	:	:	:	8,2	5,9	6,9	8,0
Niederlande												
EU	-1,9	-3,2	-3,5	-3,3	52,6	54,8	56,3	58,6	2,1	1,5	3,8	4,3
OECD	-1,6	-2,4	-2,5	-1,8	52,4	54,1	55,9	56,3	1,4	1,9	3,2	2,9
IWF	-1,6	-3,2	-3,0	-2,7	:	:	:	:	2,5	2,2	2,6	2,9
Österreich												
EU	-0,2	-1,1	-1,1	-1,9	66,6	65,0	65,5	65,3	0,5	-0,4	-0,4	-0,4
OECD	-0,4	-1,3	-1,2	-1,8	66,7	66,8	66,9	67,1	0,4	-0,2	-0,2	-0,3
IWF	-0,4	-1,2	-0,9	-1,7	:	:	:	:	0,3	-0,1	-0,2	-0,5
Portugal												
EU	-2,7	-2,8	-3,4	-3,8	58,1	59,4	60,7	62,0	-7,4	-5,0	-3,9	-3,6
OECD	-2,7	-2,9	-3,0	-2,3	58,0	59,8	60,2	59,8	-7,1	-4,9	-4,0	-3,7
IWF	-2,7	-2,8	-4,2	-4,0	:	:	:	:	-6,7	-5,1	-4,4	-4,0
Schweden												
EU	0,0	0,7	0,2	0,7	52,6	51,9	51,8	50,5	5,1	5,5	6,0	6,1
OECD	1,1	0,2	0,5	1,0	52,7	52,1	51,6	50,9	4,1	3,7	4,3	4,9
IWF	1,1	0,2	0,4	1,2	:	:	:	:	4,8	6,6	5,9	6,0
Spanien												
EU	0,0	0,3	0,4	0,6	54,6	50,8	48,0	45,1	-2,7	-3,2	-3,2	-3,4
OECD	0,1	0,1	0,2	0,3	53,8	51,5	49,1	46,8	-2,4	-3,6	-4,0	-4,3
IWF	0,1	0,3	0,4	0,5	:	:	:	:	-2,4	-2,5	-2,9	-2,9

Quellen: **EU-KOM:** Frühjahrsprognose, April 2004
OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2003.
IWF: World Economic Outlook, April 2004.

: Keine Angaben.

Stand: April 2004.

12 Vergleich der jüngsten Vorausschätzungen

Öffentlicher Haushaltssaldo/ Staatsschuldenquote/ Leistungsbilanzsaldo

	Öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2002	2003	2004	2005	2002	2003	2004	2005	2002	2003	2004	2005
Estland												
EU	1,8	2,6	0,7	0,0	5,7	5,8	5,4	5,3	-12,2	-13,7	-11,5	-9,1
OECD	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
IWF	:	:	:	:	:	:	:	:	-12,2	-13,7	-11,0	-7,5
Lettland												
EU	-2,7	-1,8	-2,2	-2,0	15,5	15,6	16,0	16,1	-7,6	-9,1	-10,1	-10,9
OECD	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
IWF	:	:	:	:	:	:	:	:	-7,2	-9,1	-9,9	-8,1
Litauen												
EU	-1,4	-1,7	-2,8	-2,6	22,8	21,9	22,8	23,2	-5,4	-6,1	-6,2	-5,9
OECD	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
IWF	:	:	:	:	:	:	:	:	-5,2	-6,5	-6,7	-6,7
Malta												
EU	-5,7	-9,7	-5,9	-4,5	61,7	72,0	73,9	75,9	:	-3,4	-4,3	-3,9
OECD	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
IWF	:	:	:	:	:	:	:	:	-2,1	-4,3	-3,5	-3,1
Polen												
EU	-3,6	-4,1	-6,0	-4,5	41,2	45,4	49,1	50,3	-2,6	-2,0	-2,3	-2,8
OECD	-3,7	-4,2	-5,0	-4,8	42,8	45,4	48,5	51,0	-2,8	-3,1	-3,9	-4,3
IWF	:	:	:	:	:	:	:	:	-2,6	-2,0	-2,3	-2,9
Slowakei												
EU	-5,7	-3,6	-4,1	-3,9	43,3	42,8	45,1	46,1	-8,2	-0,9	-2,5	-4,0
OECD	-7,2	-5,1	-4,1	-3,5	38,2	43,8	44,9	46,4	-8,1	-2,2	-2,8	-4,0
IWF	:	:	:	:	:	:	:	:	-8,0	-0,9	-2,9	-3,5
Slowenien												
EU	-1,9	-1,8	-1,7	-1,8	27,8	27,1	28,3	28,2	1,7	0,2	-0,5	-0,6
OECD	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
IWF	:	:	:	:	:	:	:	:	1,4	0,1	-0,6	-1,0
Tschechien												
EU	-6,4	-12,9	-5,9	-5,1	28,9	37,6	40,6	42,4	-5,8	-6,5	-6,8	-6,6
OECD	-3,9	-6,6	-5,7	-5,1	:	:	:	:	-6,5	-6,9	-6,9	-6,7
IWF	:	:	:	:	:	:	:	:	-6,1	-6,5	-5,4	-4,8
Ungarn												
EU	-9,3	-5,9	-4,9	-4,3	57,1	59,0	58,7	58,0	:	-5,7	-5,4	-5,1
OECD	-9,2	-5,2	-4,3	-3,3	:	:	:	:	-3,9	-6,0	-5,5	-5,5
IWF	:	:	:	:	:	:	:	:	-4,1	-5,5	-5,3	-4,3
Zypern												
EU	-4,6	-6,3	-4,6	-4,1	67,1	72,2	74,6	76,9	:	-4,4	-3,7	-3,5
OECD	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
IWF	-3,6	-6,3	-5,4	-4,7	:	:	:	:	-5,4	-5,0	-4,4	-4,1
AC – 10												
EU	-4,9	-5,7	-5,0	-4,2	39,4	42,2	44,4	45,2	:	-3,7	-3,9	-4,1
EU – 25												
EU	-2,1	-2,7	-2,7	-2,5	61,5	63,1	63,4	63,4	:	0,1	0,2	0,1

Quellen: **EU-KOM:** Frühjahrsprognose, April 2004.
OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2003.
IWF: World Economic Outlook, April 2004.

: Keine Angaben.

Stand: April 2004.

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen
Referat Information und Publikation
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
<http://www.bundesfinanzministerium.de>

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen
Arbeitsgruppe Monatsbericht
Redaktion.Monatsbericht@BMF.Bund.de
Berlin, Mai 2004

Gestaltung:

trafodesign, Düsseldorf

Satz:

Heimbüchel PR, Kommunikation und Publizistik GmbH,
Berlin/Köln

Druck:

DMP - Digitaldruck GmbH, Berlin

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen:

telefonisch 0180 / 522 1996 (0,12 €/Min.)

per Telefax 0180 / 522 1997 (0,12 €/Min.)

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.